

Vorwort. Die hier vorgelegte biographische Dokumentation Wilhelm Geusendams ist im Auftrag und auf Initiative von Gisela Böhrk und Gerd Walter erstellt worden.

Sie basiert aufgrund des Mangels eines privaten Nachlasses Geusendams und entsprechender wissenschaftlicher Literatur auf Recher-

chen im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, im Fraktionsarchiv der SPD im schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel und in dem Bestand des SPD-Kreisvereins Lübeck. Leider ergaben Nachforschungen bei den Zuständigen des Archivs der Frankfurter Rundschau der Karl-Gerold-Stiftung keine nennenswerten Ergebnisse, so dass zu Wilhelm Geusendams Zeit bei der FR nur wenig zu sagen bleibt.

Um die lückenhafte Quellenlage auszugleichen und das Bild der Person Geusendams zu komplettieren, wurde weiter auf die Methode der "Oral History" in Form von Interviews mit Familienangehörigen und ehemaligen Parteigefährten zurückgegriffen. An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank Geert Geusendam, Gisela Böhrk, Gert Börnsen, Jürgen Busack, Günther Jansen, Ulrich Meyenborg, Friedemann Schnepel und Gerd Walter, die durch ihre Auskunftsbereitschaft unsere Informationsgrundlage erweiterten. Zudem war der Rohentwurf der Chronik des SPD-Kreisverbandes Lübeck der Jahre seit 1967 von Ulrich Meyenborg, die kurz vor der Veröffentlichung steht, als Daten- und Faktengerüst sehr hilfreich.

Danken möchten wir außerdem Prof. Dr. Uwe Danker, der dieses Projekt koordiniert und wissenschaftlich betreut hat.

Die Verfasser:

Markus Oddey, Hannes Engelhardt und Isabelle von Seeler

Einleitung. "Ich bleibe Optimist - trotz allem". 1 Mit diesem Bekenntnis zu seinem sozialistischen Jugendideal lässt Wilhelm Geusendam seine 1983 herausgegebenen Lebenserinnerungen schließen. Der hier vorliegende Text dokumentiert – ausgehend von Geusendams prägenden Erfahrungen im Bremer Arbeitermilieu, in der Sowjetunion, im NS-Staat und in der Zeit seiner politischen Standortbestimmung nach Kriegsende - seine ungebrochene Identität als demokratischer Sozialist und seine partei- und pressepolitische Tätigkeit in Schleswig-Holstein. Zu fragen ist nach den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit im Land, nach seinen Ämtern und seinen politischen Erfolgen und Niederlagen in der Kommunal- und Landespolitik sowie in der Parteipressearbeit. Besondere Bedeutung kommt dabei seinem Wirken als Chefredakteur und Verlagsleiter des Druckverlages "Wullenewever" (1959-1976), als Kreisvorsitzender der SPD in Lübeck (1967-1977) – hier insbesondere seinen Bemühungen um den Zusammenhalt zwischen Fraktion und Partei – und als stellvertretender Landesvorsitzender im Zusammenwirken mit Jochen Steffen (1969-1973) zu. Im Mittelpunkt stehen immer auch

Markus Oddey, Hannes Engelhardt, Isabelle von Seeler: "Ich bleibe Optimist — trotz allem"

Wilhelm Geusendam — Demokratischer Sozialist und Parteiorganisator Eine biographische

Dokumentation

1 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 156. Selbstverständnis und Motivation Geusendams als Politiker und Person

Den meisten, insbesondere jüngeren Menschen dürfte Wilhelm Geusendam unbekannt sein. Selbst bei vielen Zeit- und Parteigenossen dürfte er knapp 30 Jahre nach dem Rückzug von seinen Parteiämtern in Vergessenheit geraten sein. Wissenschaftler haben sich mit ihm bisher nicht beschäftigt. Literatur zu Geusendam liegt dementsprechend kaum vor. Daten und Fakten zur Parteigeschichte lieferten die für die Zeit bis 1967 von Franz Osterroth und für die sich anschließenden Jahre von Ulrich Meyenborg vorgelegten Chroniken - letztere als noch zu veröffentlichendes Manuskript - zur Geschichte der Lübecker SPD. Hinzu treten eine Reihe biographischer Studien zu ehemaligen politischen Mitstreitern, die meist nur am Rande auch Informationen zu Geusendam erhalten. In Überblicksdarstellungen zur Entwicklung der SPD in Schleswig-Holstein spielt Geusendam allenfalls eine Nebenrolle. Überhaupt fehlt bisher eine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung der Entwicklung des SPD-Landesverbandes und der an ihn angeschlossenen Kreisverbände für die Jahre nach 1959. Trotzdem ist Geusendam eine der profilierten Persönlichkeiten der schleswig-holsteinischen SPD – ein "Vollblutpolitiker mit Ausstrahlungskraft, der hinter dem Rampenlicht der Tagespolitik stetig den Versuch unternimmt, Ideen weiterzuentwickeln und auf der anderen Seite beherzt zugreift, wo Organisationsarbeit erforderlich ist."2

An seinem politischen Wirken lassen sich aber auch die großen parteipolitischen Probleme der deutschen Sozialdemokratie exemplarisch verhandeln: Die schwierige Entwicklung der eigenen Medienunternehmen und ihrer Zielkonflikte, die Aufgabe, eine für die Basis der Partei attraktive politische Programmatik und deren Organisation zu schaffen, sowohl auf kommunal- als auch auf landespolitischer Ebene – und zwar gleichzeitig für die traditionelle, gewerkschaftsnahe Klientel sowie auch für die Generation der anstürmenden Jungsozialisten – einschließlich der damit unweigerlich verbundenen Abgrenzungstendenzen.

Sicherlich besteht die Gefahr, Geusendam für diese Entwicklungen und Konfliktlinien im Rahmen einer biographischen Skizze eine zu hohe Bedeutung beizumessen, ja sogar sich von ihm vereinnahmen zu lassen. Das gilt auch dann, wenn man sich ihm nicht nur über die Erinnerungen und Einordnungen ehemaliger Weggefährten, sondern auch über erreichbare schriftliche Unterlagen nähern möchte

Die Tatsache, dass ein privater Nachlass praktisch fehlt, macht die Arbeit nicht leichter. Auch in dem sehr umfangreichen Bestand des SPD-Kreisvereins Lübeck finden sich verhältnismäßig wenige Schriftstücke aus der Feder von Geusendam. Seine Handakten sind in diesem Bestand überhaupt nicht verzeichnet. Gleiches gilt für die nur ganz sporadischen Spuren, die Geusendam im Bestand des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein oder des nur mit organisatorischen Schwierigkeiten einsehbaren sozialdemokratischen Unterneh-

2 Vgl. Pressemitteilung der s-h Landtagsfraktion vom 3.9.1976, in: LtA, MF Geusendam.

mensbereiches hinterlassen hat, die beide im Archiv der sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert Stiftung in Bonn eingesehen wurden. Ergänzende Unterlagen des SPD-Landesverbands finden sich im Fraktionsarchiv der SPD im schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel. Ein Nachweis von Kausalitäten zwischen den von Geusendam eingenommenen Positionen und den auf Vorstandssitzungen und auf Parteitagen tatsächlich gefassten Beschlüssen fällt nicht immer leicht. Fast alle herangezogenen, für Geusendam relevanten Parteiakten atmen ohnehin nicht gerade viel Empathie. Entsprechende Leitartikel in den von Geusendam geführten Zeitungen fehlen.

All das lässt bereits auf einen grundsätzlich vorsichtigen Menschen schließen, der schon während seiner KZ-Haft gelernt hat, sich unscheinbar zu machen – einen Mann des Apparats, der als Niederländer niemals ein Mandat bekleidete, der in der Öffentlichkeit nicht weiter groß in Erscheinung trat und dort als Organisator und Programmatiker diente, wo die Partei ihn hinstellte. Dass diese biographische Skizze überhaupt entstanden ist, verdankt sie vor allem Gisela Böhrk. Ursprünglich hat Wilhelm Geusendam sie als Fortsetzung seiner zuvor dokumentierten "Herausforderungen" der Jahre bis 1945 selbst verfassen wollen. Jedoch kam vieles dazwischen: Seine Krankheit, Finanzierungsprobleme und sein politisches Manifest "Sozialistische Volkspartei oder liberale Reformpartei" als Überlegungen zur neuen Programmdiskussion in Vorbereitung des Mannheimer Bundesparteitags von 1985.

I. Jugend, Sowjetunion und NS-Staat (1911-1945). Auf die eben angespielten "Herausforderungen" stützt sich auch im Wesentlichen die Darstellung dieses ersten Kapitels. Viel "neues" bleibt, wie im Verlauf zu sehen sein wird, nicht hinzuzufügen; Geusendam selbst spricht in seiner "aktiven" Zeit wenig mit seinen Zeitgenossen über die Erfahrungen seiner Jugend und als Verfolgter. So bleibt den Verfassern nur, auf die Probleme und Gefahren hinzuweisen, die ein solcher autobiographischer Bericht birgt: Die selektive menschliche Erinnerung, ohnehin an nur eine – die eigene – Perspektive gebunden, ergibt kein vollständiges und nicht zwangsläufig ein für Außenstehende schlüssiges Bild von der Person und der Persönlichkeit Wilhelm Geusendams.

I.1 Jugend. Bereits seine Kindheits- und Jugendjahre im Bremer Arbeitermilieu erinnert der dort am 4.9.1911 mit niederländischer Staatsbürgerschaft geborene Wilhelm Geusendam später als "eine einzige Herausforderung"3: Er ist Sohn des überzeugten KPD-Aktivisten Johann Geusendam (1886-1945) und Kind in einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, die sich bei Dauerarbeitslosigkeit mühselig durchs Leben schlagen muss. Er ist auch Zeitzeuge einer als äußerst "ungerecht" empfundenen "Politik von oben", die sich über die fortgesetzt angedrohte Ausweisung gegen die eigene Familie wandte.⁴ Der Vater wird im Zuge der Niederschlagung der Bremer Räterepublik im Winter 1918/19 durch Reichswehr und Freikorpstruppen mehrfach verhaftet. Geusendam lernt früh, dass für seine politische

3 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 11.

4 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 123. Einstellung einzustehen auch den Verlust persönlicher Freiheit bedeuten kann. 1922 scheitert ein bereits ausgestellter Ausweisungsbefehl gegen die Familie noch knapp in der Bremer Bürgerschaft.⁵ Aber die Angst bleibt – insbesondere im Krisen- und Hungerjahr 1923. Geusendam erinnert sich "wie uns (…) meine Mutter aus dem Bett holte, damit wir uns vom Vater verabschieden konnten, der eines Tages um 4 Uhr morgens verhaftet und in Schutzhaft gebracht wurde."⁶

Angst und Unterdrückung der Familie erscheinen dem jungen Geusendam als Verdienst des Kapitals aus Großindustriellen, Bankfürsten, ostelbischen Junkern, Teilen der monarchisch gesonnen Reichswehr und dem Pressezaren Hugenberg. Sein Onkel kommt bei einer Grubenkatastrophe ums Leben, sein Großvater verunglückt beim Kesselreinigen in einer Textilgroßfabrik. Diese Unfälle, unter denen die Familie emotional und wirtschaftlich leidet, führt Geusendam auf Akkordschinderei zurück. An den in der Bremer Zeit gewonnenen Grundüberzeugungen und Erkenntnissen hält er nach 1945 fest, wenn er im Hinblick auf das Scheitern der Weimarer Republik verkürzt klarstellt: "Für mich war es die Folge des Versagens von Weimar, daß man die Macht des Kapitals nicht angetastet, den feudalen Großgrundbesitz nicht enteignet, die kaiserlich-konservativen Generäle, Richter und Bürokraten nicht von den Schlüsselpositionen des Staates ferngehalten hat."

Gegenüber der bürgerlich-konservativen Herausforderung galt es nicht zu kapitulieren: Noch in den 1970er Jahren wird Wilhelm Geusendam seine eigenen Vorstellungen davon haben, dass Revolutionen rigoros ablaufen müssten.⁸ "Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten. Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!" Dieser Bebelspruch ziert zusammen mit einem Bild des sozialdemokratischen Parteigründers schon das Wohnzimmer der Familie. Geusendam empfindet ihn als persönliche Aufforderung, sein Leben danach auszurichten und entwickelt ein politisches Sendungsbewusstsein: "Ich fühlte mich selbst schon in jungen Jahren als ein Vorkämpfer für Freiheit und Recht und als personifizierte Gerechtigkeit."

Der Vater ist Vorbild und fördert die Begeisterung des Sohnes für marxistische und leninistische Schriften, lebt die Selbstverständlichkeit, an Streiks teilzunehmen und sich als Wortführer anzubieten. Geusendam liest regelmäßig die "Arbeiter-Illustrierten Zeitung" in dem KPD-Propagandachef Willi Münzenberg für einen Jugendlichen nachvollziehbar in Wort und Bild die Vision vom verwirklichten Sozialismus darstellt. Früh setzt sich Geusendam entsprechend in der Sozialistischen Arbeiterjugend (KJVD) ein, in der er fast seine gesamte Freizeit verbringt und die ihn antimilitaristisch und emanzipatorisch prägt. Aus der tiefen Überzeugung, Recht und Gerechtigkeit immer auf seiner Seite zu wissen, entwickelt sich in "konspirativen" Sitzungen auf Dachböden und durch illegale Flugblattaktionen für die KPD eine "Leichtgläubigkeit, ja blinder Fanatismus." Die politische Aktion ist für Geusendam früh an die Übernahme von

5 Zu den Ausweisungsbestrebungen der Bremer Bürgerschaft gegen den Vater und andere KPD-Aktivisten vgl. Eva Schöck-Quinteros: "Die Dauer des Aufenthalts eines Ausländers in Bremen spielt keine Rolle ...": Ausweisung und Verfolgung am Beispiel von Johann Geusendam (1886 - 1945), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Bd. 45 (2003), 2, S. 105 – 140.

6 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 126-127.

7 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 120-125.

- 8 Mündliche Auskunft Walter.
- **9** Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 119.

10 Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 11.

Ämtern gebunden: Kaum 16 Jahre alt, wird er mit der politischen Führung der "Roten Jugendfront" für den Gau Nordwest – einer Art Gegengewicht gegen Jungstahlhelm und SA – betraut. Hier entdeckt er auch sein Interesse an der innerparteilichen Organisation und sein Talent als Redner.¹¹ Dennoch wird er nie Mitglied der KPD.

Der in der Bremer Zeit eingeübte, zunächst scheinbar unerschütterliche Glaube an den "real existierenden Sozialismus" wird, nachdem die Familie Geusendam 1931 – nach abgelegter Abiturprüfung des Juniors – im Zuge sich zuspitzender innenpolitischer Konflikte doch noch aus dem Deutschen Reich ausgewiesen wird, durch schmerzliche Negativerfahrungen in der Sowjetunion, dem vermeintlichen "Vaterland der Werktätigen", nachhaltig desillusioniert.¹²

I.2 Sowjetunion. Als Geusendam die Sowjetunion 1934 wieder verlässt, blickt er enttäuscht auf die letzten drei Jahre zurück: Der Widerspruch zwischen Erstrebtem und Erreichtem erscheint ihm unüberbrückbar. Die anfängliche Begeisterung für eine politisch interessierte Gesellschaft, ein vielfältiges Freizeit- und Bildungsangebot und die flächendeckende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist nur von kurzer Dauer. Vor allem der Vater zieht sich, tief enttäuscht von seinen erfolglosen Bemühungen, in der Sowjetunion für die Familie eine neue Existenz aufbauen zu können, zurück nach Holland, wohin er seine Frau nachkommen lässt. Die Familie lebt dort von der Wohlfahrtspflege. Dem Solidaritätsgedanken bleibt der Vater dort aber treu, engagiert sich 1933 als Fluchthelfer für Emigranten, wird bei der Gestapo auffällig, später verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, die er nicht überlebt. ¹³

Der 20-jährige Wilhelm Geusendam bleibt mit besseren Perspektiven allein in der Sowjetunion zurück¹⁴: Ein Mitglied aus der deutschen Sektion der Komintern vermittelt ihm eine Auftragsarbeit: Geusendam soll eine Schrift über den Faschismus in Deutschland erstellen, schreibt später als Parteijournalist und "Litrabotnik" – als literarischer Mitarbeiter – an einer wolgadeutschen Komsomolzeitung. ¹⁵ Geusendam findet auf diesem Wege Gefallen und Interesse an parteitheoretischen Fragen und wird vom Chefredakteur gefördert. ¹⁶ Die politisch-journalistische Praxis zieht er als Festangestellter zunächst einem möglichen Studium vor, obgleich seine Versorgungslage denkbar schlecht ist. Dennoch scheint sich hier der Wunsch nach höherer Bildung schließlich manifestiert zu haben: Trotz "knurrendem Magen" profiliert sich Geusendam an der Deutschen Pädagogischen Hochschule in Engels mit hervorragenden Leistungen¹⁷ und guten Beziehungen zur Leitung.

Die ständige Kontrolle und Maßregelung durch die GPU und Sicherheitspolizei und den vorherrschenden politischen Stil, der provozierte, um die Gesinnung der Parteigenossen zu prüfen, empfindet Geusendam aber als "schäbig" und belastend.¹8 Die Privilegierung und die Bestechlichkeit der Spitzenkader und Parteiapparatschiks, mit ihren an der hierarchischen Struktur der Parteikader orientierten

11 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 127-130.

12 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 8.

13 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 14-16, S. 96.

14 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 93-94, S. 99 und S. 114.

15 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 97, S. 100. Die Kommunistische Internationale der Weltorganisation der kommunistischen Parteien, sollte die Durchsetzung des Demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip realisieren. Der Komsomol war ein von der KPdSU gelenkter und gleichzeitig einzig zugelassener Jugendverband in der Sowjetunion.

16 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 101.

17 Geusendam studiert die Fächer Geschichte Russlands und Frankreichs, sowie Politik und Philosophie.

18 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 98-99. Die staatlich-politische Verwaltung GPU war 1922 aus dem mit juristischen Kompetenzen ausgestatten Sicherheitsorgan "Wetscheka" gebildet worden und wurde von Stalin systematisch zu einem Terrorinstrument ausgebaut. Zugangsregelungen zu Restaurants oder Einkaufsläden, schrecken ihn ab. Die Unfähigkeit der örtlichen Parteileitung und regionaler Parteisekretäre als reine Befehlsempfänger bei Organisationsfragen, die zu Lasten der Versorgung der Landbevölkerung gehen, ärgern ihn. Nicht der Mensch, sondern "Fortschritt", Planzahlen und Planerfüllung bestimmen die politische Arbeit an der Basis, die keine Kritikmöglichkeit "nach oben", keine innerparteiliche Diskussion kennt.¹⁹

Sein mehrjähriger Aufenthalt in der Sowjetunion prägt Geusendam: Er erlernt die unbedingte persönliche Aufopferung, Loyalität und Vorbildfunktion des Funktionärs für die Parteiarbeit und die Notwendigkeit, durch gezieltes Fördern und Fordern Nachwuchs für die Partei zu rekrutieren. Er lernt die besondere Bedeutung der Werbe- und Propagandaarbeit für die Partei und konspirative, nicht immer auf Rechtsstaatlichkeit bauende Organisationstechniken als unverzichtbaren Bestandteil des revolutionären Sozialismus kennen, die auf den Aufbau einer stabilen politischen Gesinnungsgemeinschaft zielen. Er hält an sozialistischen Idealen fest, kritisiert aber ihre bisherige Anwendung, die nicht die von ihm erhoffte sozialistische Gesellschaft in Frieden und Freiheit darstellen kann. Ohne dass Geusendam – wie beispielsweise Jochen Steffen als gewichtiger Vertreter des demokratischen Sozialismus – das stalinistische System per se, ausdrücklich und lauthals immer wieder verdammte, vollzog er eine klare Trennung zum "real existierenden Sozialismus" sowjetischer Prägung.

I.3 Nationalsozialismus und KZ-Haft. Um den stalinistischen Verhältnissen zu entkommen und seinem verstärkten Bedürfnis nach politischem Aktionismus zu genügen, bricht Geusendam sein Studium ab. Es gelingt ihm 1935 eine Ausreisegenehmigung zu erhalten, falls er sich bereit erklärt, Druckerzeugnisse ins nationalsozialistische Deutschland zu schmuggeln und dort die Arbeit von Widerstandsgruppen zu unterstützen. Doch schon beim zweiten Deutschlandbesuch verhaftet ihn die Gestapo, die einen "Tipp" von einem "V-Mann" aus den eigenen kommunistischen Reihen erhalten hat. Daraus erklärt sich Geusendams spätere unerbittliche Ablehnung gegenüber "Verrätern", "Renegaten" und "Gesinnungslumpen".²⁰

Am 12. Dezember 1935 verurteilt ihn der berüchtigte Berliner Volksgerichtshof wegen "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen" zu fünf Jahren Zuchthaus in Luckau in der Niederlausitz, wo einst Karl Liebknecht eingesessen hat. Direkt nach seiner Entlassung und Kriegsausbruch lässt ihn die Gestapo 1940 in das oberpfälzische Konzentrationslager Flossenbürg einliefern. Das Lager liefert dem SS-General Oswald Pohl und der "Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH" seit 1938 billige Arbeitskräfte. Geusendam muss zwei Jahre in einem mörderischen Steinbruch arbeiten, in dem "Vernichtung durch Arbeit" täglich praktiziert wird. Mindestens 30000 der in der Lager-

19 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 103-104, S. 107, S. 132-134.

20 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 34.

kartei verzeichneten 111400 Häftlinge sterben hier. Von hier aus wird Geusendam 1942 – bereits vollständig entkräftet und als Opfer fortwährender Schikane und Willkür dem Tod nahe - in die neue KZ-Außenstelle Pottenstein in Oberfranken verlegt.²¹

Stattliche 1,86 Meter groß, wog er zu diesem Zeitpunkt gerade noch 42 Kilo. Überhaupt noch am Leben zu sein und 1945 kurz vor der drohenden Erschießung durch die SS noch die Befreiung erleben zu dürfen, verdankt er vor allem Zufällen. Nach dem Kriegsende versucht Geusendam, sich die unfassbaren KZ-Erlebnisse von der Seele zu schreiben: "Ohne solche Zufälligkeiten, ohne Glück ging nichts, absolut nichts im Konzentrationslager."22

Er sieht sein Leben aber auch von einem System der kameradschaftlichen Solidarität und Loyalität, der persönlichen Hilfe und gegenseitigen Unterstützung abhängig. Er hat die Anwendung elementarer konspirativer Regelungen einschließlich der Schulungsarbeit als überlebensnotwendig erfahren. Beides erscheint Geusendam nachhaltig wichtig und prägt ihn: Misstrauisch zu sein, unterzutauchen und scheinbar nicht präsent zu sein, letztendlich kaum jemandem ganz vertrauen zu können, die Erfahrung des "Schotten runter Lassens", des "Sich selbst der nächste sein" und des Wegsehens aus Angst, um nicht der Nächste zu sein, der "durch den Kamin" ging, aber eben auch Verantwortungsgefühl zu zeigen, andere nicht im Stich zu lassen und sich solidarisch gegen die Aufseher der SS zu verbünden.23

Das Motto der Einwohner von Pottenstein, die den Gefangenen Lebensmittel zusteckten, wird auch sein eigenes: Helfen – so gut es eben geht – trotz der Gefahr einer Anzeige. Hier lernt Geusendam auch seine Ehefrau kennen. Auf die Bevölkerung von Pottenstein projiziert Geusendam sein Ideal der klassenlosen Solidargemeinschaft, die auf aufopferungsvolle Vertrauensleute aufbaut: "Ob Bauunternehmer, Maurer oder Straßenarbeiter, ob Eisenwarenhändler, Bäcker oder Krämer, ob Bauer oder Dentist, sie alle zeigten Mitgefühl und Hilfsbereitschaft (...) Wer kann schon nachempfinden, was es für einen Konzentrationshäftling bedeutete, sich einfach als Mensch angesehen zu fühlen (...) wenn die Menschen nicht mehr Menschen sind, weil der Hunger längst ihr Denken ausgeschaltet hat."24

Aus dieser Grundüberzeugung heraus, lässt sich Geusendam 1942 zum Vertrauensmann der im Lager verbliebenen Niederländer wählen, deren Interessen er versucht, so gut wie angesichts der Situation möglich, gegenüber der Lagerleitung zu vertreten. Als Lagerältester organisiert er die Selbstversorgung des Lagers mit Lebensmitteln und drängt erfolgreich darauf, dass in den letzten Tagen vor der geplanten Auflösung des Lagers niemand "türmt". 25 1945 verhindert er die kurz vor der Befreiung angeordnete Erschießung aller Lagerinsassen durch ein SS-Kommando. Das sind zu diesem Zeitpunkt immerhin noch 350-400 Personen. Nach der Befreiung der Häftlinge zu ihrem Vertrauensmann gewählt, organisiert Geusendam Versorgung und Repatriierung.²⁶

21 Vgl. zusammenfassend Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 8-9, S. 41-42, 47-48. Zum Konzentrationslager Flossenbürg und seinen Außenstellen, u.a. Pottenstein, vgl. Toni Siegert: Das Konzentrationslager Flossenbürg, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 2, München 1979. Nach anderen Schätzungen waren es über 70.000 Tote. Zusätzlich war Flossenbürg Sonderlager und Exekutionsstätte für sowjetrussische und polnische Kriegsgefangene. 22 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 33-35 und S. 40. 23 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-

Schmidt 1985, S. 40, S. 47-48.

24 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 52.

25 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 66-71, S. 76.

26 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 7, S. 84.

Die KZ-Erlebnisse werden Geusendam sein Leben lang in seinen Träumen verfolgen. Auch wenn er sich größte Mühe gibt, das Erlebte zu verdrängen, kehren die nächtlichen Schreckensbilder immer wieder. Sie plagen ihn "mehr als zwanzig Jahre lang in immer wiederkehrenden Alpträumen. (...) Vierzig Jahre danach, denke ich beim Krächzen von Raben sofort an Flossenbürg, an seine Raben und an den Laichengeruch des Krematoriums. (...) Die Erinnerungen an Flossenbürg und Pottenstein zerrten viele, viele Jahre an meinen Nerven. Nacht für Nacht versuchte ich in meinen Träumen zu flüchten und wurde immer wieder aufgegriffen und erschossen."27 Gegenüber seiner Familie und seinen politischen Weggefährten macht Geusendam das Erlebte so gut wie nie zum Gesprächsthema. Erst in den 1970er Jahren überwindet er sich, erstmals wieder einen braunen Anzug zu tragen, und wider aller rationalen Einsicht empfindet er es bereits als Einschränkung seines persönlichen Freiheitsbedürfnisses, beim Autofahren einen Sicherheitsgurt anlegen zu müssen.28

Trotz alledem: Aus der Not- und Zwangslage heraus erlebt Geusendam seine Fähigkeit, auf andere einwirken zu können, schult seine Organisations-, Überzeugungs- und Durchsetzungskraft, stärkt seinen Wunsch, im "Rausch des Überlebthabens" genauso wie im Lager auch in einer nicht unschuldigen Gesellschaft etwas verändern zu wollen. In dieses Empfinden hinein mischt sich ein sonst für ihn untypischer Stolz darüber, das sozialistische Ideal bewahrt zu haben, daraus jetzt Kraft für das Weitermachen zu ziehen.²⁹

I.4 Neubeginn nach 1945. Nach seiner Repatriierung in die Niederlande zu seiner verzweifelten Mutter zurückgekehrt, reist er auf der Suche nach dem vermissten Vater per Anhalter zurück in das zerstörte Nachkriegsdeutschland. Geusendam fällt hier vor allem eine weit verbreitete "Schlussstrichmentalität" und ungebrochenes Obrigkeitsdenken auf, was dazu führt, dass politisch Belastete schnell wieder in die Gesellschaft integriert, Mitverantwortung verdrängt und relativiert werden, wenn die Gesellschaft "Abermillionen Tote gegen Tausende Kilometer Autobahn aufrechnete".³⁰

Die in Deutschland anstehende Entnazifizierung und Demokratisierung sind für ihn zukunftsweisend und lassen ihn hoffen. Hier versucht er einen Neuanfang, will sich einsortieren und das Erlebte so gut wie möglich verstehen lernen. Der Kontakt zu einem ehemaligen Mithäftling ermöglicht ihm dafür die wirtschaftliche Grundlage, bietet ihm ein bescheidenes Auskommen im Kleinverlag "Pustedt" in Regensburg, später bei Rudolf Zitzmann, ebenfalls in Franken, die vor allem kritische politische, hauptsächlich sozialistische Literatur verlegen. Hier lernt Geusendam das Verlagsgeschäft "von der Pike auf" kennen. "Nebenbei" kümmert er sich um die redaktionelle Gestaltung der sozialistischen Monatszeitschrift "Die Gefährten", die in einer 10000er Auflage erscheint. Er zeigt Talent für die redaktionelle Arbeit, bleibt aber vor allem mit verlagstechnischen und verlagskaufmännischen, insbesondere Vertriebsfragen betraut. Sie ver-

27 Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 38, zweites Zitat S. 89.

28 Vgl. Mündliche Auskunft Böhrk und mündliche Auskunft Busack.

29 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 142-144. Das am 13.4.1945 von soeben befreiten Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald verkündete Manifest ist zunächst auch Geusendams politisches Programm. Es ist abgedruckt bei: Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 169-176.

30 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-

Schmidt 1985, S. 18-20, S. 121-122.

steht er noch später im Hinblick auf einen funktionierenden Propaganda- und Schulungsapparat der Partei vor allem als eine politische Aufgabe.³¹

Mit einer "affenartigen Geschwindigkeit" und nicht minder gründlich und zuverlässig kann er zunächst in Regensburg, später als kleiner Kolporteur des Schweizer Steinberg-Verlags Pakete verpacken und den Vertrieb eines kleinen eigenen "Nest-Verlags" organisieren, den Geusendam von einer Souterrainwohnung unterhalb der Nürnberger Burg in Heimarbeit betreibt.³2 Die benachbarte Universität ermöglicht Geusendam zwischen 1954 und 1956 erneut ein dreisemestriges Hochschulstudium der Pädagogik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Hier stellt er seine politisch-theoretischen Kenntnisse auf eine wissenschaftliche Grundlage. Das Bedürfnis nach einer akademischen Ausbildung ist groß, doch fehlt die wirtschaftliche Substanz, um das Studium dauerhaft finanzieren zu können.³3

II. Verlagsleiter und Chefredakteur (1949-1972)

II.1 Die Frankfurter Zeit. Über seine kleinverlegerische Arbeit, die sich letztendlich wirtschaftlich nicht rechnet, findet Geusendam Kontakt zum in Redaktion und Verlag der "Frankfurter Rundschau" beschäftigten Sozialdemokraten Karl Anders, in dem er einen persönlichen Förderer findet. Von ihm lernt Geusendam auch das Einmaleins der Wahlkampforganisation. Noch 1961 wird Anders für die Organisation des Bundestagswahlkampfes der SPD zuständig sein. ³⁴ Anders britische Freundin Emmily Event ist häufiger bei der Familie Geusendam in Nürnberg zu Gast und hilft offenbar bei der Vermittlung des Kontakts nach Frankfurt. ³⁵

Verleger der "Rundschau" ist zu dieser Zeit der ehemalige Emigrant und Sozialdemokrat Karl Gerold. Gerold hatte in den ersten Jahren nach 1945 mit der SPD kooperiert, bevor er 1949 erstmals die Politik seines Parteivorsitzenden Kurt Schuhmachers als auf "nationalistische Instinkte" abzielend kritisierte. Der Angriff auf den Vorsitzenden galt als Tabu. Entsprechend drängte der getroffene Parteivorstand auf den Abschluss eines Treuhändervertrages mit Gerold, der die Eigentumsfrage eindeutig zugunsten der Partei regeln sollte. Diese Bemühungen münden im Bruch der "Rundschau" mit der SPD und im Parteiaustritt Gerolds. Dafür sind auch finanzielle Interessen Gerolds verantwortlich. Die SPD büßt damit ihren direkten Einfluss auf die Zeitung ein. Ein Versuch der Partei, über einen Millionenkredit der gewerkschaftseigenen "Bank für Gemeinwirtschaft" insgeheim zum stillen Teilhaber zu werden, scheitert 1954.³⁶ Jedoch bleiben viele "Rundschau"-Mitarbeiter Gesinnungsgenossen. Zum sozialdemokratischen Eigenbetrieb Frankfurter "Union Druckerei und Verlagsanstalt GmbH" bestehen regelmäßige und gute Geschäftsverbindungen. In diesem Milieu professionalisiert Geusendam unter der Regie von Anders seine verlegerischen Kenntnisse und positioniert sich als Sozialdemokrat, zunächst ohne der Partei beizutreten.37

- **31** Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 145-146. Zu Zitzmann vgl. mdl. Auskunft Geusendam.
- 32 Vgl. mündliche Auskunft Geusendam. Später offenbar auch Aktivitäten in Frankfurt am Main. Vgl. AHL, SPD, Nr. 108. Erklärung SPD Fraktionsvorsitzender Koscielski an MP S-H. Antrag auf Verleihung des Dienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Wilhelm Geusendam.
- **33** LN vom 4.9.1981 Wilhelm Geusendam wird 70.
- **34** Vgl. Bericht des schleswig-holsteinischen SPD-Landesvorstands zu den Wahlen von 1961, in: AdsD, Abt. III, SPD-LV S-H, Nr. 99.
- 35 Mdl. Auskunft Geusendam.
- **36** Vgl. Appelius 1999, S. 358-359.
- 37 Mdl. Auskunft Geusendam.

38 Vgl. AdsD, Abt. III, SPD LV S-H, Nr. 410. Aktennotiz Wulff über die Gesellschafterversammlung Haase Druck GmbH, Kiel vom 4.12.1958.

39 Vgl. AdsD, Abt. III, SPD LV S-H, Nr. 410. Schreiben KV Lübeck an LV S-H, Kiel vom 9.10.1958. Die Gesellschafterversammlung vom 8.9.1960 setzte den Gesellschaftsvertrag neu auf. Als allein haftender Komplementär steht ietzt Fritz Heine mit einer treuhänderischen Einlage von nominell 15 000 DM, die Kieler Firma Haase Druck hält eine Einlage von 43000 DM, VZ-Geschäftsführer Hein Wulff und die beiden Lübecker Gesellschafter Georg Steinberg (nach Tod abgelöst vom frühen Geusendamfreund und späteren SPD-Bürgermeister Werner Kock) und Karl Regling jeweils 17.000 DM. Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 LFP 1958-1969. Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 8.9.1960. Die 1946 neu gegründete Dachgesellschaft Konzentration GmbH war weder ein Konzern noch eine Holding und hatte keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber ihren Mitgliedern. Ihre Anteilsmehrheit lag bei den angeschlossenen Verlagen, lediglich 5 Prozent des Stammkapitals dagegen befand sich insgesamt in den Händen des PV. In Treuhandverträgen wurde Treuhändern verboten, ihre Gesellschaftsanteile zu veräußern oder zu verpfänden. Auch vom Reingewinn profitierte der Treuhänder nicht. Der PV der SPD war Mehrheitsgesellschafter der für die gesetzlich vorgeschriebene Steuerprüfung zuständigen 'Allgemeinen Treuhandgesellschaft' (ATH). Vgl. Appelius 1999, S. 330.

- **40** Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 LFP 1958-1969. Schreiben Wulff an Anders vom 10. Mai 1959.
- 41 Vgl. AdsD Abt. IV SHVZ, Nr. 28 LFP 1958-1969. Mehrseitiger Bericht Wullenwever-Druck LFP 1.1.1958 bis 13.4.1959 als Anlage Schreiben Anders an Wulff.
- **42** Mdl. Auskunft Geusendam. Vgl. AdsD, Abt. III, SPD LV S-H, Nr. 410. Notiz Wulff vom 20.1.1960.

II.2 Der Wechsel nach Lübeck. Über den Kommanditisten des sozialdemokratischen Eigenbetriebes "Wullenwever-Druck" in Lübeck, Schlichte, bestehen geschäftliche Beziehungen zur "Union-Druck", in Frankfurt. Ihner bedient sich der Geschäftsführer der "Kieler Volkszeitung", Hein Wulff, der für den SPD Landesvorstand Treuhänder und Mitgesellschafter beim Lübecker Betrieb ist. Der befindet sich 1958 in einer schweren unternehmerischen Krise: Die Kieler "Haase Druck GmbH" hilft finanziell aus und übernimmt zusammen mit der Firma "Wullenwever-Druck Schlichte & Co" die als GmbH aufgelöste und als OHG neu gegründete "Lübecker Freie Presse GmbH" zu jeweils 50 Prozent.³⁸ Damit erhält der Kieler SPD-Landesvorstand ein wichtiges Mitspracherecht bei dem Lübecker Unternehmen, das er über VZ-Geschäftsführer Wulff auch auf den nachfolgenden Gesellschafterversammlungen der 1960er Jahre geltend machen wird. Der um seinen Einfluss auf Verlag und Redaktion fürchtende Lübecker SPD-Kreisvorstand hat sich nicht durchsetzen können, die "Freie Presse" als selbständige Zeitung zu erhalten.39

In dieser schwierigen Situation trifft sich der VZ-Geschäftsführer Wulff im Dezember 1958 mit Karl Anders aus der Geschäftsleitung der "Frankfurter Rundschau" zu einem ausführlichen Gespräch. Anders folgt der Bitte, in Lübeck für drei Monate die Geschäftsführung zu übernehmen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bereinigen und den Verlag auf eine neue, feste betriebsorganisatorische Grundlage zu stellen.⁴⁰

Am 13. April 1959 ist diese Arbeit für Anders weitgehend abgeschlossen. In seinem Abschlussbericht an Wulff kritisiert er die deprimierende technische Ausstattung und die überzogenen Lohnforderungen und Sozialleistungen. Die schwierige Situation bei "Wullenwever" erkennt Anders vor allem als "eine Frage der Ordnung und der Organisation und nicht zuletzt (als) ein Führungsproblem." Dem soll auf Anraten und Vermittlung von Anders nun Wilhelm Geusendam beikommen, der Anders schon im Januar 1959 als "rechte Hand" nach Lübeck gefolgt war, um dort Sanierung und Reorganisation voranzubringen. Erfolgreich verbürgt sich Anders beim SPD-Landes- und Bundesvorstand für ihn als neuen, fachlich und persönlich geeigneten und politisch unbedingt zuverlässigen Geschäftsführer für Lübeck.⁴¹

II.3 Der Parteieintritt in die SPD. Als Geschäftsführer eines sozialdemokratischen Eigenbetriebes ist die Parteimitgliedschaft in der SPD der Regelfall. Auch Geusendam nimmt sich hier nicht aus. Er und die Familie sind glücklich über die in Aussicht gestellte Festanstellung mit einem monatlichen Gehalt von 1500 DM und die nun gesicherte wirtschaftliche Versorgung. Das erste Mal seit vielen Jahren ist die Familie wieder vereint, nachdem Geusendam zuvor über Monate nur am Wochenende bei Frau und Kindern gewesen ist, was dem Familienklima nicht gut tat.⁴²

Doch lässt sich Geusendams Eintritt in die SPD im Jahr 1959 nicht nur durch seine neue Stellung als Geschäftsführer von "Wullenwever-Druck" erklären. Der Wunsch, mit fast schon 50 Jahren "endlich" das ausgereifte theoretische Fundament und die erworbenen organisatorischen Fähigkeiten in praktischer parteipolitischer Arbeit an verantwortlicher Position zu erproben, muss groß gewesen sein. Geusendam will "dabei sein" und "mitsteuern" – bei Wullenwever, aber auch im Kreisverband, aus dem er sich zunächst noch heraushält.⁴³

Dass sein Parteibeitritt in das Jahr des Godesberger Programms fällt, ist Zufall. Die Parteireform hat Geusendams politisches Weltbild nicht verändert. Die nach der für die SPD enttäuschenden Bundestagswahlen von 1953 und 1957 notwendige, breite und lebendige Diskussion um das Parteiprogramm hat er schon in seiner Frankfurter Zeit verfolgt: Die Wähler teilten die antikapitalistische Sehnsucht vieler SPD-Funktionäre nicht, sondern akzeptierten bereitwillig die Erhardsche "Wirtschaftswunderpolitik", solange sich ihr eigener Lebensstandard – gemessen an der Verelendung der Nachkriegsjahre – hob. Sozialistische Gegenentwürfe waren gegenüber dieser Wohlstandsorientierung der nivellierten Mittelstandsgesellschaft nur schwer vermittelbar. Als die CDU bei den Bundestagswahlen 1957 die absolute Mehrheit gewann, die SPD dagegen stagnierte, sah sich die Partei gezwungen, ihr Image als Neinsagerpartei abzulegen und sich programmatisch, personell und organisatorisch neu aufzustellen. Auf dem Godesberger Parteitag von 1959 wurde schließlich das neue Grundsatzprogramm mit einem deutlichen Bekenntnis der Partei als eine an Grundwerten orientierte Volkspartei verabschiedet. Die Parteireform war zweifellos ein politischer Erfolg: Die SPD konnte in ihrer Folge den 30-Prozent-Turm verlassen und steigerte sich auf Bundesebene von 31,8 Prozent der Zweitstimmen (1957) innerhalb von 15 Jahren auf 45,8 Prozent der Zweitstimmen (1972). Sie gewann nicht nur bei neuen Wählergruppen, sondern auch bei den Arbeitern dazu. Wählten 1953 nur 48 Prozent der Arbeiter die SPD, waren es 1972 bereits 66 Prozent.⁴⁴

Den notwendigen Wandel des Erscheinungsbildes der Partei in der Öffentlichkeit vollzieht auch Geusendam nach. Auch er erkennt, dass potentielle SPD-Wähler aus der Mitte nicht durch unvorsichtig vorgetragene, "unzeitgemäße" Parolen "verschreckt" werden dürfen. Darauf weiß er in seinem diplomatischen, immer freundlichen und festem Auftreten nach außen Rücksicht zu nehmen und später – etwa gegenüber Jochen Steffen – einzuwirken. 45

Sein verinnerlichtes politisches Ethos aber ist auch nach 1959 ein unverändert kämpferisches. Noch 1977, als er vom Kreisvorsitz in Lübeck zurücktritt, bekennt er: "Langfristig geht es um das, was wir 'demokratischen Sozialismus' nennen, mittelfristig um neue staatliche Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum, kurzfristig um die Krisenbewältigung und das Schicksal unserer Reformen."46 Was andere 1959 als Ballast abwerfen wollen, ist für den seit seiner Jugend in eine geschlossene Arbeitersubkultur eingebunde-

- **43** Mündliche Mitteilung Schnepel und Busack
- 44 Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 208-212. Eine Darstellung der innerparteilichen Auseinandersetzung liefert Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/ Bonn 1982, S. 308-325.
- **45** Übereinstimmende Einschätzung diverser Interviewpartner, u.a. Böhrk, Busack und Walter.
- **46** Vgl. AHL, SPD, Nr. 43. Rede Geusendams auf dem Lübecker KPT vom 13.2.1977.

nen Geusendam mehr als eine bloße Erinnerung an den Ursprung des Sozialismus: Es ist ein Teil seiner Identität. Einer im politischen Konflikt mit den Konservativen zahmen, schwachen und nachgiebigen SPD sagt Geusendam das gleiche Schicksal voraus wie einst in Preußen, wo klägliche Anpassungsversuche an die Konservativen 1932 nur mit hämischem Spott und der Verhaftung ihrer Führungskräfte "belohnt" worden wären.⁴⁷

Die neu aufgestellte SPD muss jetzt für Geusendam bereit sein, keine "faulen Kompromisse" mehr einzugehen und dürfte nicht erneut wie schon in Weimar vor dem Fernziel eines freiheitlichen Sozialismus kapitulieren. Den Weg dorthin könnte nur eine – von Geusendam immer noch revolutionär gedachte und in der Aktion geschlossen auch gegen Sektierer in den eigenen Reihen auftretende – Massenpartei mit einem schlagkräftigen, organisatorisch gefestigten Apparat bestreiten. Diese Aufgabe kann für Geusendam 1959 nur die SPD umsetzen. "Jeder andere Weg zu einer menschenwürdigen Gesellschaft musste zwangsläufig in irgendeine Form von Diktatur münden, deren spätere 'Demokratisierung', aus welchen Gründen auch immer, so gut wie aussichtslos war."⁴⁸

Mit Geusendams Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus ist eine klare Abgrenzung vom stalinistischen Kommunismus verbunden. Ihn sieht Geusendam als eine reine, von Moskau ferngesteuerte Parteidiktatur entlarvt. Schon das gemeinsame Abstimmungsverhalten von KPD und NSDAP in den Länderparlamenten vor 1933 und der Hitler-Stalin Pakt von 1939 hatten die Kommunisten in Geusendams Augen zu Komplizen der Nationalsozialisten gemacht.⁴⁹ Den Kontakt mit alten KPD-,,Genossen", denen er misstraut, vermeidet er: Wenn er dienstliche Termine in West-Berlin wahrzunehmen hat, nimmt Geusendam niemals den Weg über die Transitautobahn, sondern das Flugzeug.⁵⁰

Trotz nachhaltiger und glaubwürdiger Distanzierung vom totalitären Kommunismus wird Geusendam der Vorwurf, selbst als "Apparatschik" und als "gelernter Stalinist" Politik zu machen, sein gesamtes Leben lang anhaften.⁵¹ Schon die amerikanische Lizenzverwaltungsbehörde hat ihn nach Bericht seiner Erlebnisse aus der Sowjetunion nicht in leitender Position bei Massenmedien arbeiten lassen, da sie nicht klar hat erkennen können, auf welche Seite er "im Ernstfall" abspringen würde.⁵² Und doch nehmen ihn kritische Zeitgenossen wie der spätere Landesvorsitzende Jochen Steffen wiederholt und explizit aus ihrer ansonsten eindeutig vorgetragenen Kritik, die Kommunisten als politisch rechts stehend bezeichnet, heraus und akzeptieren Geusendam in seiner Läuterung.⁵³ Das gilt auch für den Geschäftsführer der "Konzentration", Fritz Heine, der ansonsten als Kommunistengegner in der SPD gilt - insbesondere gegenüber seinem Intimfeind Herbert Wehner nimmt Heine kein Blatt vor den Mund: "Ein Mann, der seine Feinde (in Moskau) verriet, und die dadurch den Tod fanden, hat meine Achtung nicht."54

Die Anlehnung an die SPD als parteipolitischen Träger seines politischen Ethos vom "demokratischen Sozialismus" erfolgt aber

47 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 138. Das Godesberger Programm wurde 1959 als neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Parteitag in Bad Godesberg verabschiedet. Es ist abgedruckt bei Potthoff/ Miller 2002, S. 492-503.

48 Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 147. Die SPD war schon zuvor zur Partei derer geworden, die unabhängig von ihrer theoretischen Fundierung eine demokratisch, sozialistisch geprägte Gesellschaft in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit anstrebten. Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 170-172

49 Die Erfahrungen fast aller führenden Sozialdemokraten waren in den 1950er Jahren durch stark negative Erfahrungen mit der KPD in der Weimarer Republik geprägt. Das gilt u.a. für Heine, Ollenhauer, Schuhmacher und Nau. Vgl. Appelius 1999, S. 248-258. Genauso unzweideutig und wenig selbstverständlich war schon 1945 Schuhmachers frühe Absage an die Adresse der Kommunisten gegen eine Einheitspartei gewesen. Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 177-185.

50 Mündliche Auskunft Schnepel.

51 Mündliche Auskunft Böhrk und Walter.

52 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 145-146.

53 Mündliche Auskunft Börnsen.

54 Vgl. Appelius 1999, S. 287-288.



nicht vorbehaltlos. Er lehnt den in seinen Augen übersteigerten Pragmatismus der "neuen" SPD ab. Das gleiche gilt für seine Ablehnung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, die er für Nationalsozialismus und Massenarbeitslosigkeit verantwortlich macht. Seine Bereitschaft zur radikalen Reformpolitik im sozialistischen Sinne bleibt ungebrochen. Er fühlt sich weiterhin dem theoretischen Leninismus verpflichtet: Aus einer gründlichen, systematischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse heraus resultieren seine Forderungen nach einer konsequenten Demokratisierung, die – wie Kurt Klotzbach später treffend bemerkte – das zentrale zugleich systemerhaltende und systemüberwindende Element des Godesberger Programms wurde. 55

II.4 Verlagsleiter bei "Wullenwever". Seine politischen Ansprüche versucht Geusendam bereits in seiner neuen Stellung als Geschäftsführer der "Wullenwever-Druckverlag Heine KG" umzusetzen. Hier verantwortet er die Herausgabe und die Redaktion des parteinahen "Lübecker Morgens". Der sozialdemokratische Eigenbetrieb "Wullenwever" hat zu diesem Zeitpunkt eine bewegte Geschichte hinter sich: Jürgen Wullenwever war Lübecker Bürgermeister der Jahre 1533–1535. Er galt aus Sicht der Lübecker Sozialdemokraten als einer der ersten, der Reformen für "die kleinen Leute" wagte. Um die Kriegskasse zu füllen, hatte er das Kirchensilber einschmelzen lassen, anstatt den Lübeckern neue Steuern abzupressen. Für den bei "Wullenwever" seit 1894 verlegten "Volksboten" hatten schon der Parteivorsitzende Willy Brandt und die unumstrittene Führungsper-

Wilhelm Geusendam legt 1966 zusammen mit der Redaktion des "Lübecker Morgen" (zweiter von rechts Erwin Riegel, am rechten Bildrand Redakteur von der Lippe) einen Kranz am Ehrenmal für Julius Leber nieder — ein in der Lübecker SPD wichtiges Ritual zur Erinnerung an den Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus.

55 Vgl. Klotzbach 1982, S. 451.
56 Vgl. Markus Oddey: Ein Stück sozialdemokratische Lebenskultur. Der "Lübecker Volksbote" zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 16, Malente 2004, S. 109-120.

sönlichkeit der Lübecker Sozialdemokratie während der Weimarer Republik, Dr. Julius Leber, geschrieben. ⁵⁶ Leber bleibt nach 1945 Identifikationsfigur für die Lübecker SPD – auch für Wilhelm Geusendam. Zu seinem Gedenken wird auf dem Ehrenfriedhof vor dem Burgtor ein Gedenkstein errichtet. Es ist seitdem Tradition in der Lübecker SPD, am Jahrestag seiner Ermordung am Ehrenmal einen Kranz niederzulegen und sein Wirken mit Worten des Gedenkens zu würdigen. 1973 tut das auch Wilhelm Geusendam. Besonders beeindruckt ihn der politische Tatenmensch Leber, der sich nicht im Pragmatismus erschöpfte, sondern seine politischen Ziele mit Augenmaß anvisierte und ihnen beharrlich Schritt für Schritt näher rückte. Ein Mann, der – ganz nach Geusendams Geschmack – den Konflikt um der politischen Zukunft willen bejahte. ⁵⁷

Als "Lübecker Freie Presse" haben die Lübecker Sozialdemokraten 1946 über die Gewerkschaften die erste Lübecker Zeitungslizenz der Alliierten erhalten und knüpften zunächst mit einer Auflage von 80 000 Auflageexemplaren ausdrücklich an das Vermächtnis ihrer "besten Toten" wie Leber an. Als die Zeitung nach der Währungsreform aber nach marktwirtschaftlichen Gesetzen arbeiten musste, prophezeite der Chefredakteur der konkurrierenden bürgerlichen "Lübecker Nachrichten" dem Blatt, der Tag werde kommen, an dem er sich die gesamte "FLP"-Auflage unter den Mantel klemmen könne. § Und die Auflage fast aller sozialdemokratischen Zeitungen fiel tatsächlich. Bereits im Frühjahr 1949 stellte der Herausgeber der "Bielefelder Freien Presse", Emil Groß, fest: "Die drei ersten Jahre, in denen es uns relativ gut ging, sind vorbei. Jetzt beginnt der harte Kampf."§

Das galt vor allem auch für die "Lübecker Freie Presse", der nach 1945 weite Teile ihres mecklenburgischen Verbreitungsgebietes fehlen, die jetzt in der DDR liegen. Als Zeitung, die es als ihre erste Aufgabe verstand, demokratisches Bewusstsein zu wecken und politisch oppositionell Stellung zu beziehen, hatte sie es in einem Klima der Politikmüdigkeit in der frühen bundesrepublikanischen Nachkriegszeit besonders schwer. Hinzu traten hausgemachte Probleme – insbesondere die schweren Auseinandersetzungen zwischen den später ausgebooteten Lizenzträgern Albrecht und Gädtgens mit dem aus dem schwedischen Exil zurückgekehrten neuen SPD-Kreisvorsitzenden Paul Bromme und SPD-Bürgermeister Otto Passarge. 1951 muss das Unternehmen einen Vergleich aushalten. Zu dieser Zeit werden von der "LFP" nur noch ganze 13000 Auflagenexemplare gedruckt.

Der Bundesparteivorstand macht unzureichende Kontrollmöglichkeiten der neu gegründeten "Konzentration GmbH", der Dachgesellschaft sozialdemokratischer Medienunternehmen, als Grund für die Misere aus. Er stellt Subventionen zur Verfügung, um den Vergleich zu ermöglichen und verhängt Parteistrafen gegen die Verantwortlichen Bromme, Gädtgens und Passarge, die trotz ihrer Aburteilung noch 1959 hohes Ansehen innerhalb der Lübecker Parteiorganisation genießen. 60

57 Vgl. AHL, SPD, Nr. 105. Rede Geusendams am Grab Lebers am 5.1.1973.

58 Vgl. LN vom 31.5.1949 - Unsere Antwort an die FLP.

59 E. Groß auf der sozialdemokratischen Verlegerkonferenz am 3./4. Mai 1949. Zit. In Brunner 1996, S. 54. Zur Auflagenentwicklung der LFP in dieser Zeit vgl. Appelius 1999, S. 339-340.

60 Vgl. Martens 1998, S. 301-304, Appelius 1999, S. 360-361.

Die mit finanziellem Unterschuss arbeitende Zeitungsgesellschaft wird von "Lübecker Freie Presse GmbH" in "Wullenwever-Druck Heine KG" umbenannt.⁶¹ Die neue Firmenbezeichnung zeigt den erweiterten Besitzanspruch von "Konzentration" und Parteivorstand an. Doch verläuft auch in den Folgejahren die Entwicklung der Geschäftsbilanzen negativ. Der Akzidenzdruckbereich kann die von der Zeitung verursachten Löcher nicht stopfen, so dass die Zeitung bereits 1959, als Geusendam nach Lübeck kommt, fast schon "unter Ausschluss der Öffentlichkeit" erscheint.⁶²

Die Situation bei "Wullenwever" ist zunächst schwierig: Schon Karl Anders stellt in seinem Abschlussbericht vom April 1959 fest: Die Beschäftigten hätten "einigen Grund zum Meckern und tun das natürlich auch." Trotzdem müssten überzogene Lohnforderungen und Sozialleistungen im Interesse des Gesamtbetriebes gegen den Widerstand des Betriebsrates zurückgeschraubt werden. Die erwirtschafteten Gewinne des Druckereibetriebes sollten wieder in den Betrieb reinvestiert werden -insbesondere in eine notwendige technische Modernisierung der veralteten Anlagen. "Das Schmerzenskind des Verlags" ist für Anders die Zeitung, die wie ein "Mühlenstein um den Hals der Firma" hängt und deren Herstellung in Lübeck im hohen Grade unrentabel ist. Auch die Redaktion arbeitet offenbar nicht profitabel. Mit Ausnahme des von allen Seiten gelobten und mit Kurt Tucholsky verglichenen Chefredakteurs und "Topjournalisten" Albrecht Zießler, der bereits 1951 den abberufenen Paul Bromme als Chefredakteur ersetzt hat, sind alle festangestellten Redakteure ehemalige Volontäre der "Freien Lübecker Presse". Damit ergibt sich für Anders "eine fast perverse Situation der Inzucht."63

Sanierer Geusendam reagiert zunächst entsprechend Anders' Vorschlägen. Er weiß, dass Betriebsrat und Belegschaft 1958 seinen Vorgänger Ludwig Nau gegen Kiel und Bonn unterstützt haben und ihn, Geusendam, als Interessenvertreter des SPD-Landesvorstands betrachten, der "Lübeck einkassieren" wolle. Wo es notwendig erscheint, geht er unerbittlich gegen Miesmacher vor und verschafft sich auf diese Weise Respekt. Er kürzt den Redakteuren Riegel und Reinbender ihre Gehaltsbezüge und stützt die Kündigung von Redakteur Post. "Wir weinen ihm keine Träne nach" schreibt Geusendam an seinen Kollegen Wulff von der "Volkszeitung". Auch Zießler nimmt Geusendam bei seiner Kritik nicht aus. Der sei zwar ein guter Chefredakteur, aber er habe die Redaktion "nicht im Griff" – was Geusendam als Zeichen von Schwäche auslegt: "Die Redaktion war früher ein recht geselliger Klub. Er wurde etwas unsanft von Karl Anders aufgescheucht – was umso mehr weh tat, als die Redaktion hinter Nau stand."64

Gegen Widerstände des Betriebsrats setzt Geusendam entschieden und konsequent die von der "Konzentration" gewünschte verstärkte redaktionelle Kooperation der Lübecker mit der Kieler "Volkszeitung" durch, die Kosten für den Mantel sparen soll. 65 Trotz allem gelingt es Geusendam, bis zur ersten von ihm verantworteten Gesellschafterversammlung Anfang 1960 Interessensunterschiede

- 61 Vgl. Ressmann 1995, S. 173f. 62 Vgl. Burchardt/ Knobbe 1993, S. 53-56. Zitat nach mündliche Auskunft Schnepel.
- 63 Vgl. AdsD Abt. IV SHVZ, Nr. 28 LFP 1958-1969. Mehrseitiger Bericht Wullenwever-Druck LFP 1.1.1958 bis 13.4.1959 als Anlage Schreiben Anders an Wulff. Zu Zießler vgl. Haese/Prawitt/Haese 1994, S. 265.
- **64** Vgl. AdsD, Abt. III, Best. SPD-LV S-H, Nr. 410. Schreiben Wulff an Damm vom 3.2.1960, Schreiben Geusendam an Wulff vom 1.2.1960 über 'Spannungen in der Redaktion'.
- 65 Diese Entwicklung blieb nicht auf die sozialdemokratische Presse beschränkt, wurde aber genauso wie die späteren Abwicklungen von der Öffentlichkeit besonders stark wahrgenommen. Das ändert nichts daran, dass immer mehr lokale und regionale Zeitungen ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit aufgeben mussten. Sie übernahmen den Mantel, die überregionale, aktuelle politische Berichterstattung größerer Zeitungen, um ihre Kosten zu senken oder suchten die wirtschaftliche Kooperation und gingen in überregionalen Verlagsgruppen auf. 1976 existierten bundesweit nur noch 121 Vollredaktionen gegenüber 225 im Jahr 1954. Vgl. dazu Brunner 1996, S. 88, Boll 2002, S. 86.

auszugleichen und Existenzsorgen in Einzelgesprächen mit Unzufriedenen genauso zu zerstreuen wie das umlaufende Gerücht, er würde die Zeitung fortan in Kiel drucken lassen. Die Folge: Sämtliche Gesellschafter und auch die Redaktion sprechen ihm 1960 ihr Vertrauen aus und bescheinigen ihm eine gute Arbeit.66

Insbesondere das zuvor nach den Konflikten der 1950er Jahre angespannte Verhältnis zur "Konzentration" und ihrem Geschäftsführer Fritz Heine in Bonn wird jetzt ein grundsätzlich einvernehmliches: "Wir beide haben genug unangenehme Überraschungen in Lübeck gehabt, um vorsichtig zu sein. Ich habe volles Zutrauen zu Wilhelm Geusendam, aber ich glaube, wir beide möchten ihm auch helfen, daß nichts geschieht" schreibt Heine am 22.2.1961 an Wulff nach Kiel. Dass Geusendam sich – wohl aufgrund seiner NS-Erfahrungen – nicht in die Karten blicken lassen will und Bilanzen zunächst nicht aufschlüsselt, entschuldigen Heine und Nau, die Vorwürfe, zu verdeckten Zahlen zu neigen, selbst kennen.⁶⁷

Geusendam gelingt es, seine Kontakte nach Bonn im Laufe der 1960er Jahre zu verbessern und für den Lübecker SPD-Kreisverband und "Wullenwever" zu nutzen. Sowohl zu Fritz Heine, dem Geschäftsführer der "Konzentration", als auch zu SPD-Schatzmeister Alfred Nau besteht trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen und der politischen Strategie ein freundschaftliches Verhältnis. Nau und Heine stunden Geusendam zunächst frühere Außenstände des Lübecker Unternehmens und sichern ihm später die Finanzierung eines Neubaus für den Offsetdruckbetrieb am Stadtrand zu.68

II.5 Anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die weiter bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Lübeck können diese Beziehungen nicht lösen: Geusendam steht drei wesentlichen Aufgaben gegenüber: Erstens den notwendigen, insbesondere druck- und vertriebstechnischen Neuerungen. Zweitens dem Verfügungsanspruch des SPD-Kreisvereins unter Paul Bromme auf die Redaktion und drittens den sich daraus ergebenen finanziellen Belastungen.

Drucktechnische Fragen legt Geusendam in die Hand seines Betriebsleiters Friedemann Schnepel, mit dem er persönlich gut auskommt und zu dem er ein Vertrauensverhältnis aufbaut. ⁶⁹ Einen neuen Vertriebsleiter und Werbefachmann spart Geusendam gegen die Empfehlung der Gesellschafter ein – zum einen, um seiner Meinung nach unnötige Ausgaben zu vermeiden, zum anderen, weil er sich hier nach seinen Erfahrungen in Nürnberg und Frankfurt selbst in seinem Element sieht. Als eine der ersten Maßnahmen lässt Geusendam den Zeitungsvertrieb von einer Agentur erledigen, nachdem ihm zuvor Unterschlagungen bei Austrägern und Werbern aufgefallen sind. ⁷⁰ Noch 1961 kritisiert VZ-Verlagsleiter Wulff gegenüber dem Geschäftsführer der "Konzentration", Fritz Heine, Geusendam mache im Vertrieb alles alleine und drohe, sich zu überlasten. Heine aber zeigt Verständnis für die Geschäftspolitik von Geusendam, der "von der Schulung her mehr ein Vertriebsleiter als etwas anderes

66 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 FLP, Gesellschafterversammlung 1960.

67 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 FLP, Wulff an Heine vom 17.2.1960 und Heine an Wulff vom 22.2.1961. Kritik an Nau nach Wewer 1987, S. 103 und Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 174. Nau sammelte sensible Unterlagen angeblich in Aktenkoffern.

68 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 FLP, Gesellschafterversammlung 1966. Vorwürfe Heines an Geusendam im Hinblick auf "privatkapitalistisches Geschäftsgebaren, Leisetreterei oder Hasenherzigkeit" sind genauso wenig bekannt wie eine Kritik an der Berichterstattung. Zitiert nach Appelius 1999, S. 357. Beschwerden Heines über die Berichterstattung der parteinahen Zeitungen kamen in den 1950er Jahren auch in Lübeck häufiger vor. 1954 kritisierte Heine Zeitungen, die ein wenig schmeichelhaftes Bild des 'sakrosankten' Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer auf der Titelseite zeigten, auf dem Ollenhauer nach Meinung von Heine wie ein "zum Gewerkschaftsfunktionär avancierter Stauervize Kabuffke aus dem Hamburger Hafen, aber nicht wie der Führer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" erschien. Vgl. Appelius 1999, S. 353. Vgl. zu Lübeck mdl. Auskunft Schnepel und Bericht der Gesellschafterversammlung von 1958 in AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 LFP.

69 Mündliche Auskunft Schnepel.70 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 LFP.

Geschäftsbericht für 1959 durch Geusendam an den LV.

ist."⁷¹ Wie dringend notwendig eine Verbesserung des Vertriebs und der technischen Dienste ist, zeigen bei "Morgen" und "Volkszeitung" einlaufende Beschwerden über verspätete Zustellungen. Leser fordern wiederholt: "Eine Morgenzeitung gehört auf den Frühstückstisch der arbeitenden Bevölkerung!"⁷²

Die von Geusendam vorangetriebenen Versuche, die Einnahmenseite der Zeitung zu erhöhen, scheitern jedoch: Die organisatorische Inanspruchnahme der Lübecker SPD-Ortsvereine für die Zeitungswerbung, unter anderem für eine umstrittene Bezugskontrolle unter ihren Mitgliedern und mehrere Werbeinitiativen, zeitigen keine Erfolge: Gerade 50 Prozent der Mitglieder beziehen die Zeitung noch. Es sind vor allem ältere Genossen.⁷³

Besorgniserregend erscheint Geusendam, dass insbesondere Familien- und Kleinanzeigen, die einen hohen Nachrichtenwert besitzen, bei der bürgerlichen Konkurrenz, den "Lübecker Nachrichten", aufgegeben werden – sogar von namhaften Funktionären aus der Lübecker SPD-Bürgerschaftsfraktion. Das stellt für Geusendam einen Bruch der Solidarität gegenüber der Partei dar. 74 Vor allem neue Wähler kann die sozialdemokratische Presse nicht an sich binden und mit der fallenden Auflage sinken auch die Einnahmen aus Geschäftsanzeigen, die viele Lübecker Unternehmer aus politischideologischen Gründen schon zuvor größtenteils bei der bürgerlichen Konkurrenz haben schalten lassen. 75

In den 1950er Jahren haben es "Konzentration" und die meisten sozialdemokratischen Zeitungsverlage nicht als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet, die Betriebsgewinne zu maximieren. Sie verstanden sich als Bestandteil der Parteiorganisation, als neben der Mitgliederorganisation zweiter großer Pfeiler der Sozialdemokratie, um für die Partei zu werben und Mehrheiten für ihre Politik zu gewinnen. In sozialdemokratischer Tradition stehend, betrachteten sie es gerade in Oppositionszeiten als ausgesprochen wichtig, über eine eigene publizistische Stimme für programmatische Diskussionen, Gegenentwürfe zur Politik konservativer Regierungen und parteiinterne Informationsaufgaben zur verfügen. Schon Aufforderungen von 1946, wie die des Herausgebers des sozialdemokratischen Berliner "Telegraphen", Arno Scholz, die parteinahe Presse solle "nicht den ausgesprochenen Charakter des Vereinsblattes haben, sondern in erster Linie modernes Nachrichtenblatt mit sozialdemokratischer Tendenz sein", blieben vielerorts, auch in Lübeck, ungehört.⁷⁶

Geusendam versuchte 1959 an diese Forderungen anzuknüpfen. Eine Notiz an den "Verehrten Leser" vom 1. September zeigt die Umbenennung der Zeitung in "Lübecker Morgen" redaktionell an. Die "beruhigende" Nachricht an den Stammleser lautet: "Es ist die gleiche Zeitung wie immer. Nur eins ist geschehen: der Titel wurde vereinfacht. (…) Wir haben weder den Kopf noch das Gesicht verloren – wir haben nur das Make-up ein wenig geändert." Die redaktionelle Notiz zeigt bereits an, wie eng die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine Modernisierung gesetzt waren: Beim "Morgen" handelte es sich vor allem um eine graphische

71 Ebd. Schreiben Heine an Wulff vom 22.2.1961.

72 AdsD, Abt. III LV S-H Handakten Walter Damm, Nr. 406.

73 Vgl. AHL, Best. SPD-KV, u.a. Nr. 358 OV Burgtor, Nr. 376 OV Eichholz, Nr. 395 OV Karlshof, Nr. 409 OV Mali. Bereits im ersten von Geusendam verantworteten Geschäftsjahr gingen die Einnahmen um 7 Prozent zurück.

74 Vgl. mündliche Auskunft Schnepel. **75** Vgl. Appelius 1999, S. 378-381, zu Lübeck vgl. mündliche Auskunft Schnepel. **76** Scholz auf Gründungsversammlung der Konzentration GmbH am 29.10.1946. Zit. nach Brunner 1996, S. 37. Umgestaltung des Zeitungskopfes – und ein gefälligeres Layout bei bescheidener Ausweitung der Bildberichterstattung. 1963 wird auch beim "Morgen" das traditionelle plakative "Rot" durch ein eher gemäßigt wirkendes "Blau" als Schlagzeilenfarbe ersetzt. Viel mehr war von Lübeck aus wohl nicht steuerbar, da der Mantel für die Zeitung von der "Volkszeitung" aus Kiel, später von der "Hannoverschen Presse" als druckfertige Mater bezogen wird. Diese enge Zusammenarbeit, die vor 1959 an lokalen Rivalitäten gescheitert war, in die Vorgänger Ludwig Nau als protegierter Schwiegersohn des ehemaligen Lübecker Konsum-Geschäftsführers eingebunden war, erschien Geusendam offenbar dringend notwendig.⁷⁷

Die Kooperationsstrategie führt aber auch zu Problemen: Zum einen gehen verstärkt Abbestellungen ein, nachdem die Sportseiten für Lübeck aus Kiel geliefert werden. Zum anderen kommt es immer wieder zu Problemen bei der Materlieferung von Kiel nach Lübeck: Teils werden veraltete Matern geliefert, teils warten die Lübecker Fahrer in Segeberg und ihre Kieler Kollegen in Eutin. 78 Die Arbeit der Lübecker Redaktion beschränkt sich jetzt weitgehend auf den Lokalteil, in dem Verlautbarungen des Kreisvorstands dominieren.⁷⁹

Noch am 14.3.1966 muss sich der "Lübecker Morgen" in einer redaktionellen Notiz "in eigener Sache" gegen Artikel der "Lübecker Nachrichten" wehren, die die von Geusendam geführte Zeitung als "Befehlsempfänger des Lübecker Kreisvorstands und als dessen Hausorgan" darstellen. Trotz des Widerspruchs wird der "Morgen" in den frühen 1960er Jahren zum Missfallen von Geusendam dazu genutzt, Auseinandersetzungen in der eigenen Partei hochzuspielen und politische Gegner rüde zu beschimpfen. Selbst Chefredakteur Zießler lässt sich vom Kreisvorsitzenden Bromme dazu verleiten, denunziatorische Artikel zu verfassen, die etwa den Verlagsleiter der konkurrierenden "Lübecker Nachrichten", Ehrlich, als Juden beschimpfen. 80 Der Kreisvorstand um Bromme begreift die Gesinnungspresse auch nach der Parteireform weiterhin als ideologisches Schulungsmittel. Mit ihrer in der Weimarer Tradition stehenden, unterschwellig belehrenden Parteilichkeit schafft er Zielkonflikte von Parteiinteressen und Leserbedürfnissen, die zu einem weiteren Leserschwund führen.81

Diesen Zusammenhang erkennt auch Geusendam. Der verbittet sich die redaktionelle Einflussnahme. Sein Betriebsleiter Friedemann Schnepel stellt später klar: "Niemand kann zwei Herren dienen. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon."82 Unter dem wirtschaftlichen Misserfolg leidet auch Chefredakteur Zießler, der 1964 nach fast 16 Jahren bei "Wullenwever" resigniert das Handtuch wirft. Er habe mit Geusendam, der in Lübeck gute Arbeit leiste, immer im freundlichen Einvernehmen gestanden, verhehle aber nicht, "daß mich im Laufe der Zeit zunehmend die Sorge geplagt hat, ja daß ich direkt unter Depressionen gelitten habe, weil der Arbeit so gar kein wirtschaftlicher Erfolg beschieden war."83

Nach dem Ausscheiden von Zießler übernimmt Geusendam Schreiben Zießler an Wulff vom 9.5.1964. 1966, gegen den Wunsch von Kreisvorstand und SPD-Bürger-

77 Zu Lübeck mündliche Auskunft Schnepel, zur bundesweiten Entwicklung bezüglich der Rivalitäten und lokalen Machtkämpfe, die Kooperationsstrategien torpedierten vgl. Appelius 1999, S. 378. 78 Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP. Schreiben Geusendam an Wulff vom 28.4.1960 und vom 7.9.1960. Vgl. zu Umstrukturierungen und Kooperation bereits Haese / Prawitt/Haese 1995, S. 260, 266 und S. 271.

79 Vgl. u.a. 'Auf ein Wort' von Paul Bromme vom 24.10.1959.

80 Mündliche Auskunft Schnepel und Busack.

81 Vgl. zu diesem nicht ausschließlich auf Lübeck beschränkten Phänomen Appelius 1999, S. 349, 351.

82 Appelius 1999, S. 468.

83 AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 LFP.

schaftsfraktion, die auf die große Bedeutung des "Morgens" für die SPD in Lübeck verweisen, formal die Chefredaktion und spart damit den Chefredakteursposten praktisch ein. § Als er ein gutes halbes Jahr später auch Kreisvorsitzender der Lübecker SPD wird, bestehen keine grundsätzlichen Zielkonflikte zwischen Verlagsleitung und Kreisvorstand mehr. Eine eigene Handschrift ausbildende Leitartikel aus seiner Feder sucht man vergebens. Diese übernehmen die Kieler VZ-Kollegen und der auf dem Landesparteitag 1965 in Travemünde neu gewählte Landesvorsitzende Jochen Steffen. Mit seinem linken Kurs eckt Steffen bei den Lübeckern an. Geusendam dagegen stützt die Artikel, betrachtet sie als Chance für die Partei, sich zu profilieren, kritisiert lediglich den zu flapsigen Tonfall und zu groben, zu rüden Stil. § 5

Geusendams Zurückhaltung in journalistischen Fragen lässt sich wohl aus der Tatsache erklären, dass er den "Morgen" bereits lange vor 1966 aufgegeben hat. In Gesellschafterversammlungen drängt er wiederholt und unmissverständlich gegenüber den Vertretern aus Kiel und Bonn auf die Einstellung der Zeitung. Ihnen gegenüber stellt Geusendam klar: Der technische Betrieb sei das wirtschaftliche Rückgrat des Gesamtbetriebes. Die Zeitung könne über kurz oder lang nur durch Einsparungen, die zwangsläufig auf Kosten ihrer Qualität gingen, oder fortgesetzte Zuschüsse und Subventionen durch den Bundesparteivorstand erhalten bleiben, die für die Partei untragbar seien. ⁸⁶ Der Prozess des langsamen Schrumpfens mit jährlichen Abonnementverlusten von 100 bis 200 Exemplaren bedeutet einen zusätzlichen Verlust von 100000 bis 150000 DM, von denen lediglich 70000 bis 100000 DM durch die Druckereigewinne aufgefangen werden könnten. ⁸⁷

Alleine schon aus seinen journalistischen Neigungen heraus liege ihm die Zeitung ganz besonders am Herzen. Trotzdem halte er sich für verpflichtet, auf die Gefahr hinzuweisen, die dem Gesamtunternehmen von der Zeitung her drohe. Sobald sich das Anzeigengeschäft verschlechterte, werde sich die Lage der Zeitung dramatisch darstellen, orakelt Geusendam in richtiger Einschätzung der Geschäftslage noch im März 1966. Die Frage sei nur noch, "entweder die Zeitung durch weitere Kostensenkungen bis zum Tage X zu halten oder sie schnellstens aufzugeben." Die Gesellschafter legen ihm ersteres nahe. Die Gesellschafter legen ihm ersteres nahe.

Die von Geusendam als "bitter, aber entgegen der eigenen Neigung zum Wohl der Gesamtpartei unerlässlich" gekennzeichnete Position kann als typisch für ihn bezeichnet werden. Die Sanierung der Zeitung ist dabei nicht sein primäres Ziel – vielmehr gilt es, den Konkurs des Gesamtunternehmens zu verhindern und dadurch die finanziellen Interessen der Gesamtpartei und ihrer Mitglieder zu vertreten, die sich das finanzielle Fundament durch ihre Beiträge einmal "vom Munde abgespart" haben. Geusendam dürfte in diesem Punkt mit Fritz Heine übereingestimmt haben, dass die Unternehmen "Eigentum der 800000 SPD-Mitglieder" seien. 91 Geusendam spricht sich aber grundsätzlich gegen Werbebeiträge aus, die nach

- **84** Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 LFP. Gesellschafterversammlung 1966.
- **85** Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 28 LFP. Gesellschafterversammlung 1967. Mdl. Auskunft Schnepel.
- **86** Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP, Gesellschafterversammlung vom 29.8.1963.
- **87** Vgl. AdsD, DDVG, 909 Auer/ADP Schreiben Heine an Geusendam vom 19.12.1966 und Aktennotiz Heine in Sachen 'Besprechung wegen Norddeutscher Zeitungsprobleme'.
- **88** Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP, Gesellschafterversammlung vom 24.3.1964.
- **89** Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP, Gesellschafterversammlung vom 22.3.1966.
- **90** Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP, Geusendam an Wulff vom 14.11.1966 **91** Appelius 1999, S. 399.

Paragraph 8 des Organisationsstatuts der SPD an den Parteivorstand abzuführen waren. Die erwirtschafteten Gewinne dürften nach Ansicht von Geusendam nicht wie zuvor bei der "Volkszeitung" dazu da sein, das Leben einzelner Parteifunktionäre in Kiel oder Bonn durch finanzielle Zuwendungen angenehmer zu gestalten. Dass die Parteizeitung weder in geschäftlicher noch in redaktioneller Hinsicht ein sklavisches Organ des Parteivorstands sein soll, davon ist Geusendam schon seit seiner Pressearbeit in der Sowjetunion felsenfest überzeugt. Es ist eine Sache, der SPD in Wahlkampfzeiten Fahrzeuge, Trägerpersonal und günstige, für den Betrieb teils unrentable Druckaufträge zur Verfügung zu stellen – es ist eine andere, aus dem Betriebsvermögen Fahrzeuge für Landesvorstandsmitglieder anzuschaffen und für deren Unterhaltskosten aufzukommen.92 Geusendam vertritt hier eine andere Position, besitzt auch eine andere biographische Prägung als sein Kollege Wulff von der "VZ", dem ehemaligen Volksfürsorge-Buchhalter.93

Geusendams Verweigerung in diesem Punkt stellt aber keineswegs seine Loyalität gegenüber dem Parteivorstand in Frage. Vielmehr gilt es die Interessen der Gesamtpartei, ihrer Mitglieder und des Betriebes nach seiner Ansicht dadurch zu wahren, dass eine schnelle Reinvestition von Gewinnen des drucktechnischen Bereiches in den Betrieb gewährleistet wird. Die in den 1970er Jahren endgültig realisierte Aufstellung und der Ausbau einer modernen Offsetdruckabteilung in einem neuen, verkehrsgünstig gelegenen Gebäude am Stadtrand sieht Geusendam schon 1963 als die "letzte Möglichkeit, den unhaltbaren Zuständen in Lübeck ein Ende zu machen."94 Das über persönliche Kontakte zu Heine und Nau finanzierte Projekt ist zweifellos als ein geschäftlicher Erfolg Geusendams als Geschäftsführer von "Wullenwever" zu bewerten. Noch heute trägt das zwischenzeitlich zu "Dräger-Wullenwever-Druck" fusionierte Unternehmen zur Finanzierung der SPD bei.

II.6 Die Abwicklung der Verlagsfusion. Viel mehr ist für Geusendam in Lübeck wohl nicht zu erreichen – insbesondere nicht für den "Morgen". Die SPD-nahe Presse hat in wirtschaftlicher Hinsicht ihr Entwicklungsmaximum bereits 1957 erreicht. 1958 arbeiten nur noch ganze fünf SPD-Betriebe wirtschaftlich – je kleiner sie sind, desto größer sind auch ihre wirtschaftlichen Probleme. Auflagenverluste und steigende Lohn- und Gehaltskosten können nur durch Zuwächse bei den Anzeigen im Zuge des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs bis zur Rezession von 1966/67, die dramatische Einbrüche bei den konjunktursensiblen Anzeigen mit sich bringt, ausgeglichen werden. Infolge der Anzeigen-Auflagenspirale sehen sich sozialdemokratische Zeitungen danach endgültig an den Rand ihrer wirtschaftlichen Existenzfähigkeit gedrängt.95

Die schlechte Rentabilität der Zeitung dürfte wohl eine allen Verantwortlichen im SPD-Unternehmensbereich bekannte Tatsache dargestellt haben, die gleichwohl nicht an die Öffentlichkeit dringen durfte. Ein Vergleich der im Impressum angegebenen mit den für die

92 H. Wulff an A. Nau, in: PVB 01945, AdsD, nach Appelius 1999, S. 372-373. 93 Zwar ist nicht bekannt, inwiefern sich vor Geusendams Tätigkeit bei 'Wullenwever' aus dem Treuhänderstatus der Gesellschafter ergebene Kapitalrückflüsse an den Parteivorstand negativ auf die Gewinnentwicklung des Betriebes auswirkten - doch gibt es zumindest Hinweise, dass die Zeitung örtliche Parteiorganisationen finanziell unterstützte und auch zuvor gebildete Rücklagen diesem Querfinanzierungszweck zugeordnet wurden. Gleichzeitig wurden aber in den Jahren 1954 bis 1958 keine Werbebeiträge an den Bundesvorstand der SPD mehr abaeführt. Val. belastende Hinweise bei Gehrmann 1993, S. 442 und Schreiben Heine an Wulff vom 7.8.1961, in: AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP.

94 AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 28 FLP Gesell-schafterversammlung vom 6.3.1963, ähnlich vom 24.3.1964.

95 Vgl. Wewer 1987, S. 46, Brunner 1996, S. 71 und vor allem Appelius 1999, S. 388-389, S. 409.

"Konzentration" jährlich erhobenen tatsächlichen Auflagenzahlen belegt, dass offiziell überhöhte Angaben gemacht wurden. Die Zahlen aus dem Betriebsabgleich der "Konzentration" zeigen auch deutlich, dass es, um einen Konkurs zu verhindern, keine wirkliche Alternative zur Einstellung und Abwicklung gab. Die Auswirkungen der Rezession auf den krisenanfälligen Pressemarkt und die strukturellen Schwierigkeiten des Parteizeitungswesens konnten unmöglich gleichzeitig gelöst werden. Finanzierungsanteile aus Abonnement und Anzeigenerlöse kehrten sich um und entwickelten sich damit zugunsten des Lübecker Marktführers, der bürgerlichen "Nachrichten". Geschäftsführer, "Konzentration" und Partei mussten schnell handeln, um Gesamtkonkurs und Insolvenz des SPD-Unternehmensbereiches zu vermeiden. Vor die bittere Alternative gestellt, entweder dauerhaft zu subventionieren oder den Betrieb zu schließen, entschieden sie sich für letzteres.

Auch für Lübeck und Kiel liegt eine Schließung nahe. Höheren Kosten stehen hier fallende Gewinne gegenüber. Besonders dramatisch ist die Lage in Kiel: "Der Patient 'VZ Kieler Morgenzeitung' ist leider krank", bekennt Geschäftsführer Wulff bereits im Juni 1967. Auf Initiative von Jochen Steffen und des Bundesparteivorstands soll die "Volkszeitung" daher fortan bei den "Lübecker Nachrichten" gedruckt und nur noch der Kieler Lokal- und der Anzeigenteil von der alten VZ-Redaktion betreut und eingelegt werden. Mitarbeitern aus der Zeitungssetzerei und Teilen der Redaktion wird gegen massive Proteste der Gewerkschaftsverbände IG Druck und Papier gekündigt. 98

Steffen verteidigt dieses unpopuläre Vorgehen: "Grundsätzlich ist die Situation so, daß die Lage der Zeitung so verheerend ist, dass es keine andere Möglichkeit gibt, wenn wir ein Teilsprachrohr in einer Abonnementzeitung behalten wollen. Über die Möglichkeiten dieser Zeitung gebe ich mich keinen Illusionen hin. (...) Jetzt ist es für alle großzügigen Lösungen zu spät." Die Antwort des Hamburger Geschäftsführers von Auerdruck, Kalbritzer, der die ebenfalls sozialdemokratische "Hamburger Morgenpost" verlegt, folgt prompt: "Eine solche Zeitungsmischung kann, (...) nur als politisches 'Contergan-Kind' bezeichnet werden."

Jedoch zeitigt die Umstellung nicht den gewünschten Erfolg. Der zum 1. April 1968 nach Aufkündigung des Kooperationsvertrags mit den "Lübecker Nachrichten" neu eingesetzte VZ-Geschäftsführer Emil Bandholz setzt jetzt auf eine Kooperation Kiel-Lübeck. Er will Geusendam als stellvertretenden Chefredakteur engagieren und fühlt durch Gespräche am Vorabend des Schleswiger Landesparteitags, u.a. bei SPD-Bürgermeister Werner Kock vor. Geusendam aber lehnt ab, hält die von Kiel angestrebte Fusion für wirtschaftlich unattraktiv und insbesondere in Lübeck für psychologisch unklug. Sowohl die Übernahme der Kieler Matern als auch ein Verkauf oder eine Verpachtung des "Morgen" an die Kieler Druckerei würden lediglich zu einem Auflagenschwund in Lübeck führen. Die notwendigen Investitionen könnten letztendlich nur durch hohe

96 Die durchweg negativen Betriebsergebnisse des 'Morgens' 1959-1968 in DM: -26048, -71072, -38533, -33110, -134118, -162367, -105342, -231627,-137902, -166587. Noch deutlich schlechter fallen die Betriebsergebnisse in Kiel bei der VZ aus. Hier werden 1968 790097 DM und 1969 892437 DM Verlust ausgewiesen. Die Betriebsergebnisse der Druckerei liegt 1965 noch bei 244748. Jedoch brechen auch in diesem Segment infolge der Rezession bis zur Einstellung der Zeitung 1969 Gewinne weg: für 1968 weist die "Konzentration" einen Verlust von 24810 DM aus. Vgl. detaillierte Angaben zu den Bilanzen der Druckereien sämtlicher Zeitungen der "Konzentration", in: AdsD, DDVG, 1807 "Konzentration GmbH". Detaillierte Angaben zu den Betriebsabrechungen der Druckereien finden sich in AdsD. DDVG. 1793.

- **97** Vgl. Brunner 1996, S. 88. 1967 folgten die sozialdemokratischen Zeitungen in Saarbrücken, Karlsruhe, Heilbronn und Freiburg.
- 98 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 12 Prozesse. Steffen an Damm vom 25.10.1967. Vgl. auch Schreiben Steffen an Heine vom 26.9.1967, Heine an Steffen vom 20.9.1967 und Steffen an Heine vom 25.9.1967, in: AdsD, Abt. III, Nr.961 Handakten Steffen. Vgl. auch Rickers 1992, S. 374-375.
- **99** Vgl. AdsD, DDVG 909 Auerdruck/ ADP. Schreiben Steffen an Kalbitzer vom 13.6.1967. Antwortschreiben von Kalbitzer an Steffen vom 13.6.1967.

Subventionen aus dem "großen schwarzen Loch in Bonn" ermöglicht werden. Das erscheint ihm angesichts der Krise der sozialdemokratischen Presse unverantwortlich – allein für die technische Modernisierung in Kiel wären 2,3 Millionen DM notwendig, denen jährlich zu erwartende Gewinne von 150000 DM gegenüberstünden. Außerdem liefen die Kieler Bestrebungen Geusendams Vorstellungen entgegen, ein Wochenblatt auf den Markt zu bringen, das die Tageszeitung ablösen soll und seiner Einschätzung nach bei deutlich niedrigeren Kosten und bei Rettung von 50 Prozent der Anzeigenerlöse einen nur geringen Auflagenschwund zu verkraften hätte. 100

Geusendam empfiehlt die Einstellung der VZ zum 1.1.1969 und eine technische Modernisierung der Druckerei. Jeder Monat, den die Partei diese Entscheidung herausschiebe, koste sie 70000 bis 80000 DM. Davon kann Geusendam auch Steffen überzeugen, der in Bonn zugunsten des Wochenzeitungsmodells entsprechend vorfühlt. Zum 1. Januar wird dann zunächst die Kieler "Volkszeitung", wenig später zum 1. April 1969 auch der "Lübecker Morgen" eingestellt. Die beabsichtigte, aber noch nicht beschlossene Einstellung der VZ hat Geschäftsführer Bandholz bereits zuvor auf einer Betriebsratssitzung eigenhändig verkündet und damit einen Spontanstreik der Redaktion ausgelöst. 101

In Lübeck führt Geusendam dagegen souverän die Regie. In der letzten Ausgabe des "Morgens" vom 31.3.1969 fordert er die Leser auf, die neue Wochenzeitung "Nordwoche", die den "Morgen" ablöst, zu abonnieren. Geusendam beteuert, dass der "Lübecker Morgen stets bemüht blieb, sein Bestes zu geben. (...) Man hat uns gelegentlich Einseitigkeit vorgeworfen. Das kann nicht tiefste Ursache des Niedergangs gewesen sein. Wäre sie es, große, angesehene Blätter hätten längst wie eine Primel ohne Wasser eingehen müssen. Aber sie wachsen. Sie hüllen ihre Einseitigkeit in das seriöse Gewand ihrer Quasiobjektivität oder erdrücken sie in zu Sensationen aufgebauschten Zweckmeldungen. Sie sind 'marktgerechte Produkte'. Der Zeitungsmarkt hat seine eigenen Gesetze. Wer sie verkennt, wer einmal den falschen Dampfer besteigt, wird den sicheren Hafen nie erreichen. Es hilft nicht, unterwegs die Maschine auszuwechseln oder den Anstrich zu erneuern. Kein Hubschrauber kann ihn retten, indem er einen Sack Gold auf sein Deck abwirft. (...) Wo das Kapital für die notwendigen Investitionen fehlt oder der Marktanteil, vor allem bei Zweitzeitungen am Ort, zu gering ist, (...) lauert der Untergang. (...) Die Kooperation ist eine Möglichkeit des Überlebens, aber sie ist an bestimmte, für Lübeck nicht gegebene Voraussetzungen gebunden und kein Allheilmittel."102

Auch eine grundsätzliche Umstrukturierung des Unternehmensbereiches in Konzernform durch Gründung der "Deutschen Druckund Verlagsgesellschaft mbH Hamburg" (DDVG) ist unerlässlich.
Zweck des neu gegründeten Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag
ist jetzt die "Herausgabe, der Verlag, der Vertrieb und der Druck von
Zeitungen, Zeitschriften und Druckerzeugnissen aller Art sowie die
Verwaltung, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen."

100 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 14 SPD Landesbüro S-H 1967-1970. Niederschrift Sitzung vom 2.12.1968. Vgl. bereits zuvor Schreiben von Bandholz an Geusendam vom 10.10.1968. Vgl. auch AdsD, DDVG 909 Auer/ ADP Kalbitzer (Geschäftsführer Auer) an Heine vom 7.2.1969 über ein Telefonat mit Geusendam. Auch die Hamburger Morgenpost lehnt eine Kooperation mit der VZ als Verlustgeschäft ab. Aktennotiz Auerdruck zur Lage der VZ vom 15.11.1968. Vgl. zur Entwicklung auch den Zwischenbericht von VZ-Geschäftsführer Bandholz an den LV vom 29.11.1968, in: SPD-Lta, IX Medien.

101 Vgl. Rickers 1992, S. 379-382. Vgl. auch AdsD, DDVG 909. Erklärung von Alfred Nau vom 19.12.1968. Zur letzten Redaktion des 'Morgen' zählten neben Geusendam als Verlagsleiter auch Chefredakteur Hartmut von der Lippe (Kommunales), Bernd Plagemann (Feuilleton), Erwin Riegel (Land und Sport) und Alice Pätow (Foto).

102 Kommentar von Geusendam 'Aufforderung zum Abonnement' in LM vom 31.3.1969.

Ein einheitliches Management und eine einheitliche Investitionsund Finanzplanung sollen den Gesamtkonkurs abwenden und die Abwicklung nicht wirtschaftlich überlebensfähiger Unternehmen organisieren. Die von Wilhelm Dröscher – seit 1973 Nachfolger von Alfred Nau im Amt des Bundesschatzmeisters – formulierte Einsicht in unauflösbare Zielkonflikte kommt spät, für die insgesamt gelungene Sanierung aber nicht zu spät. Die sozialdemokratischen Zeitungen können laut Dröscher nicht drei Dinge gleichzeitig tun: Musterbetrieb sein in einem sehr harten Wettbewerb, pointiert die Meinung der Partei vertreten und unter diesen Konditionen auch noch Gewinne erwirtschaften. ¹⁰³

Laut neu ausgegebener Leitlinie des Bundesparteivorstands soll allein die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit am Markt wichtig für den Fortbestand eines Titels sein. Wer über zwei Jahre hinaus Verluste einfährt, muss den Betrieb einstellen. Fortan "typische" Fusionen mit bürgerlichen Zeitungen zwecks Erwerb von Beteiligungen beschreibt Dröscher jetzt als "praktische Medienpolitik in einer kapitalistischen Umwelt."¹⁰⁴ Sein Nachfolger Friedrich Halstenberg fasst die Entwicklung später folgendermaßen zusammen: "Parteizeitungen sind in ihrem politischen und wirtschaftlichen Erfolg fragwürdig geworden."¹⁰⁵

Die heutige SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeyer führte die eingeleitete Konsolidierungspolitik fort: In den 1990er Jahren wurde die DDVG zu einer einfach strukturierten Holding umgewandelt. Der Wandel von einem nach 1945 zunächst dezentral getragenen, politisch motivierten Presseengagement zur einheitlichen, klar gegliederten und überwiegend auf Minderheitsbeteiligungen im Medienbereich beschränkten Holding ist damit abgeschlossen. Mit ihm folgt die SPD einem Wandel der politischen Struktur und Kultur in Deutschland. Die Parteiöffentlichkeit an der Diskussion um die Zukunft des Unternehmensbereiches zunächst kaum zu beteiligen und Entscheidungen hinter verschlossenen Türen zu treffen, ist 1969 im Bundesvorstand, bei den Managern der DDVG, aber auch bei Geusendam, bei der Festlegung der neuen Leitlinien noch üblich.

Für die Umsetzung der Leitlinien bei Abwicklung der Zeitungen in Kiel und Lübeck ist Geusendam nach heftiger Auseinandersetzung mit dem schließlich beurlaubten Bandholz der einzige verbliebene Kandidat. Er besitzt sowohl das Vertrauen des SPD-Landesvorstands unter Steffen als auch das der "Konzentration" unter Heine und des Bundesparteivorstands in Bonn. Bundesschatzmeister Alfred Nau teilt Steffen am 19.12.1968 per Fernschreiben mit: Alle Fragen in Kiel und Lübeck seien fortan von Geusendam als neu eingesetztem Geschäftsführer und Liquidator zu entscheiden. Seine Fähigkeiten als Verlagsleiter stünden außer Frage und "er genießt unserer vollstes Vertrauen und hat die erforderlichen Vollmachten, auch bzgl. der von uns zu tragenden Abwicklungskosten."

Die um ihre Arbeitsplätze besorgten Kieler Beschäftigten stehen ihm dagegen, wie schon ihre Kollegen 1959 in Lübeck, wenig ge-

103 Zit. nach: Danker/Oddey/ Roth/ Schwabe 2003, S. 179.

104 Zit. nach: Wewer 1987, S. 106.

105 Zit. nach:

Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 190.

106 Vgl. AdsD, Abt. IV, SHVZ, Nr. 14. Fernschreiben Nau an Steffen vom 19.12.1969.

sonnen gegenüber und streiken - auch um die Wiedereinsetzung seines Vorgängers Bandholz zu erreichen, an den sie ihre Hoffnungen auf ein Weitererscheinen der "Volkszeitung" binden. Dem Landesvorsitzenden Steffen und dem aus Bonn mit Geusendam herbeigeeilten Fritz Heine haben einige zuvor Prügel angedroht. Sie empfinden das, was jetzt finanziell für eine Wochenzeitung aufgebracht werden soll, nicht nur als "sinnlos hinausgeworfenes Geld für eine dilettantische Konzeption, sondern zugleich auch als Tiefschlag gegen die VZ und ihre 75jährige Geschichte."107 Die zeitfordernde Organisation der Abwicklung der Betriebe ist sicherlich keine dankbare Aufgabe. Das von der konservativen Presse kolportierte Stigma von den "unsozialen Sozis" ist hart - selbst die der SPD gewogene Wochenzeitung "ZEIT" spricht von "hemdsärmeligen, an den frühen Manchesterkapitalismus erinnernde Methoden."108 Die Abwicklung ist gleichwohl eine notwendige und wichtige Aufgabe. Um die Partei aus den Negativschlagzeilen zu bringen, soll ein Sozialplan für die von der Betriebsstilllegung betroffenen Mitarbeiter aufgestellt werden, der die Verantwortung für Kredite, Altersversorgung und Sozialpläne übernimmt.

Neben der Abwicklung ist der Aufbau einer Wochenzeitung die zweite große Aufgabe, die Geusendam lösen muss. Ab dem 1. April 1969 erscheint die "Nordwoche", die gleichzeitig als Stütze des noch mit Gewinn arbeitenden Kieler Druckereibetriebes als auch der SPD im beginnenden Bundestagswahlkampf dienen soll. Der anstehende Wahlkampf erleichtert wohl die Einwerbung von Subventionen als Anschubfinanzierung, dient der "Nordwoche" zunächst als Existenzgrundlage. Gleichzeitig ist der SPD Landesverband Schleswig-Holstein der einzige, dem der Parteivorstand zu dieser Zeit überhaupt noch eine Wochenzeitung finanziert. Auch das ist Ergebnis der guten Kontakte Geusendams nach Bonn. Die wirtschaftliche Entwicklung der "Nordwoche" aber gestaltet sich von Anfang an schwierig: Geusendam stellt nach den Erfahrungen mit dem "Morgen" im Hinblick auf die Finanzen des Unternehmens die Druckerei und nicht Redaktion und Zeitung in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen. Anders als Steffen ist Geusendam nicht bereit, in Schleswig-Holstein eine SPD-Wochenzeitung vom Format des CSU-Bayernkuriers zu machen. Bereits 1969 lässt er keinen journalistischen Spitzenmann, sondern den ehemaligen Motorexperten und Fraktionspressesprecher Harald Schneider die Redaktion der "Nordwoche" führen. Die zwei bis drei Lübecker Lokalseiten gestalten Gerd Walter und Hans-Jürgen Wolter. Die Kieler Redaktion beschwert sich in einer Denkschrift: "Die Arbeit der Redakteure findet unter denkbar primitiven Voraussetzungen statt. Das ist alles nicht witzig, sondern symptomatisch. Symptomatisch für den Status der Zeitung innerhalb dieses Hauses. Das ist nicht nur eine psychologisch recht bedenkliche Belastung für die Redaktion, sondern gleichermaßen für alle Leute, die zu der Zeitung Kontakt unterhalten."¹⁰⁹

Die Konzeption der "Nordwoche" bleibt mit einer Mischung aus Magazinstil und Mitteilungsblatt überwiegend auf Stammwähler be-

107 Vgl. AdsD, Abt. III LV S-H, Nr. 13 VZ-Kieler Morgenzeitung 1953-1969. Zitat aus Bericht Bandholz zur Lage der VZ vom 29.11.1968, in: Lta IX Medien, S. 6. 108 Vgl. "Die Zeit" vom 7. Juli 1972. Weitere Presseausschnittssammlung zur Abwicklung der Eigenbetriebe, allen voran der VZ, in: LtA IX Medien.

109 Vgl. AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 15. Denkschrift zur Nordwoche durch die Redaktion vom 23.2.1970. zogen. Für eine wirklich aufgeschlossene Zeitung ganz ohne Parteibrille fehlen Markt und Möglichkeiten. Bereits 1970 weist die "Nordwoche" einen Verlust von knapp 210000 DM aus. Versuche, mit dem "Fördeblatt" in Kiel ein zweites Anzeigenblatt herauszugeben, scheitern. 110 1971 soll die "Nordwoche" nach Absprache von Geusendam und Steffen mit Nau nicht weiter durch die roten Zahlen geschleppt werden und wird wegen Liquiditätsproblemen zum 1. Oktober 1971 eingestellt. Das Sterben auf Raten eines traditionsreichen sozialdemokratischen Wirtschaftsunternehmens in Kiel ist damit beendet. Bereits zuvor hat Geusendam den von der VZ übernommenen Redakteuren gekündigt. Die Liquidation des drucktechnischen Betriebes und die Entlassung des technischen Personals erfolgt ein Jahr später und verhindert den Konkurs. 111

Einzelne Mitglieder des Landesvorstandes, vor allem der spätere Kieler Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, kritisieren Geusendams Informationspolitik: Der Landesvorstand sei nicht vollständig und nicht rechtzeitig über die Hintergründe der Gründung und Geschäftsentwicklung der "Nordwoche" unterrichtet worden. Gansel hält "es – vorsichtig ausgedrückt – für außerordentlich bedenklich, daß kurz vor der ersten Landesvorstandssitzung im Juli den Mitarbeitern der 'Nordwoche' gekündigt worden ist und daß man uns darüber keine einzige Information gegeben hat. In diesem Fall kommt eine Nicht-Information der Fehl-Information gleich. (...) Die ganze Angelegenheit 'Nordwoche' ist in hohem Maße geeignet, unsere Glaubwürdigkeit in Sachen 'Reform der Massenmedien' zunichte zu machen."112 Und tatsächlich läßt die kritisierte Informationspolitik eigene, zeitgleich vorgetragene pressepolitische Forderungen der SPD nach Mitbestimmung, die den Verlegereinfluss auf die Redaktionen unterbinden wollten und die Einrichtung von Redaktionsstatuten und freien Presseräten forderten, unglaubwürdig erscheinen. 113

Ersatz für die Parteimitglieder nach Einstellung der "Nordwoche" ist für einige Zeit eine zweiseitige Schleswig-Holstein-Beilage des "Vorwärts" – seit 1977 ein kurzer Kieler Teil der SPD-nahestehenden Boulevardzeitung "Hamburger Morgenpost". Zusätzlich erscheint das monatlich Mitgliedermagazin "wir" monatlich. Die Bedürfnisse der Parteifunktionäre befriedigt weiterhin die vom Landesvorstand herausgegebene "Schleswig-Holstein Post" als "Diskussionspapier" und ein 1969 neu aufgestellter Informationsdienst "spd-aktuell" unter der redaktionellen Verantwortung von SPD-Pressesprecher Gerd Börnsen.¹¹⁴

Die Entwicklung der "Nordwoche"-Abonnements war zuvor wenig zufriedenstellend verlaufen: Nach zweieinhalb Jahren hatte die "Nordwoche" trotz Einsatz massiver Werbemittel nur knapp 7000 gewinnen können. Frühere Hoffnungen, dass zumindest der größte Teil der 35 000 schleswig-holsteinischen SPD-Mitglieder ihre Zeitung für 60 Pfennig wöchentlich beziehen, haben sich trotz aller Solidarisierungsappelle nicht erfüllt. Eine wirtschaftlich tragbare Auflagenhöhe konnte die Zeitung zu keinem Zeitpunkt erreichen. Der vom Parteivorstand genehmigte knapp 2 Millionen starke Zuschuss,

110 Vgl. ebd. Schriftverkehr Redaktion 1970/71. Vgl. auch AdsD, Abt. IV SHVZ, Nr. 2 ATH Prüfungsberichte.

111 Vgl. Zeitungsausschnittssammlung zur "Nordwoche", in: Lta IX, Medien, hier: Landeszeitung vom 23.9.1971 – "Wieder soll eine SPD-Stimme verstummen. Die Tage der Wochenzeitung 'Nordwoche' sind offenbar gezählt' und 'Tod eines Betriebes. Am 30.9. Aus für die 'Kieler Druckerei'", in: Vorwärts vom 13.7.1972.

112 Vgl. die schriftlich vorgetragene Kritik von Gansel in Vorbereitung der LV Sitzung vom 22.9.1971, in: AdsD, Abt. III LV S-H, Nr. 1044 Sitzungen des Landesvorstande

113 So grundsätzlich auch die Feststellung des LV auf seiner Sitzung am 6.7.1971, in: ebd.

114 Vgl. Aufstellung durch den LV S-H, in: AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1588.

der die "Nordwoche" bis 1973 tragen sollte, war bereits nach dem von Geusendam organisierten, kostenintensiven Landtagswahlkampf von 1971 verbraucht.¹¹⁵ Hier – auf landespolitischer und kreispolitischer Ebene, vor allem, aber nicht ausschließlich bei der Parteiorganisation – lagen seit seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden der SPD in Lübeck 1967 und seiner Wahl in den geschäftsführenden SPD-Landesvorstand 1969 an der Seite von Jochen Steffen schon längst die Schwerpunkte seiner Arbeit für die SPD, über die im folgenden zu sprechen sein wird.

III. Kreisvorsitzender der SPD in Lübeck. Provozierte Willi Geusendams Wirken als "Sanierer" und Ökonom der schleswig-holsteinischen SPD-eigenen Zeitungslandschaft 1959-1972 immer wieder kritische Töne auf Seiten der Skeptiker in den eigenen Reihen und auf Seiten der unionsnahen Agitatoren ohnehin, so lässt sich dies in Teilen auch für sein Wirken innerhalb der sozialdemokratischen Parteiorganisation auf Kreis- und Landesebene feststellen. Dieses begann wie beschrieben mit seiner neuen Aufgabe im Wullenwever-Verlag in Lübeck und mit dem Eintritt in die SPD 1959. Wie gesagt war dieser Eintritt nicht bloßer Zwang oder gar Opportunismus, sondern für Geusendam mit der Perspektive verbunden, seine Idee des freiheitlichen demokratischen Sozialismus realpolitisch als ausgereifte und annehmbare Alternative zum bis dato "real existierenden", stalinistischen Sozialismus des Ostblocks zu entfalten. "Es gab keine Alternative" sollte er später retrospektiv zu seinem Parteieintritt in die SPD feststellen. 116 Trotz dieser politischen Festlegung, die in Teilen eine politische, mit Kompromissen behaftete Umorientierung für Geusendam darstellte¹¹⁷, bewahrte er sich seine ideelle Offenheit und seinen Respekt und verwahrte sich ausdrücklich gegen die gängige Praxis der "feindseligen Propaganda" gegenüber dem Kommunismus insgesamt: "Ich wurde nicht zum Anti".118

Wilhelm Geusendam steht in den 1960er und 70er Jahren eine bemerkenswerte Karriere innerhalb der Schleswig-Holsteinischen SPD bevor, die er nach eigenen Angaben vor allem seiner aktiven, engagierten und direkten Art und Erscheinung zu verdanken hat. 119 Die "Nestwärme", die er in der schleswig-holsteinischen SPD gefunden hat, scheint ihm jedenfalls soweit zu behagen, dass er sich mit großem Eifer, Idealismus und Gestaltungswillen den Verantwortungen stellt, die ihm seine Positionen beimessen. In seiner Funktion als Kreisvorsitzender seit 1967 und später zusätzlich als stellvertretender Landesvorsitzender prägte er durch seinen politischen Stil und seine Offenheit die Diskussionen, Beschlüsse und Grundsätze in der Parteiorganisation mit. Wilhelm Geusendam war auch in seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender in Lübeck kein Politiker des Rampenlichts und der persönlichen Inszenierung, obgleich er seine Interessen – und die zielten aufgrund von realistischen und analytischen Einschätzungen und Berechnungen der politischen Lage jeweils auf das Optimum für die Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele in der Kommunalpolitik ab - stets unabhängig und konsequent durch-

115 Vgl. Ausführungen von Geusendam auf der Landesvorstandssitzung vom 25.9.1971, in: AdsD, Abt. III LV S-H, Nr. 1044. Sitzungen des Landesvorstands. 116 Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985

117 Seine Zweifel, die anfangs wie eine innere Zerrissenheit erscheinen, aber auch seine Hoffnungen, die er mit der aktiven Arbeit in der Partei verbindet, begründet er ausführlich in ...

118 Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S.147

119 Ebd.

zusetzen wusste. Es ging ihm immer zunächst um "die Sache"¹²⁰. Aufgrund seines "gereiften" Alters zum Zeitpunkt des Beginns seiner parteipolitischen Tätigkeit – Geusendam war bei Parteieintritt bereits 48 Jahre alt – und seiner biographischen Prägung war er insgesamt ein vorsichtig taktierender, gründlich die Vor- und Nachteile kalkulierender und instinktreicher Politiker.

III.1 Übernahme des Kreisvorsitzes in der SPD Lübeck. Wilhelm Geusendam wird auf dem Kreisparteitag am 28.5.1967 mit der überwältigenden Mehrheit von 170 von 184 Stimmen ohne Gegenkandidaten zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Schon vor der Wahl finden vertrauliche Gespräche zwischen den zentralen Politikern der Lübecker SPD Paul Bromme, Werner Kock sowie Geusendam mit dem Landesvorsitzenden und Oppositionsführer Jochen Steffen in Kiel statt. Neben dem neuen Vorsitzenden setzt sich der Vorstand der Kreispartei aus seinem Stellvertreter Werner Kock, der seit 1966 auch Stadtpräsident ist, dem Schatzmeister Egon Hilpert und dem Geschäftsführer der Lübecker SPD, Rasmus Claußen, zusammen. Geusendam wird unter anderem auf Betreiben von Paul Bromme als sein Nachfolger für das Amt des Vorsitzenden vorgeschlagen.

Zwischen den beiden gibt es einige Parallelen und Affinitäten, denn Bromme, Jahrgang 1908, ist ähnlich wie Geusendam im Arbeitermilieu sozialisiert worden und avancierte, als er aus dem Exil in Schweden zurückkehrte, zu einer der prägenden Figuren der Lübecker Nachkriegs-SPD. Bromme, der über lange Jahre sowohl den Fraktions- als auch den Vorstandsvorsitz in Lübeck innehatte und somit seit langem die nicht immer unumstrittene Führungsperson der SPD darstellte, sieht in dem parteipolitischen "Neuling" und Externen Geusendam offenbar fälschlicherweise einen vermeintlich "schwachen" Kandidaten, über den Bromme weiterhin Einfluss auf die Partei ausüben können würde. Die zurückhaltende, loyale Art Geusendams, gepaart mit seinem organisatorischen Talent und seinen Kompetenzen in kluger Vermittlungsarbeit und geschäftstüchtiger Diplomatie führen wahrscheinlich zu der Fehleinschätzung Brommes, einen Vertreter seiner Interessen im Kreisverband gefunden zu haben und so weiter die politischen Fäden in Fraktion und Partei in der Hand zu behalten. Qualifiziert hatte sich Geusendam ohnehin bereits vor der Amtsübernahme innerhalb der SPD: Zum einen während seiner achtjährigen Tätigkeit im sozialdemokratischen Verlagswesen, aber auch darüber hinaus infolge seiner ehrenamtlichen Parteiaktivität als Organisator von Parteiveranstaltungen, der jährlichen Gedenkfeier für Julius Leber sowie des Kommunalwahlkampfes 1966, der für die SPD auch dank des organisatorischen und taktischen Geschicks Geusendams im Vorstand überaus erfolgreich verlief. Mochte die beiden ihre Identität als Opfer des Nationalsozialismus verbinden, so distanzierte sich Geusendam dennoch sehr schnell vom klüngelhaften Führungsstil Brommes, dem es in den Augen des neuen Vorsitzenden an Parteisolidarität fehlte.

120 Mündliche Aussage Gisela Böhrk
121 Vgl. AHL, SPD, Nr. 18. Kreisparteitagsprotokolle 1967. Neben Stellvertreter
Kock gehören 1968 Schatzmeister Egon
Hilpert und geschäftsführer Rasmus
Claußen dem Geschäftsführenden Kreisvorstand an. Weitere Mitglieder des Kreisvorstandes als Beisitzer sind: Ernst Bachert,
Erich Eltermann, Björn Engholm, Horst
Göldner, Horst Gallonska, Erwin Hintzpeter, Marga Krüger, Erwin Riegel und
Bartha Wirthel.

122 Vgl. AHL, SPD, Nr. 97. Angelegenheiten des Kreisvorstands. Schreiben Steffen an den KV vom 3.10.1966.

Gleichzeitig versprechen sich der Kreisverein und der bis 1971 weiterhin auf landespolitischer Ebene aktive Bromme neue Impulse von der Wahl: Der charismatische "mancatcher" Geusendam scheint den anstürmenden Jungsozialistenflügel für die kommenden Wahlkämpfe einbinden und den verzeichneten Mitgliederschwund abfangen zu können. Als geeignetes Pendant scheint er auch eine gute Zusammenarbeit der Lübecker mit dem neuen Landesvorsitzenden Steffen zu ermöglichen. 123 Ambitionen auf ein öffentliches Mandat in Bürgerschaft oder Landtag hat Geusendam als niederländischer Staatsbürger nie besessen.

Doch auch Geusendams eigener Wunsch, im Lübecker SPD-Kreisverband politisch verantwortlich und über seine bisherige Aufgabe hinaus – er organisierte im Vorstandsbeirat die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – mitzusteuern, ist von Beginn an groß. 124 Entsprechend fühlt Geusendam, seit er in Lübeck lebt, bei den Verantwortlichen vor und gewinnt den zehn Jahre jüngeren gelernten Industriekaufmann und zwischenzeitlichen Fraktionsvorsitzenden und SPD-Stadtpräsidenten Werner Kock als Freund. Kock ist bei der Firma Baader als Prokurist tätig, vertritt auch ausgewiesene Arbeitgeberstandpunkte und ist in der Lübecker SPD nicht unumstritten. Er ist häufig mit seiner Frau zu Gast bei der Familie Geusendam zum Bridgespiel – das sind Begegnungen mit Seltenheitswert, denn Geusendam trennt Politisches und Privates ansonsten strikt. Der großgewachsene, schlanke Geusendam und der eher kräftig gebaute Kock bilden auch in der Partei – Geusendam als Kreisvorsitzender, Kock als sein Stellvertreter und später als neuer Lübecker Bürgermeister – ein ungleiches Gespann, das viele an "Pat und Patachon" erinnert. 125

1966 organisiert Geusendam bereits erfolgreich den Lübecker Kommunalwahlkampf, der für die Lübecker SPD nach der 1962 verlorenen Mehrheit in der Bürgerschaft eine besonders wichtige Aufgabe darstellt. Während diese Wahlkämpfe anderenorts von SPD und CDU unter der fast gleichlautenden Parole "zuverlässig" geführt wird, setzt Geusendam Akzente, grenzt sich von den Konservativen ab und setzt erfolgreich seine Kontakte zur Bundespartei ein, die sich aus seiner Arbeit im Verlagsbereich ergeben. 126 Seit diesen Kommunalwahlen verfügt die Lübecker SPD-Fraktion über die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft: 25 Sitze für die Sozialdemokraten gegenüber 21 Sitzen für die CDU und drei für die FDP. Den Bürgermeister stellt der parteilose, aber der CDU nahe stehende Max Wartemann, der drei Jahre später, am 27. November 1969 von Stadtpräsident Werner Kock abgelöst wird. Fraktionsvorsitzender der SPD ist Horst Gallonska, hauptamtlicher Geschäftsführer des DGB in Lübeck, der zugleich Vertreter von Werner Kock als Stadtpräsident ist. Den Kreisvorsitz und die Funktion des ersten stellvertretenden Bürgermeisters neben Wartemann hat Paul Bromme inne¹²⁷, der damit noch weitgehend unbestrittenen Einfluss auf die entscheidenden Parteiebenen ausüben kann. Die Lübecker SPD ist damit zu diesem Zeitpunkt - wie allerorts vor dem "Durchbruch" der Jusos seit 1968 – noch überwiegend konservativ geprägt.

123 Damm als Vorgänger Steffens als Landesvorsitzender und Wilhelm Käber als Oppositionsführer waren relativ profillos gewesen. In Umfragen aus dem Jahr 1958 waren sie weniger als 4Prozent der Befragten im Bund und weniger als 25Prozent in Schleswig-Holsteiner bekannt. Vgl. Martens 1998, S. 505.

124 Vgl. mündliche Auskunft Busack und Schnepel. Vgl. Protokoll KA-Sitzungen, in: AHL, SPD, Nr. 87.

125 Mündliche Auskunft Geusendam. Der Nachlass Werner Kock wird im Stadtarchiv Lübeck verwahrt. Zu Kock vgl. LM vom 12.3.1966 — Kandidiert am 13.3. Werner Kock und seinen gesperrten Nachlass im AHL. Geusendam selbst beweist in der Folgezeit seiner Wahl schnell einen unabhängigen und von langjähriger und erfahrungsreicher politischer Identitätsbildung gefestigten, reifen Führungsstil im Verband und lässt sich von niemandem vor den Karren spannen. Die Fraktion um Paul Bromme muss also ursprüngliche Pläne, weiterhin auf den Kreisvorstand Einfluss zu nehmen, aufgeben, nachdem sich Geusendam mit gelassener Standhaftigkeit und politischem Gespür als sehr unnachgiebig erweist und sich nicht "an die lange Leine" nehmen lässt. ¹²⁸ Schon zuvor hätte sich Geusendam fast mit Bromme überworfen und will noch im November 1966 seinen Beisitz im Kreisvorstand aufgeben. ¹²⁹

Die Prioritäten, die er bei seiner Aufgabe als Kreisvorsitzender neben der kommunalen Tagespolitik bestimmt, setzt Geusendam genauso konsequent und rational durch wie die ihm angetragene Arbeit in der angeschlagenen schleswig-holsteinischen Zeitungs- und Verlagslandschaft. Zweifelsohne markiert Geusendams Antritt als Vorsitzender einen Wendepunkt in der Organisation, Struktur und Politik der Lübecker SPD, für die er neben seiner weiteren Tätigkeit bei Wullenwever (bis 1972) passioniert und zeitintensiv arbeitet. Hervorzuheben sind unter den Leistungen Geusendams als Kreisvorsitzender im Besonderen das von ihm erarbeitete "kommunalpolitische Programm", die von ihm durchgeführte Verbesserung der Organisationsstruktur und die Bewältigung der verlorenen Kommunalwahl von 1974. Die Debatte um das so genannte "imperative Mandat" und der darüber eskalierende Konflikt mit der Fraktion um Bromme und seiner "Dr. Julius Leber Gesellschaft" in der Zeit von 1972 bis 1974 gehört sicherlich zur "Schattenseite" der Ära Geusendam, obgleich er auch hier immer wieder klug intervenierte, um das Gesicht der SPD nach außen zu bewahren – ein Krisenmanagement, das zu der Zeit nicht allen Kreisvorsitzenden in Schleswig-Holstein gelingt.

III.2 Einbindung der Jungsozialisten in die Parteiarbeit. Bemerkbar machen sich die Umgestaltung und der Bruch zu Geusendams Vorgänger auch und vor allem im Zusammenhang mit einem beginnenden Verjüngungsprozess. Geusendam tritt ausdrücklich für eine Öffnung der verantwortlichen Posten für junge SPD-Mitglieder und aufstrebende Politiker ein und scheut auch persönliches und menschliches Engagement nicht, wenn er sich für einige politische Neulinge als "Mentor" und ideologisch offenes Vorbild erweist. Sicherlich sind auch hier seine Biographie und die persönlichen Erfahrungen in der Familie Geusendam und auch später in der Gefangenschaft, die ihm die Wichtigkeit von politischen Vorbildern, solidarischem Zusammenhalt und politisch-moralischer Standhaftigkeit verdeutlicht haben dürften, von nicht geringer Bedeutung.

Seit den 1950er Jahren stellte die Integration einer jungen Generation von Wählern, Parteimitgliedern und Funktionären für die SPD eine wachsende Herausforderung dar. Innerhalb der Partei kamen bislang Nachwuchskräfte nicht zum Zuge. Die meisten SPD-Funktionäre waren schon vor 1933 Parteimitglieder gewesen und betrach-

126 Vgl. AHL, SPD, Nr. 98. Annelore Leber an Bromme vom 5.1.1964 und über Vorsitz der Wahlkampfleitung.

127 Distrikte, seit 1972 Ortsvereine: Brandenbaum, Brolingplatz, Buntekuh, Burgtor, Dänischburg, Dornbreite, Eiccholz, Holstentor-Süd, Hüxtertor, Innenstadt (aus Stadt-Nord und Stadt-Süd, später Altstadt), Karlshof, Kücknitz, Marli, Moisling, Mühlentor-Ost, Mühlentor-West, Niederbüssau (später Lübeck-Süd), Rangenberg und Roter Hahn.

128 Zitat aus AHL, SPD, Nr. 88. Rede auf KA-Sitzung vom 18.9.1973.

129 Vgl. Schreiben Geusendam an KV vom 3.11.1966, in: AHL, SPD, Nr. 97.

teten die erst nach 1945 politisch für die SPD aktive Generation, die nicht die sozialistische Jugenderziehung im Arbeitermilieu durchlaufen hatte, sondern direkt von den Universitäten kam, skeptisch. Auch deswegen wurde das im Interesse der Gesamtpartei notwendige Thema Generationswechsel bis in die 1960er Jahre hinein vernachlässigt. Nur wenige Vertreter der älteren, etablierten Generation verstanden es, die Jüngeren an sich und die SPD zu binden. 130

Geusendam war einer von ihnen. Seit Mitte der 1960er Jahre bahnt sich auch im Lübecker Kreisverein ein Generationswandel an. Die Lübecker Jungsozialisten streben vehement nach mehr Beteiligung. Der mit strategischem politischen Talent ausgestattete Rüdiger Möbusz ist eine treibende Kraft dieser Entwicklung. Dass sie sich zwar in der Partei, aber lange Zeit nicht in der Fraktion durchsetzen können, liegt auch am Einfluss von Paul Bromme, der, obwohl nicht mehr Fraktionsvorsitzender, als Mitglied des Fraktionsvorstands und des Senats, bis 1967 auch als Kreisvorsitzender, die Zügel der Lübecker SPD in der Hand hält und sich entsprechend mit dem Gewerkschaftsflügel unter dem Fraktionsvorsitzenden Horst Gallonska abstimmt. Nach Bekunden des "Bromme-Freunds" und Fraktionsmitglieds Max Depke sollten die jungen "Dünnbrettbohrer erstmals etwas vorweisen können." Sinngemäß lautet die zügelnde Botschaft der älteren Fraktionsmitglieder an die Jungen: "Ach ihr Genossen, wir waren auch mal jung, haltet euch ein bisschen zurück, ihr müßt Euch daran gewöhnen, daß wir alten Hasen in der Fraktionsarbeit nun einmal wissen, was zu tun ist, und das werden wir dann schon in Ordnung bringen hier!"131

Anders als zuvor Bromme geht Geusendam vor allem nach seiner Wahl zum neuen Kreisvorsitzenden auf die Wünsche der Jungen ein – alleine schon aus wahlstrategischen Gründen, denn auch für den Lübecker Kreisverband stellt er eine starke Überalterung der Mitglieder fest. Geusendam stimmt dabei mit Steffen überein; gemeinsam stellen die beiden bereits im Oktober 1967 in einen Beitrag zum Bericht des Landesvorstands über die Lage der Parteiorganisation fest: "Das politische Problem ist, daß wir eine ganze oder gar mehrere Generationen – so spießig sie später werden mögen – als spätere Wähler verlieren können." Die SPD "braucht eine politische Theorie von Wirtschaft und Gesellschaft und ein Langzeitprogramm, in dessen Diskussion 'Jugend' eingebunden werden soll." Den Jungen müsste eine Perspektive im Rahmen einer qualitativen theoretischen politischen Opposition" angeboten werden. 132

Eigene Vorstellungen von einer antikapitalistischen Reformpolitik mussten für Geusendam zwingend mit einer gesellschaftlichen Zukunftsprognose – insbesondere für junge neue Wählerschichten – verbunden werden. Das war ohne Einbindung der Jungsozialisten unmöglich. Geusendam richtet an dieser strategischen Vorstellung seine praktische Politik der nächsten Jahre aus. Er zeigt aber auch aufrichtiges Interesse an der jungen Generation von Nachwuchspolitikern, die die "konservative Demokratie" und deren NS-Vergangenheit kritisch zu hinterfragen beginnen. Ihre Forderungen nach ausge-

130 Vgl. Martens 1998, S. 210, S. 271-272.

131 AHL, SPD, Nr. 229. Material zum Parteiausschlussverfahren gegen Bromme, Bruhn und Göldner. Antrag des KV an die Schiedskommission vom 15.5.1974. 132 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0961. Bericht LV zur Lage der Parteiorganisation aus dem Oktober 1967. weiteten basisdemokratischen Konzepten und einer neuen, theoriegeleiteten Besinnung auf fundamentale Fragen kommen der eigenen Distanzierung vom Pragmatismus der Macht entgegen und erinnern ihn an sein eigenes sozialistisches Jugendideal. Er zeigt daher auch weniger Angst vor dem Aufbrechen einer jugendlichen Volksseele und vor der Neigung jugendlicher Protestgruppen, ihre Kritik teils ohne Sinn für die Rechtmäßigkeit der von ihnen eingesetzten Mittel bei Aktionen umzusetzen. Geusendam stellt sich offen und reformbereit dieser Kritik, greift den Protest auch auf, um Elan für die Partei zu gewinnen und bewahrt ihn gleichzeitig vor hilflosem Utopismus. Er fördert und fordert den Nachwuchs bewusst und gezielt mit seiner Ausstrahlungskraft, die scheinbar Lunge wie Alte in den Bann zu ziehen vermag¹³³. 1968 lässt er seinen Volontär beim "Morgen", Gerd Walter, und Björn Engholm als Lübecker Jusovorsitzenden trotz leerer Kasse anlässlich des Einmarsches sowjetischer Truppen in Prag eigenverantwortlich ein Extrablatt herausbringen. 134 Der später postulierte "Marsch durch die Institutionen" wird von Geusendam mitgetragen.

Seine Unterstützung der "Jungen" ist aber nicht unvoreingenommen, erfolgt trotz aller Sympathie immer auch mit einer für ihn typischen Portion Restdistanz. "Willi" hilft ihnen nicht immer, kann auch den "Jungen" gegenüber unerbittlich sein. 135 Wenn er sich wie bei der Diskussion um den Generalverkehrsplan und die Forderungen der Jungsozialisten für einen ÖPNV-Nulltarif von ihnen und ihren taktischen Manövern verschaukelt fühlt, spricht "Willi" ein Machtwort und beantragt "Nichtbefassung". Im Hinblick auf die schwierige Finanzsituation der Stadtwerke mit einem erneut nicht ausgeglichenen Haushalt hält er einen Nulltarif zwar für erstrebenswert, aber derzeit utopisch und wirft den Jusos vor, in der Sache die von den Stadtwerken vorgelegten Zahlen ignoriert zu haben und in blanken Utopismus zu verfallen. Er kritisiert wiederholt einen vor allem der eigenen Profilierung dienenden "Eifer des Sich Durchsetzen Wollens", erinnert an vorliegende Gremienbeschlüsse und mahnt, nicht ständig neue Diskussionsrunden zu immer den gleichen Sachfragen zu eröffnen oder fortgesetzt Abänderungsvorschläge unmittelbar vor Beschlussfassungen einzubringen. "Wir geraten sonst in die Gefahr einer uferlosen Diskussion. Hier geht es um knallharte Tatsachen und nicht um Verdachtsmomente."136

Gleichwohl stützt er früh die Jungsozialisten gegenüber der Fraktion bei Personalfragen – wenn auch nicht von Beginn an und nicht durchweg: Bei der Wahlkreiskonferenz für die Bundestagswahl 1969 am 30. November 1968 unterstützt er noch die Bundestagskandidatur des ihm seit 1959 unter anderem als Gesellschafter von "Wullenwever" bekannten, 1910 geborenen Tischlermeisters Karel Riegling gegen den damals in der Partei noch relativ unbekannten Jungsozialisten Engholm. Geusendams Votum für Riegel hat ganz praktische Gründe, die "der Sache" eher dienlich sind. Riegel hat als Jugendfreund von Willy Brandt gute Kontakte zur Bundesspitze und ist seit 1953 ununterbrochen der erfahrene Lübecker

133 Mündliche Auskunft Böhrk.
134 Mündliche Auskunft Walter.
135 Mündliche Auskunft Böhrk.
136 Vgl. LN vom 4.12.1973 "SPD-Parteitag wurde abgebrochen — Geusendam kritisiert Jusovorschlag zu Einfrierung der Bustarife" und LN, ebenfalls vom 4.12.1973 "Mitbestimmung zwischen Tür und Angel". Zuvor bereits LN vom 30.1.1973 "Die SPD beschloss mit Mehr-

heit: Bustarife dürfen erhöht werden!"

Bundestagskandidat. In der Bundespartei hat sich Riegel als Mitglied des Finanzausschusses und des Mittelstandsausschusses als "Mann für den Mittelstand" einen Namen gemacht, sodass Geusendam in ihm einen wichtigen Kandidaten und Vertreter der Lübecker SPD sieht.

Die Konferenzteilnehmer fühlen sich von Geusendams Auftreten bevormundet. Vor allem der inzwischen mit Geusendam konkurrierende Paul Bromme spricht sich in einer beeindruckenden Rede für die Kandidatur Engholms aus. So kann schließlich Björn Engholm die Mehrheit – 108 von 160 abgegebenen Stimmen – für seine Kandidatur erzielen. 137 Die Ablehnung Engholms durch Geusendam liegt wohl auch in einem unterschiedlichen Naturell begründet: Geusendam steht unter dem Druck, nach den im Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen Politik zu machen, versteht sich als ernsthafter Mahner und fleißiger, pflichtbewusster Arbeiter im Parteibüro. Dem gegenüber zeigen jüngere Vertreter, die wie Engholm weniger schicksalhafte Erlebnisse hinter sich gebracht haben, ihm offensichtlich nicht ausreichenden Willen zur inneren Disziplin und verwenden in seinen Augen zu viel Zeit und Energie auf die eigene Karriere. Mitglieder der später von Journalisten so getauften "Toskanafraktion" mit den ihnen teils nur unterstellten Vorstellungen von "leben und leben lassen" genossen daher weniger das besondere Ansehen Geusendams. 138

Auch wenn er kein Verfechter der "personifizierenden Politik" ist, sieht auch Geusendam, dass die Wahl des Neulings Engholm ein Glücksfall für die Lübecker SPD ist: Engholm kommt bei den Wählern an – insbesondere bei den Jüngeren und Frauen. Bereits 1969 holt er mit 49,9 Prozent der Erststimmen "erdrutschartig" das Lübecker Direktmandat für die SPD. Im "Willy wählen"-Wahlkampf von 1972 sind es 58,8 Prozent, bei der Bundestagswahl 1976 immerhin noch 51,1 Prozent der Erststimmen. Bei späteren Wahlkreiskonferenzen wird Engholm daher quasi als "Erfolgsgarant" unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Lübecker Kommunalpolitik immer wieder mit überwältigender Mehrheit als Lübecker Bundestagskandidat bestätigt¹³⁹, und kann konstant stabile Mehrheiten auf sich vereinigen.

Schon 1968 ist Geusendam bereit, nicht nur die Kandidatur Engholms sondern auch andere Kandidaturen von Jungsozialisten zu unterstützen und damit jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung in der parlamentarischen Arbeit zu übernehmen. Bereits auf dem außerordentlichen Kreisparteitag der SPD-Lübeck vom 8.6.1968 geht Geusendam auf die Kandidatenvorschläge der Lübecker Jungsozialisten für die Besetzung von Listenplätzen für Landtags- und Bundestagswahlen ein. Bromme und Gallonska aus der Fraktion drängen zwar weiterhin darauf, die Öffnung der Partei nach "rechts" nicht zu vergessen und weiter voranzubringen, doch setzt sich der Kreisvorstand unter Geusendam mit fast allen seinen Personalvorschlägen durch. Die insgesamt noch "ausgewogen" erscheinende Mischung aus altbewährten Kommunalpolitikern und

137 Vgl. Burchardt/ Knobbe 1993, S. 86-87.

138 Vgl. mündliche Auskunft Busack und Schnepel.

139 Vgl. Burchardt/ Knobbe 1993, S. 89-90. Zum Wahlkampf Engholms vgl. Material in AHL, SPD, Nr. 607.

140 Vgl. AHL, SPD, Nr. 23. Protokoll außerordentlicher Kreisparteitag 8.6.1968 und LN vom 10.6.1968 'Die neue Mannschaft der Lübecker SPD'. jungen nachdrängenden Kräften sieht nicht nur der Lokalredakteur der "Lübecker Nachrichten", Schönherr, 1968 noch als scheinbares Anzeichen dafür, dass es "in der Lübecker SPD zur Zeit keine ernsten Generationsprobleme" gibt. 140 Diese würden sich aber gerade mit der zunehmenden Integration der "Jungen" auf eine ganz andere konfliktreiche Art ergeben.

Der Einfluss der Lübecker Jungsozialisten setzt sich 1969 mit der Wahl von Reinulf Aniol und Jürgen Busack in den Kreisvorstand fort. Seit 1969 trägt Geusendam als stellvertretender Landesvorsitzender unter Jochen Steffen auch in Kiel politische Verantwortung und ist dort personell stark eingebunden. Nachdem er den Kommunalwahlkampf 1970 für die SPD in Lübeck erfolgreich geführt und verantwortet hat, will er auf dem Lübecker Kreisparteitag im Februar 1971 nicht wieder für den Kreisvorsitz kandidieren und macht sich für die Wahl des den Jungsozialisten nahe stehenden Jürgen Busack stark. Busack gelingt es aber nicht, die weiter bestehenden Interessensunterschiede zwischen Partei- und eher konservativ gesinntem Fraktions- und Gewerkschaftsflügel im Kreisvorstand mit ihren scheinbar "unüberbrückbaren personenbezogenen Konflikten" auszugleichen, so wie es Geusendam bislang relativ erfolgreich praktiziert hatte. Denn, so Busack weiter: "Dazu bedarf es des fortwährenden Versuches, zusammenzuhalten, was auseinanderstrebt, und für die Partei den erforderlichen gemeinsamen Nenner in der Aussage und im Handeln zu finden. (...) Ich füge hinzu, daß ich nicht bereit bin, eine Politik des fortwährend personenbezogenen Konflikts und der fortlaufend gesuchten wechselseitigen Konfrontation (Majorisierung und Unterstellung) mitzumachen." Im Oktober, nach nur acht Monaten Amtszeit und einen Monat später als sein Stellvertreter Eltermann, gibt Busack daher seinen Rücktritt als Kreisvorsitzender bekannt.¹⁴¹ Beide, Busack wie Eltermann, erzielten allerdings bei der Landtagswahl am 25. April 1971 über ihren Wahlkreis jeweils ein Direktmandat für die SPD, waren also zudem auf Landesebene parlamentarisch verpflichtet.

Geusendam springt sowohl nach Busacks Rücktritt 1972 als auch 1974 nach einem längeren, krankheitsbedingten Ausfall wieder als verantwortlicher Politiker in Lübeck ein. Immer klarer scheint sich in dieser Zeit die dringliche Notwendigkeit einer Autoritäts- und Integrationsfigur in der zerstrittenen Lübecker Kreispartei heraus zukristallisieren. Wilhelm Geusendam füllt dieses Vakuum anscheinend am unumstrittensten und so es gelingt ihm, den Kreisvorstand, der zuvor durch fortbleibende Fraktionsangehörige häufig am Rande der Beschlussunfähigkeit steht, durch einen straffen Führungsstil wieder beschluss- und arbeitsfähig zu machen. Eine Aufgabe, an der zuvor Busack und zunächst auch der von Geusendam unterstützte stellvertretende Kreisvorsitzende Rüdiger Möbusz gescheitert waren. 142

Trotzdem erkennt Geusendam das Potential seines jungen Stellvertreter Möbusz und gibt ihm die notwendigen Freiräume, damit der sich im Kreisvorstand als möglichst stabiler und standfester

141 Zur Wahl Busacks als KV vgl. AHL, SPD, Nr. 29. Protokoll KPT vom 7.2.1971. Zum Rücktritt Busacks, vgl. AHL, SPD, Nr. 174. Rundschreiben des KV an die Ortsvereine 1970-1975. Erklärung Jürgen Busacks zum Rücktritt vom KV vom 15.11.1971. 1971 Wahl Jürgen Busacks (145/17/6) zum neuen Kreisvorsitzenden. Sein Stellvertreter wird mit deutlich schlechterem Wahlergebnis der eher dem Gewerkschaftsflügel der Partei nahe stehende Erich Eltermann (101/52/13). Egon Hilpert wird als Schatzmeister wiedergewählt (140/17/9). Als Beisitzer bleibt Wilhelm Geusendam Mitalied des Kreisvorstandes. Bereits im September 1971 scheidet Eltermann aus gesundheitlichen Gründen aus. Zum neuen geschäftsführenden Vorstand zählt nach Rücktritt von Busack neben dem verbliebenen Schatzmeister Egon Hilpert als Geschäftsführender Kreisvorsitzender wieder Wilhelm Geusendam, zusätzlich Werner Kock und als Vertreter der Jungsozialisten Rüdiger Möbusz. Die Lübecker Jungsozialisten haben Ende 1970 ihr Organisationsstatut verändert: Das Führungsorgan ist jetzt das Vorstandskollektiv (VK), das aus fünf Mitgliedern besteht. Seine Mitglieder werden zeitversetzt für ein Jahr gewählt und dürfen maximal zwei Jahre hintereinander ununterbrochen im Amt bleiben. Aus dem Kreis der VK Mitglieder wählt die Mitgliederversammlung halbjährlich Sprecher und Stellvertreter. Diese Regelung führt bewusst zu häufigen Wechseln im VK und in der Sprecherfunktion. Nach Rüdiger Möbusz, Ingo Koch und Gisela Böhrk waren bis zum Abgang von Geusendam im Jahr 1977 u.a. Dieter Gnahs und Andreas Dieckmann in der Sprecherfunktion tätig. 142 Anerkennung dieser Aufgabe auch durch die Jungsozialisten. Vgl. u.a. den Beitrag von Dieter Gnahs in der Jusomitgliederzeitschrift "Die Variante" 5/74 "Kreisvorstand am Scheideweg".

Nachfolger empfehlen und bewähren kann. Tatsächlich wird sich Möbusz bei der Wahl zum Kreisvorsitzenden 1977 klar (mit 125 zu 61 Stimmen) gegen Werner Kock durchsetzen, mit dem Geusendam sich bereits zuvor überworfen hat. Geusendam fällt somit das Verdienst zu, den Übergang von Bromme zu Möbusz, als zwei SPD-Politiker, die eine relativ stabile Mehrheit und Geschlossenheit unter sich zu vereinigen wussten, vorbereitet und geebnet zu haben. Damit einher ging auch eine Machtverlagerung vom Rathaus und der Fraktion in das Parteibüro, deren Grundlagen der Stratege Geusendam mit seiner innerparteilichen Politik und seinem Führungsstil gelegt hatte. Auf dem Weg dorthin mussten immer wieder Interessensunterschiede ausgeglichen und zu starke Zerwürfnisse geschlichtet werden, die im Auseinanderbrechen der Kreispartei hätten enden können. 143

Das war auf Kreisebene in der Zeit alles andere als eine Selbstverständlichkeit, wenn man etwa die Verhältnisse im SPD Kreisverband Plön, vor allem im Ortsverein Preetz, betrachtet. Der muss im Juni 1973 feststellen, dass alle Versuche, einen Ausgleich mit den Jusos herzustellen, gescheitert sind. Beschlüsse des Ortsvereins- und Kreisvorstands wurden ignoriert und die Jusos von der Vorstandsarbeit ausgeschlossen. 144

Als Folge der frühen und konsequenten Einbindungsstrategie der Jusos in Lübeck hat sich eine konstruktive, gegenseitige Akzeptanz entwickelt, die es Geusendam ermöglichte, "seine" Partei möglichst geschlossen durch den "Dauerwahlkampf" der Jahre 1969-1976 zu leiten. Gerade die Jusos stellten dabei aus Rücksicht und Respekt vor den ehrgeizigen Zielen Geusendams ihre Wahlkampfmaßnahmen in den von ihm als Kreisvorsitzenden verantworteten Jahren immer in den Dienst der geusendamschen Wahlkampfkonzeption, anstatt als Organisation wie einzelne ihrer Vertreter in die außerparlamentarische Opposition abzuwandern – "wenn auch nach anfänglichem Knurren und Fauchen", wie Geusendam zunächst einschränkend bemerkt. Doch weiter erklärt er 1977 rückblickend auf dem Kreisparteitag: "Aber das muß man dazu sagen: wenn es um die Wurst geht, ziehen sie mit an einem Strang"¹⁴⁵. Er betont wiederholt, wie stark die politische Arbeit der Jungsozialisten auch die Arbeit der Partei, insbesondere im Wahlkampf befruchtet und der Überalterung des Kreisvereins entgegengewirkt hat. 146

Die Einbindungsstrategie zahlt sich aus: Gerade bei Jungwählern gewinnt die Lübecker SPD seit 1969 bei Wahlen stark hinzu. Trotzdem ist sie innerhalb der Lübecker SPD keineswegs unumstritten. Die Kritik konservativ und gewerkschaftsnah gesinnter Genossen, Geusendam nehme zu viel Rücksicht auf die Anliegen der Jungsozialisten, ist von Beginn an stark. Ihren in den "Lübecker Nachrichten" veröffentlichten Leserbriefen ist zu entnehmen: "Die Jusos sind nicht die SPD, so auffallend viele Sympathien der hiesige Kreisvorstand und Parteirat auch für sie haben mögen und sich dabei in der Öffentlichkeit der Gefahr eines Abhängigkeitsdrucks aussetzt." Ihre Vertreter sollten seltener an Juso-Sitzungen teilnehmen und besser

143 Vgl. zur Wahl Möbusz gegen Kock LN vom 15.2.1977 'Rüdiger Möbusz an der Spitze der Lübecker SPD'.

144 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1014. Sitzungen des Landesvorstandes. Parteioffener Brief Schlenk, Glau und Zigelski vom 4.6.1973.

145 AHL, SPD, Nr. 43. Geusendam auf KPT am 13.2.1977.

146 Vgl. AHL, SPD, Nr. 29. Protokoll KPT vom 7.2.1971.

die Weihnachtsfeiern der Ortsvereine besuchen, so das Kredo des konservativen Flügels um Paul Bromme.¹⁴⁷

Auseinandersetzungen zwischen dem "linken" und dem "rechten" Flügel der Lübecker SPD in Sachfragen, die im Fall Lübeck jedoch auch überwiegend nur der Aufhänger für personelle Konflikte sind, entzünden sich unter anderem anhand einer schon seit 1962 anhaltenden Diskussion um die Zukunft des "Volksbads" Priwall, insbesondere um den Bestand der Wochenendhäuser und der Campingplätze. Der innerparteilich polarisierende Richtungsstreit wird durch einen von Bausenator Werner Kresse (SPD) 1968 vorgelegten Sanierungsplan neu entfacht und wird die Lübecker Sozialdemokratie auch in den Folgejahren noch häufiger beschäftigen. 148

Solche Konflikte, bei denen sich die etablierten Parteifunktionäre und die jungen, linksorientierten, aufstrebenden Politiker polarisiert gegenüber stehen, werden aber auch zunehmend im größeren Kontext eines gesellschaftlich-politischen Wandels, der sich spätestens seit 1968 deutlich abzeichnet, begriffen. Für die Jungsozialisten steht dabei, beeinflusst von den Idealen, der Wertekultur und dem kritischen Selbstverständnis der "außerparlamentarischen Opposition" die Forderung nach mehr Basisdemokratie auch im parlamentarischen Sektor im Vordergrund. Dass es den Jungsozialisten dabei nicht nur um eine Erleichterung ihrer eigenen Einflussnahme auf die "große" Politik geht, zeigt die Tatsache, dass sie 1970 ihr eigenes Organisationsstatut nach basisdemokratischen Grundsätzen neu organisiert haben.¹⁴⁹

Streit anhand von Sachfragen gibt es auch um die Bewertung der von der SPD in Bonn zwischen 1966 und 1969 unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) geführten großen Koalition. Angesichts einer fehlenden starken Opposition im Zuge der Debatte um die verfassungsändernden "Notstandsgesetze" wächst insbesondere bei jungen Parteimitgliedern die Angst vor staatlichem Machtmissbrauch. In Erinnerung an die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung, mit dessen Hilfe die Demokratie ausgehebelt worden war, versucht man sich von dieser Politik zu distanzieren. Auch in Schleswig-Holstein sammeln sich kritische Stimmen in der APO, in der vor allem Studenten eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einfordern. 150 Geusendam hat für sie durchaus Verständnis. Er selbst bewertet die Große Koalition rückblickend im Hinblick auf die Zustimmung der SPD zu den "Notstandsgesetzen" und die Mitarbeit am späteren "Radikalenerlass", der eindimensional die "Kommunisten", nicht aber Radikale des rechten Spektrums von staatlichen Ämtern fernhält, als Schattenseiten sozialdemokratischer Politik. 151

Doch unterdrückt Geusendam seine Kritik lange Zeit und trägt sie nicht in die Öffentlichkeit, um dem Gesicht der Partei nicht mehr als nötig zu schaden und sie in Zeiten der Zersplitterung nicht weiteren Zerreißproben auszusetzen. Im "Morgen" kommentiert dann auch Jürgen Busack und nicht Wilhelm Geusendam die Notstandsgesetzgebung. Auch das Forum "Notstand der Demokratie" unter-

147 Kritik hier aus Leserbrief Eckehard Krüger, Travemünde, in: LN vom 23.12.1969. "Höhepunkt der" Juso-Geschichte". Weitere Kritik in: AHL, SPD, Nr. 103. Angelegenheiten des Kreisvorstands. 148 Er eskaliert auf dem Kreisparteitag vom 29.11.1970, auf dem die Entwicklung des Priwalls erneut ein zentrales Thema ist und der Verkauf des städtischen Geländes abgelehnt wird.

149 Das neue Statut der Jusos sieht ein Vorstandskollektiv (VK) vor, dessen fünf Mitglieder zeitversetzt für ein Jahr gewählt werden. Aus dem VK werden Sprecher und Stellvertreter halbjährlich gewählt, was gewolltermaßen zu häufigen Wechseln an der Spitze führt.

150 Vgl. Uwe Danker: APO in Schleswig-Holstein, in: Jahrhundertstory Band 1, Flensburg 1998, S. 208-228.

151 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 153.

stützt Geusendam nicht.¹⁵² Wichtiger erscheint ihm das geschlossene Auftreten der SPD, um sich für die Bundestagswahl 1969 als staatstragende Partei aufstellen zu können. Schließlich haben 59 Prozent der Lübecker SPD-Parteimitglieder in einer von Geusendam angeregten Untersuchung der Großen Koalition zugestimmt. Den Kurs der Bundesregierung stützt innerhalb der Lübecker SPD Ende der 1960er Jahre vor allem die Bürgerschaftsfraktion, wohingegen sich insbesondere die Jungsozialisten, aber auch einzelne Vertreter des Kreisvorstandes ihr gegenüber kritisch zeigen. Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern gipfeln auf dem Schlutuper Kreisparteitag von 1971 in der Debatte um das so genannte "imperative Mandat".¹⁵³

III.3 Die Debatte um das "imperative Mandat". Die Loyalität der lokalen SPD-Parteiorganisationen gegenüber der Bonner Regierung, auch gegenüber der Großen Koalition, war zuvor, anders als etwa zwischen 1928 und 1930 gegenüber der Regierung Hermann Müller, grundsätzlich unumstritten. Der wichtigste Faktor für die Vertrauensbildung war wohl, dass Willy Brandt in der Koalition nicht nur Außenminister, sondern gleichzeitig auch SPD-Parteivorsitzender war. Der zunehmende Einfluss junger Akademiker in den Parteigremien der SPD auf allen Ebenen mit ihren zum Teil übersteigerten Erwartungen und programmatisch-perspektivischen Wunschvorstellungen führte jedoch nicht nur in Lübeck zu Konflikten angesichts der Realitäten einer Koalitionsregierung und des "verantwortlich Machbaren". 154 Im Lübecker Kreisvorstand sind die "Jungen" mit ihren Forderungen nach einer stärkeren Einflussnahme der Parteibasis auf die Entscheidungen der Gremien Kreisvorstand und Bürgerschaftsfraktion bei ihrem Kreisvorsitzenden Wilhelm Geusendam auf offene Ohren gestoßen. Geusendam öffnet als neuer Kreisvorsitzender die Kreisvorstandssitzungen auch für Parteifunktionäre und Mitglieder des Juso-Vorstandskollektivs. Die Machtkämpfe zwischen Kreisvorstand und Fraktion aber bleiben bestehen. Sie gipfeln in Auseinandersetzungen um Personalfragen. 155

Bereits auf seiner Sitzung am 5.11.1968 unterstreicht der Kreisvorstand mit Nachdruck, dass sich jeder Funktionär und Mandatsträger der Partei gegenüber voll verpflichtet fühlen muss und fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Leitung der Arbeitskreise. 156 1970 geht es um die Wiederbesetzung des hauptamtlichen Innensenator-Postens nach dem Ausscheiden Emil Peters. Der Kreisvorstand schlägt überraschend den Lübecker Senatsrat Karl-August Both vor, nachdem die SPD-Fraktion zuvor bereits über eine bundesweite Ausschreibung vier externe Bewerber ins Visier genommen hat. Nach heftiger Diskussion setzt sich schließlich der Kreisvorstand durch und die Fraktion schließt sich seinem Votum an. Im November 1970 kommt es erneut zu einer ähnlichen Personaldebatte: Dr. Detlev Koke wird zum Direktor der LVA gewählt und stellt deshalb sein Amt als ehrenamtlicher Jugendsenator zur Verfügung. Während sich der Kreisvorstand für Erwin Riegel

152 Material zum Forum vgl. in: AHL, SPD. Nr. 101. Zur Berichterstattung des "Morgens" vgl. LM vom 8.7.1967 "Für und wider das Geset"' im LM vom 8.7.1967.

153 Vgl. Berichterstattung LM vom 23.10.1967 über die "Gebietskonferenz in Travemünde" mit Willy Brandt. Vgl. ausführlich: Michael Schneider: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Bonn 1986.

154 Porthoff/ Miller 2002, S. 239-240.
155 Weniger im Vordergrund der Auseinandersetzungen um den Primat der Partei stehen kommunalpolitische Themen, bei denen der Kreisvorstand Gefahr läuft, dass die Fraktion seine Beschlüsse nicht mitträgt und daher trotz vorhandener absoluter Mehrheit in der Bürgerschaft nicht ausführt, sind die Priwall- und Nahverkehrskonzeption sowie Fragen der Mitbestimmung und kommunalen Wohnungsvermittlung.

156 Vgl. AHL, SPD, Nr. 80. Beschluss des KV vom 5.11.1968.

entscheidet, votiert die Fraktion mit 15 zu 14 Stimmen für ihren stellvertretenden Vorsitzenden Klaus Schröter. Ein Konflikt mit erheblichen Konsequenzen bahnt sich an. Auf einer kurzfristig angesetzten Kreisvorstandssitzung, zu der die gewerkschaftsnahen Vertreter Harnack, Göldner, Sommer und Eltermann nicht eingeladen wurden, spricht sich der Kreisvorstand gegen das von der Fraktion gewünschte Abstimmungsergebnis mit 6 zu 2 Stimmen für Riegel aus. Eine erneute Abstimmung fällt wenig später, am 16.12. des Jahres, mit 7 zu 5 Stimmen wieder für Riegel aus, nachdem die Fraktionsvertreter das erste Abstimmungsergebnis angefochten haben. Trotzdem besteht weiterhin Uneinigkeit über die Verbindlichkeit der Entscheidung des Kreisvorstands. Daher wird der Wunsch nach einer Grundsatzentscheidung auf dem nächsten Parteitag laut. 157

Der so genannte "Schlutuper" Kreisparteitag am 7. Februar 1971 soll endlich Klärung in dieser Angelegenheit wie auch insgesamt im lang anhaltenden innerparteilichen Zwist schaffen. Dort wird zunächst den jüngsten Konflikten in der SPD begegnet, indem der Beschluss gefasst wird, dass "in allen personellen und sachlichen Fragen der Kommunalpolitik, die der Kreisparteitag und zwischen den Kreisparteitagen der Kreisvorstand für wichtig hält und an sich zieht, (...) die Bürgerschaftsfraktion an die Entscheidungen dieser Parteiorgane gebunden (ist)." Dieser nach langen und harten Auseinandersetzungen gefasste Beschluss klärt zwar den betreffenden Personalfall - der Kandidat des Kreisvorstands Riegel wird für den Posten gewählt – aber er dokumentiert zugleich recht drastisch ganz andere Krisen und Konflikte, nicht nur der Lübecker SPD, sondern der breiten Parteienlandschaft und politischen Kultur jener Zeit in der Bundesrepublik, wie sie auch im Zusammenhang mit dem Generationenkonflikt und den Konfrontationen mit der "APO" deutlich wurden. Der mit großer Stimmenmehrheit (166/14/3) gefasste "Schlutuper Beschluss" zur konsequenten Trennung von Amt und Mandat bedeutet aus Sicht der Jusos, dass Mandats- und Funktionsträger verstärkt darauf hin überprüft werden sollten, ob sie Parteitagsbeschlüsse befolgen oder in Abweichung von der Basis nach ihrem Gutdünken (d.h. "Gewissen") entscheiden wollen. Die Konsequenzen für Personalwahlen liegen auf der Hand. 158 Die Ergebnisse in Schlutup zum "imperativen Mandat" lösen gemeinsam mit vergleichbaren Beschlüssen anderer SPD-Kreis- und Landesverbände eine bundesweite Diskussion um den Artikel 21 GG zur Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung und um den Weg der SPD "zum plebiszitären Parteienstaat" aus. 159 Die Entscheidung für die Bindung der Fraktionsmitglieder an die Partei bleibt weitgehend ein Theorem – schließlich konnte man sich im Alltag der praktischen Fraktionsarbeit nicht immer nach einem Grobbeschluss richten und Verstöße gegen den Beschluss hatten somit nicht automatisch einen Mandatsentzug zur Folge. Es ist aber wohl nicht ganz abwegig festzustellen, dass sich unter den Jungsozialisten auch Anhänger befanden, die die politischen Beschlüsse der Parteiorgane als grundsätzlich bindend für Mandatsträger betrachteten und wesentlich deutli-

157 Vgl. AHL, SPD, Nr. 81. Kreisvorstandssitzungen.

158 So zumindest aus der Perspektive der Jungsozialisten, hier formuliert durch Gisela Böhrk, in: Variante 1/73 "Zur Rolle des KV im Verhältnis zur Parteibasis".
159 Aufsatz des Lübecker Jungsozialisten Hans-Jürgen Wolter in den "Lübeckischen Blättern" vom 20.2.1971 und von Dr. Wolfram Nitschke, ebenfalls Delegierter auf dem Schlutuper Parteitag, für die (vom VLW S-H als Heft 1 – 2000 in Kiel herausgegebene) Mitgliederzeitschrift "Akzente". Vgl. auch LN vom 9.2.1971 "SPD-Fraktion wurde an Beschlüsse ihrer Parteiorgane gebunden."

cher den Wunsch nach basispolitischer, plebiszitärer Arbeit "von unten" äußerten. 160 Es bleibt dahingestellt, ob die Erwartungen in dieser Hinsicht übersteigert waren.

Geusendam war daher trotz allem bemüht, wiederholt klarzustellen, dass der Schlutuper Parteitagsbeschluss niemals eine kommunal- oder verfassungsrechtliche Bedeutung besaß, sondern unter parteiorganisatorischen Gesichtspunkten auf die wichtige Bindung der Fraktion an die Partei zielte. Er war demnach notwendig, um die politische Führungsaufgabe (nach § 2 des Parteistatuts zur Exekution von Kreisparteitagsbeschlüssen durch den Kreisvorstand), um Parteidisziplin und Parteiloyalität im Kreisverband verbindlich zu regeln. "Alles andere ist hochgeschaukeltes drumherum reden" und ein Kampf "gegen Windmühlen."161 "Aufgabe der Partei ist es," so Geusendam dazu weiter, "Politik zu machen. (...) Aufgabe des KV ist es, loyal die Parteitagsbeschlüsse zu erfüllen (...) Für mich sind Parteitagsbeschlüsse ein politischer Auftrag."162 "Und so mutt ett ja wull sin."163 Es ging Geusendam aber auch darum, seine Vorstellungen von der Parteiarbeit zu verdeutlichen: Es könne nicht ausreichen, "daß die Parteien alle 4 Jahre die Wähler an die Urnen rufen und sich dann zur Ruhe setzen und sagen, nun lass die Fraktion man wurschteln."164

Trotz Geusendams Erklärungen steht der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein und insbesondere der Lübecker Kreisverein bis zur Kommunalwahl von 1974 in der Dauerkritik der bürgerlich-konservativen Presse, der – so Geusendam – "Springer-Journalisten Kanaille". 165 Diese hatte berichtet, dass "Chaoten kommunistischer Prägung" im Lübecker SPD-Kreisverein frei gewählte Abgeordnete zu Befehlsempfängern der Partei degradiert hätten und Kommunalpolitik aus einer ideologisch verengten, nicht aus ökonomisch vertretbarer Sicht betreiben würden. Die Debatte über die Demokratisierung auf allen Gebieten des parteipolitischen und öffentlichen Lebens stärke nicht die Demokratie, sondern münde in einer "Demokratur" und funktioniere die freie Gesellschaftsordnung zu einem Funktionärsstaat um. 166

Durch die unterstellte Verfassungsfeindlichkeit einer radikalen Linken, die alles "in die Brühe schlage", entstand der Eindruck der Gefahr eines linken Putsches, einer "Machtergreifung" durch ultralinke revolutionäre Kräfte. Geusendam äußert sich sehr ungehalten zu diesem stereotypen Feindbild: "Ich meine, und es kotzt einen so langsam an (...) wir haben uns im Grunde genommen genug abgegrenzt in der Vergangenheit (...) und wir können in Bußkleidern gehen und Asche aufs Haupt streuen. (...) Wenn die harten Zahlen der Macht auf der Tagesordnung stehen, dann werden die anderen versuchen, uns in die ultralinke revolutionäre Ecke zu drängen."167 Auf dieser Grundlage vertritt Geusendam später auch im SPD-Landesverband offen den Anspruch, dass die näher an der politischen Basis orientierte Partei und nicht die Fraktion über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahlen von 1975 zu befinden hätte. Noch auf der Landesvorstandssitzung vom 23.3.1972 regt Geusendam – aller bis-

160 Noch drastischer fällt die Bewertung der "Welt" vom 5.9.1973 "Unter Parteibefehl?" aus.

161 Vgl. Rede Geusendams auf KA-Sitzung am 18.9.1973, in: AHL, SPD, Nr. 81, S. 12-13.

162 Vgl. ebd., S. 15.

163 Vgl. ebd., S. 12.

164 Vgl. ebd., S. 14.

165 Vgl. ebd., S. 19.

166 Vgl. entsprechende Kitik v.a. in: LN vom 20.6.1973 "Begründung der Dr. Julius Leber Gesellschaft", in den KN vom 7.4.1973 "Sieg der radikalen Linken innerhalb der SPD", in den LN vom 7.4.1973 "Verzicht Brommes auf Kandidatur für die Bürgerschaft", weitere Kritik von Werner Lewerenz in LN vom 21.6.1973, in: FAZ vom 26.2.1973 "Wieviel Macht der linken Fraktion?" und FAZ vom 21.2.1973 "Aufgerissene Flanke" von Günther Gillessen, der eine "Umfunktionierung der alten SPD in eine trotzkistische neue (SPD)" behauptet, vgl. ähnlich den Kommentar von Bernd Brügge "Permanente Diskussion " in LN vom 27.2.1973, der vor einem "Abbau von Autoritätsstrukturen durch eine permanente Diskussionskultur" warnt. Vgl. ferner Dokumentation des CDU-Landesverbandes an die Landespressekonferenz vom 2.11.1973 mit dem Titel "Die Mandatsfrage - eine zentrale Frage der Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie". Sammlung der Zeitungsausschnitte in: AHL, SPD, Nr. 229. Material zum Parteiausschlussverfahren gegen Bromme, Bruhn und Goldner. 167 Vgl. Rede Geusendams auf KA-Sit-

zung am 18.9.1973, in: AHL, SPD,

Nr. 81, S. 19-20.

herigen Kritik zum Trotz seiner organisationspolitischen Linie treu bleibend – einen Beschluss an, nach dem "Beschlüsse, die er (der Landesverband) faßt, für alle seine Mitglieder grundsätzlich bindend sind." Trotz der Schwierigkeiten in Lübeck setzt sich Geusendam auch im Landesverband für die unbedingte Umsetzung von Vorstandsbeschlüssen gegenüber der Fraktion ein. Wie auch bei der Auseinandersetzung um die Begleitumstände der Einstellung der "Nordwoche" gerät Geusendam hier in Konflikt mit dem Kieler Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, der sein eigenes Verbleiben im Landesvorstand in Frage stellt. Die Entscheidung des Landesvorstands beeinträchtige "eine kritische und selbstkritische innerparteiliche Demokratie." 168

Der Schlutuper Beschluss und die von ihm ausgehende öffentliche Debatte bleiben auch beherrschende Themen des nächsten ordentlichen Kreisparteitags am 5. März 1972, auf dem nach dem raschen Rücktritt Jürgen Busacks wieder eine reguläre Parteispitze gewählt werden soll. Dabei wird zunächst die extreme Unzufriedenheit einzelner über den gesamten derzeitigen Kreisvorstand sehr deutlich: Die eher konservativ besetzten Distrikte Niederbüssau und Travemünde geben sich mit der Nachwahl des Vorsitzenden allein nicht zufrieden und beantragen auf Misstrauensgrundlage die Neuwahl des kompletten Vorstandes. Die Versammlung zeigt sich gespalten und es wird lange debattiert, ehe die zwei "Extrem-Distrikte" ihre Anträge zurückziehen und die Vertrauensfrage für den gesamten Vorstand durch Egon Hilpert als vorübergehenden Vorsitzenden weitgehend positiv für die Beibehaltung ausfällt (137/47/7). Noch deutlicher fällt die Zustimmung bei der Wahl von Geusendam als erneutem Vorsitzenden (150/49/3) aus. Obgleich mit Willi Geusendam wieder ein stabiler und verhältnismäßig unumstrittener Vorsitzender gewählt worden ist, bedeutet dies keinesfalls das Ende oder auch nur eine Abschwächung der destabilisierenden personellen Querelen unter den Mitgliedern der SPD in Lübeck, insbesondere zwischen Kreispartei und Fraktion in der Bürgerschaft, die sich seit Mitte der Sechziger anbahnten.

Ganz im Gegenteil sorgt die vermehrte Beteiligung junger Mitglieder über ihre Funktionen bei den Jungsozialisten und innerhalb der Kreispartei hinaus in der eher als konservativ und mit altgedienten Kräften besetzten Fraktion für Konfliktstoff. Auch der ständig um Ausgleich bemühte und rücksichtsvoll agierende "Partei-Chef" kann und will seinen Einfluss nicht immer geltend machen, um für klare Machtverhältnisse zu sorgen. Trotzdem geht Geusendam aus den Vorstandswahlen, in denen ihm 90 Prozent der Delegierten den Rücken stärken, als ein von allen "Lagern" akzeptierter und in Teilen sehr geschätzter Vorsitzender hervor. Dies nicht zuletzt deshalb, weil er von interpersonellen Konflikten unbelastet bleibt und verhältnismäßig unabhängig zu agieren weiß. Als "Altgedienter", wenn auch nicht nur in Lübeck, präsentiert sich auch Geusendam als ernstzunehmende, politisch erfahrene Autorität. In seiner Abschlussrede spricht er von einem "Parteitag der Konsolidierung" und fordert von

168 Stellungnahme Norbert Gansel auf LV-Sitzung vom 23.3.1972, in: AdsD, Abt. III, Nr. 1012.

der Fraktion eine klare Abgrenzung von der Umarmungstaktik der CDU und der "Achse Strauß-Stoltenberg". ¹⁶⁹

169 Vgl. LN vom 7.3.1972 - "Geusendam wurde neuer SPD-Kreisvorsitzender'". Zitate nach LN vom 7.3.1972 "Emotional geladener SPD-Parteitag". Die Troika Geusendam, Möbusz und Hilpert wird bei den folaenden Kreisvorstandswahlen wiederaewählt. 1974 erhält Geusendam 184 Stimmen (gegen 13 Neinstimmen bei zwei Enthaltungen). Der Fraktionsvorsitzende Hilpert, der wieder für das Amt des Schatzmeisters im Kreisvorstand kandidiert, wird nach Appellen von Geusendam und Engholm erst im zweiten Wahlgang mit 118 Stimmen wiedergewählt. Vgl. LN vom 17.12.1974. "SPD Parteitag mit Personaldebatte". Die einheitliche Wiederwahl des Vorstands auf dem Kreisparteitag am 15. Dezember 1975 fällt dann deutlich aus.

170 Mündliche Auskunft Geusendam. 171 Vgl. AHL, SPD, Nr. 103. Geusendam an Bromme als Vorsitzenden der Schiedskommission vom 30.4.1970. Zitat nach AHL, SPD, Nr. 81. Niederschrift des KV vom 5.9.1970. Feststellungsverfahren Gallonska-Möbusz.

172 Noch 1975 streiten sich Hilpert und Möbusz über die Neuwahl des hauptamtlichen Innensenators, die Hilpert für sich entscheidet, obwohl Ulrich Kloss zuvor eine deutliche Mehrheit im Kreisausschuss der SPD für seine Kandidatur erhält und der CDU Zugeständnisse für die Nominierung Hilperts bei der Neuwahl des Bürgermeisters und bei der Federführung für den Krankenhausneubau gemacht werden müssen. Die Begleitumstände des Nominierungsverfahrens haben Folgen: Bei Neubesetzungen sollen Senatsposten jetzt extern ausgeschrieben und eine Findungskommission gebildet werden.

173 Im Januar 1973 tritt Marga Krüger aus der Fraktion und der Partei aus, nimmt aber ihr Mandat mit und bleibt Bürgerschaftsmitglied. Die SPD verliert damit ihre absolute Mehrheit.

III.4 Der Konflikt mit der "Bromme-Fraktion". Die Konsolidierung der Arbeit des Kreisvorstands durch Geusendam kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Fraktion andauern. Sie wurden durch die "Schlutuper Beschlüsse" von 1971 nicht gelöst, sondern im Gegenteil erheblich verschärft. Hinter der andauernden Auseinandersetzung zwischen Kreisvorstand und Fraktion steht auch eine Diskussion um die politische Strategie der SPD. Mehr als ein Viertel des Kreisvorstands gehörte seit 1971 dem "linken Sturm-und-Drang-Flügel" der Lübecker SPD an, den Geusendam genauso wie dessen fortwährendes Drängen auf "systemverändernde" Reformen gegen eine von der Fraktion und den Gewerkschaften getragene, auf die politische "Mitte" ausgerichtete SPD-Politik grundsätzlich stützt. Geusendam besitzt Verständnis für die von der Fraktion als "ideologische Schwärmerei" abgewertete Position der Jusos und fragt dagegen, ob kalter Technokratismus und Pragmatismus bei mangelndem Reformwillen nicht auch eine Art Ideologie seien. 170

An der Sachkontroverse um den Priwall manifestieren sich erneut persönliche Auseinandersetzungen, verletzte Eitelkeiten und Grabenkämpfe, die zugleich auch wieder Ausdruck des personenzentrierten "Generationenkonflikts" sind. Beispielsweise beschuldigt der Fraktionsvorsitzende Horst Gallonska den zwischenzeitlichen Jusosprecher Rüdiger Möbusz, bereits 1970 seine Kandidatenbriefe zur Bürgerschaftswahl nicht verteilt, sondern einfach auf sein Grundstück geworfen und dort im Schmutz zerstreut zu haben, wozu einige Mitglieder der CDU Fraktion in der Bürgerschaft Möbusz auch noch mit den Worten "Prima Sache, dass ihr dem Gallonska die Briefe in den Garten geworfen habt", beglückwünscht hätten.¹⁷¹ Möbusz seinerseits beklagt sich auf offenbar sehr provokante Weise über "faschistische (Abstimmungs-) Methoden" innerhalb der eher konservativen SPD-Bürgerschaftsfraktion. Rücktritts- und Parteiausschlussforderungen folgen auf dem Fuße - vornehmlich durch Werner Lewerenz und Paul Bromme. Sie können aber durch den Kreisvorstand geschlichtet werden. Immerhin: Möbusz hat auf Geheiß Geusendams ein Opfer der Genugtuung für die Fraktionsmitglieder zu bringen und muss als Juso-Vorsitzender von Gisela Böhrk abgelöst werden.172

Das Verhältnis der Kreisfraktion zum Kreisvorstand bleibt auch in den folgenden Jahren weiter schwer belastet. ¹⁷³ Ein erneutes Aufflammen des Generationenstreits entfacht sich kurz darauf, als Schulsenator Steinbrecher mit seinem Antrag auf einen Gesamtschulversuch in Lübeck am Veto der CDU-Landesregierung scheitert. Besonders die Jusos innerhalb der Fraktion werfen ihm vor, wegen Terminverstößen und formalen Fehlern den Entwurf fahrlässig aufs Spiel gesetzt zu haben.

Die folgenden Ereignisse, die mit einer Austrittswelle und der Absplitterung einer Gruppe von Fraktionsangehörigen die Eskalation des innerparteilichen Konflikts darstellen, werden bedeutenden Einfluss auf den weiteren Werdegang der SPD in der Lübecker Kommunalpolitik haben. Der Austritt des Bürgerschaftsmitgliedes Marga Krüger Anfang des Jahres aus der SPD unter Beibehaltung ihres Bürgerschaftsmandats, führt zunächst dazu, dass die SPD die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft verliert.

Auch der Parteitag am 19./20. Mai 1973 in Travemünde bringt keine Entschärfung der Auseinandersetzungen, sondert wird zum weiteren Schauplatz des Konfliktes Jusos-Bürgerschaftsfraktion. Anlass ist der Rechenschaftsbericht der Fraktion, der bei Vertretern der Jungsozialisten auf wenig Akzeptanz stößt und besonders scharf kritisiert wird. Die anschließende Wahlkreiskonferenz spiegelt die gespaltene Stimmung in der Partei wider: Die "Bromme-Gruppe" als dominierende Akteure in der Fraktion erfährt durch die Mehrheitsverhältnisse in der Kreispartei eine Abfuhr, sodass viele dem "konservativen Flügel" der Fraktion angehörigen Kandidaten für ihre Wahlkreise nicht bestätigt werden und sich auch in weiteren Wahldurchgängen nicht durchsetzten können. Hans Bebensee, Paul Bromme, Max Depke, Heinrich Bruhn, Werner Lewerenz, Horst Gallonska und Gustav Zahl werden nicht wieder aufgestellt. Die Spitzenkandidatur des alten August Heine erscheint als Kompromiss und Notlösung zugleich. 174 Geusendam hat zuvor diese Personalvorschläge gestützt, von den Jungsozialisten aber auch eine faire Kritik gegenüber den Argumenten der Fraktion eingefordert: "Wenn man nach jeder Kritik in die Bütt gestiegen wäre, hätte man nur halb so viele wichtige Diskussionsbeiträge erhalten."175

Auf Grund der Ereignisse des Travemünder Parteitags verlässt Anfang September 1973 das nicht wieder nominierte Fraktionsmitglied Gustav Zahl die Fraktion und gründet gemeinsam mit der bereits zuvor ausgetretenen Marga Krüger eine neue Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft: "Die Unabhängigen". Seinen Parteiaustritt begründet Zahl gegenüber Geusendam mit "sowjetischen Verhältnissen" und einer "Diktatur der Partei" im Kreisverband. Zahl weiter: "In einer außerhalb Lübecks stattgefundenen geheimen Vorstandssitzung wurde eine Liste von Kandidaten aufgestellt, die sich bedingungslos dem Primat der Partei unterordneten. (...) Maßstab einer Demokratie aber ist noch immer die persönliche Freiheit des Einzelnen. Niemand, kein Kreisparteitag, kein Kreisvorstand, kein Juso-Kongress, kann diesen verfassungsmäßig garantierten Freiheitsraum einengen oder gar abschaffen (...) um utopische und in der praktischen Politik nicht durchsetzbare linksextremistische Ideen zu verwirklichen."176

Die jetzt unter der Führung von Egon Hilpert stehende Ratsversammlung setzt daraufhin in geheimer Abstimmung mit 17 Ja- gegen 15 Neinstimmen bei 14 Enthaltungen die Abwahl Zahls aus den Ausschüssen durch. Ende November tritt Zahl schließlich aus der SPD aus. Auch Heinrich Bruhn und Max Depke erklären später

174 Auf der Wahlkreiskonferenz für die Aufstellung der Landtagskandidaten am 19. Mai 1974 setzten sich Vertreter des Jungsozialistenflügels mehrheitlich durch. Erich Eltermann und Ingeborg Sommer treten nicht wieder an, Gerhard Krüger unterliegt in Lübeck-Nord Hans-Jürgen Wolter. Die Kandidaturen von Gisela Böhrk, jetzt bereits stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos, Jürgen Busack und Heinz Lund sind unumstritten. Zur Kandidatur Heines vgl. Erklärung von Rudolf Köhn vom 29.8.1973, in: AHL, SPD, Nr. 229. 175 Vgl. LN vom 19.5.1973. 'SPD Kandi-

daten wurden gewählt' 176 Zitat aus dem Schreiben Zahls an

Geusendam, zitiert in Rede Geusendams auf der KA Sitzung vom 18.9.1973, in: AHL, SPD, Nr. 88, S. 3-5.

ihren Austritt aus Partei und Fraktion und kündigen ihren Wechsel zur FDP an. Am 22.3.1974 folgt auch Werner Lewerenz diesem Beispiel. Er begründet seinen Austritt damit, dass der Sozialismus in der Lübecker SPD den Stempel der SED trüge. Junge SPD-Funktionäre würden bereits "darauf brennen, in einer solchen sozialisierten Gesellschaft die Schaltstellen der Macht zu übernehmen. Diese würden auch nicht davor zurückschrecken, ihre Gegner, zu denen ich dann gehören würde, wie bei den Nazis und der DDR, hinter Zuchthausmauern verschwinden zu lassen."177

Im Dezember versucht der Vorsitzende Willi Geusendam auf zwei Parteitagen die interne Konzentration auf die nahende Kommunalwahl zu lenken. Das in weiten Teilen von ihm entwickelte und formulierte Wahlprogramm wird diskutiert und verabschiedet. Obgleich sich Geusendam um eine einigermaßen stabile Geschlossenheit von Fraktion und Partei bemüht, hält die Austrittswelle auch unmittelbar vor den Kommunalwahlen vom 24. März 1974 an. Auf der Kreisausschusssitzung am 18.9.1973 ergreift Geusendam mit einem Referat zur Situation der SPD in Lübeck die Flucht nach vorn: Er kennzeichnet die Stimmung in den Ortsvereinen als "eine Reaktion der Solidarisierung mit der Partei, eine Reaktion, die darauf hinausläuft: was macht eigentlich dieser verflixte Kreisvorstand, er hätte ja schon längst einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen können."178 Geusendam sieht den Rücktritt von Zahl als Endpunkt einer Entwicklung. "Das war ein Schachspiel, in dem Zug um Zug gemacht wurde, bei dem die Figuren gesetzt wurden, bei dem die Figuren ausgetauscht wurden und bei dem sich der König in Schachstellung befindet."179

Der König und Gegenspieler von Geusendam ist Paul Bromme. Bromme opponiert schon vor dem Schlutuper Kreisparteitag von 1971 gegen den von Geusendam geführten Kreisvorstand durch eine verstärkte fraktionelle Tätigkeit in der Bürgerschaft. Die von Bromme und Gallonska (Fraktionsvorsitzender bis 1973) geleitete "Flughafen-Restaurant-Fraktion"180 betreibt eine Personalpolitik "im stillen Kämmerlein", die sich gegen den Einfluss der Jungsozialisten in der Bürgerschaftsfraktion wendet und den Kreisvorstand vor vollendete personalpolitische Entscheidungen stellt. Der "Klüngelstil" Brommes und seine am Kreisvorstand vorbeigeleiteten Sondierungsgespräche laufen Geusendams an der Basis und den Parteistatuten orientierten organisationspolitischen Leitvorstellungen diametral entgegen. Gegen fortgesetzte inoffizielle Absprachen der Fraktionsmitglieder hinter den Kulissen und damit gegen eine politische Kultur, in der SPD-Funktionäre unter dem Nationalsozialismus und über weite Strecken auch noch unter Bundeskanzler Konrad Adenauer politische Entscheidungen getroffen haben, setzt Geusendam auf den Grundsatz der offenen innerparteilichen Willensbildung. Dieser dürfe aber nicht das geschlossene Auftreten der SPD in der allgemeinen Öffentlichkeit gefährden - schon gar nicht während des Wahlkampfes.¹⁸¹ Bereits 1970 kommt es daher zur Machtprobe, als Bromme gegenüber dem Kreisvorstand erklärt, nicht mehr für eine

177 Austrittserklärung von Werner Lewerenz vom 29.8.1973, in: AHL, SPD, Nr. 229.

178 Vgl. Rede Geusendams auf KA Sitzung vom 18.9.1973, in: AHL, SPD, Nr. 81, S.1.

179 Ebd., S. 6.

180 Der Ausdruck hat seinen Ursprung darin, dass sich einzelne Fraktionsmitglieder im Flughafenrestaurant trafen, um Weichen für politische Beschlüsse zu stellen

181 Vgl. Erklärung der Schiedskommission des Lübecker KV gegenüber Schiedskommission des LV vom 16.9.1974 und vom 12.8.1974, in: AHL, SPD, Nr. 229.

Landtagskandidatur zur Verfügung zu stehen und laut Geusendam anschließend "sauer" ist, "daß die Partei [die seinen Rückzug sofort akzeptiert] ihn nicht kniefällig um eine erneute Kandidatur bat."¹⁸²

Nachdem Versuche der "Flughafen-Restaurant-Fraktion" um Bromme, sich als selbständige "Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaft und Umweltschutz" neu aufzustellen, am Veto des Kreisvorstands gescheitert sind, gründen Bromme und die auf dem Travemünder Parteitag nicht wieder nominierten Bürgerschaftskandidaten die "Dr.-Julius-Leber-Gesellschaft". Da sie sich in der parteiinternen Auseinandersetzung nicht durchsetzen können, erklären sie öffentlich, sich nicht weiter an den Fraktionszwang gebunden zu fühlen. So bleiben sie teils Abstimmungen in der Bürgerschaft fern und gefährden damit noch mehr die sozialdemokratischen Mehrheiten. Die CDU kann infolge der neuen Mehrheitsverhältnisse und der Ende 1972 von der Landesregierung verabschiedeten neuen Gemeindeordnung beispielsweise die Wahl von Volker Kaske zum neuen Sozialsenator mit 23 gegen 22 Stimmen knapp durchsetzen. Die Leber-Gesellschaft ist für Geusendam eine Interessensgemeinschaft und als "Hilfstruppe für die CDU" eine "Kampfgesellschaft" gegen den Kreisvorstand und nicht etwa eine Gedächtnisgesellschaft zu Ehren von Julius Leber¹⁸³: "Jeder mag seinen eigenen Priemladen aufmachen, das ist ihm in dieser freien Gesellschaftsordnung durchaus erlaubt und gegönnt, aber jeder sollte soviel politischen Anstand besitzen, das Mandat dahin zu legen, von dem er es bekommen hat, nämlich von den Wählern der SPD."184

Insbesondere Paul Bromme gefährde mit seiner ungebrochenen Lust am "Strippen ziehen" und seinem Engagement für die Leber-Gesellschaft die SPD. Die Aufgabe der Analyse der Verhältnisse und die Rolle des Mahners und Wächters der Partei falle dem Kreisvorstand und nicht der Leber-Gesellschaft zu. 185 Geusendam leitet daher im März 1974 in Abstimmung mit dem Landesverband ein Parteiordnungsverfahren gegen die Vorstandsmitglieder der Dr. Julius-Leber Gesellschaft Paul Bromme, Horst Göldner und Heinrich Bruhn ein. Lewerenz, Zahl und Depke, die übrigen drei Mitglieder der "Gruppe der harten sechs", sind zu diesem Zeitpunkt bereits aus der SPD ausgetreten oder holen das während des Verfahrens nach.

Am 22. Februar 1975 stirbt Paul Bromme, ehemaliger Fraktionsführer und Initiator der "Dr. Julius-Leber-Gesellschaft". Der Kreisvorstand tritt daraufhin in Absprache mit dem Landesverband nochmals in Verhandlungen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft. Sollte ursprünglich ein Parteiordnungsverfahren gegen die "Abtrünnigen" angestrengt werden, so trifft man jetzt die Vereinbahrung, dass die Vorstandsmitglieder Göldner und Bruhn ein öffentliches Eingeständnis der "Verletzung der sozialdemokratischen Solidarität" ableisten müssten und die Kreispartei dafür von einer Fortsetzung des Verfahrens gegen die Mitglieder absehen würde. 186 Dass dies kein Akt der Versöhnung ist, zeigt die folgende Entwicklung der Affäre, die zugleich ihr Ende markiert: Der neue Vorstand der Dr. Julius-Leber-Gesellschaft erklärt im September seine

182 Ebd., S. 6-8.

183 Vgl. Rede Geusendams auf der KA Sitzung am 18.9.1973, in: AHL, SPD, Nr. 81, S. 9-11.

184 Vgl. ebd., S. 16, Zitat S. 21. **185** Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1055. Schreiben Geusendam an Jansen vom 11.12.1975.

186 Unterlagen zum spektakulären Parteiausschlussverfahren gegen Bromme, Göldner und Bruhn finden sich u.a. in AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1275, Parteiordnungsverfahren Kreisverband Lübeck, Nr. 1284 Kreisverband Lübeck, Nr. 1314 Auseinandersetzungen mit der Dr. Julius Leber Gesellschaft. offizielle Abkehr von der Zugehörigkeit zur SPD und bekundet, sich nunmehr als "Wählerinitiative für Helmut Schmidt" zu verstehen, die einen Regierungsstil mit Realismus und Nüchternheit favorisiere. 187 Geusendam nimmt dazu unmissverständlich Stellung: "Wir halten es für untragbar, daß sich in einem angeblich neutralem Verein Genossen zusammenfinden, um von außen her auf interne Parteientwicklungen einzuwirken. Es ist auch kaum vertretbar, wenn SPD Mitglieder erklären, nur einen Wahlkampf für Helmut Schmidt nicht aber für die SPD führen zu wollen." Da aber die Gesellschaft jetzt formal außerhalb der SPD steht, ist eine Abgrenzung von ihr in der Öffentlichkeit fortan leichter: "Uns kratzt das nicht. Organisatorisch ist alles klar: Es gibt einen Unvereinbarkeitsbeschluß."188

Zuvor hat Geusendam in der Schiedskommission der Landes-SPD unerbittlich auf eine Fortsetzung des Schiedsverfahrens gesetzt und Vermittlungsversuche des Kieler Oberbürgermeister Günther Bantzer, der früh auf einen Kompromiss und eine gütliche Beilegung drängt, ausgeschlagen. Bantzer, ein "Godesberger", vertritt Göldner und Bromme vor der Kommission als Beistand und hat bereits in den Jahren zuvor erfolglos gegen Geusendam als stellvertretenden Landesvorsitzenden kandidiert. Dass der Vergleich wenig später doch noch zustande kommt, liegt sicherlich auch an der schweren Erkrankung und dem Tod Brommes.¹⁸⁹

Das unnachgiebige Vorgehen Geusendams im Parteiausschlussverfahren, insbesondere gegen Bromme, ihm in der Lübecker SPD aber nicht nur Freunde. In Leserbriefen kritisieren nicht nur Anhänger Brommes den Lübecker Kreisvorstand öffentlich: "Nicht einmal nach dem Tode dieses aufrechten Streiters für die Ideen der Sozialdemokratie konnte sich die Lübecker SPD in ihrer Traueranzeige aufraffen, dem honorigen Mann zu danken, was er während seiner Emigration, in der Bürgerschaft und als Senator für Lübeck und die SPD getan und bedeutet hat."190 Bromme – bereits seit 1927 SPD-Mitglied - war die bestimmende Figur der Lübecker Nachkriegs-SPD gewesen. Er war Sohn eines Lübecker Senators und machte auch ansonsten eine stattliche Figur. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil wurde Paul Bromme sofort Kreisvorsitzender der Lübecker SPD, 1948 zusätzlich auch Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft. 1949 wurde er erstmals in den Bundestag gewählt. Nach seiner politischen Rehabilitierung infolge eines gegen ihn aufgrund von Kontakten nach Ost-Berlin verhängten Parteiordnungsverfahrens, folgte 1954 die erfolgreiche Kandidatur für den schleswig-holsteinischen Landtag, dem er bis 1971 angehörte. Zwischen 1963 und 1967 fungierte Bromme zudem als stellvertretender Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD. Seit 1954 hatte er parallel zum Landtagsmandat erneut den Fraktionsvorsitz in der Lübecker Bürgerschaft inne und übte das Amt des ehrenamtlichen Wirtschaftssenators aus. Von 1954 bis 1958 und 1963 bis 1967, bis zur Wahl Geusendams, war er erneut Kreisvorsitzender in Lübeck.

Insbesondere mit seiner Wahrnehmung der bundespolitischen Entwicklung war Paul Bromme, der über gute Kontakte zu Willy

187 Der neue Vorsitzende der Gesellschaft Döbertin wird später Vorsitzender der "Fritz-Erler-Gesellschaft" als Nachfolgegesellschaft und ergreift im Landtagswahlkampf 1979 Partei für die CDU. Sein Vorwurf lautet, die SPD S-H sei keine Arbeiter- und keine Volkspartei mehr, sondern eine selbsternannte "progressive Elite", die an Stelle der "ausgebeuteten Arbeiterschaft" denkt und handelt. Die "Welt" zitiert ihn am 6.2.1978 mit den Worten: "Die Fraktionierungsprozesse und auch die personelle Brutalität haben in unseren Reihen ein Ausmaß angenommen, dass junge Menschen uns zutiefst angewidert wieder verlassen und für die nächsten 20 Jahre die Schnauze voll haben." Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1055. Mitteilung an die Presse vom 21.5.1981.

188 Erstes Zitat aus Rede Geusendam auf KPT vom 17.2.1977, in: AHL, SPD, Nr. 43. Zweites Zitat aus einem Brief Geusendams an den Bremer Kultursenator Franke vom 28.1.1976, in: AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1055.

189 Vgl. Protokoll Sitzung der Schiedskommission des SPD LV S-H, in: AHL, SPD, Nr. 229

190 Lesebrief "Paul Bromme" in den LN vom 26.2.1975.

Brandt verfügte, seiner Zeit weit voraus und bescherte "seiner" Kreispartei eine außerordentliche bundesweite Präsenz. Die auffällige Häufung von Ämtern und Mandaten auf seine Person ermöglichte es Paul Bromme, über lange Jahre einen stabilen und prägenden politischen Kurs in Lübeck zu fahren.

Selbst in den Medien ist von einem Hetzkampf des Kreisvorstands gegen die Fraktionsmitglieder um Bromme die Rede. Die WELT zitiert Bromme mit den Worten: "Die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht." Den "altehrwürdigen Widerstandskämpfern" würden "linke Jusos aus bürgerlichem Hause" und "Apparatschiks" als Mentoren zur Verfügung stehen, die "das Problem der in ihren Augen renitenten Bürgerschaftsmitglieder der Endlösung zuführen" wollten. Im Hamburger Abendblatt zitiert die aus der Fraktion ausgetretene Marga Krüger (58) Lübecker Jusos, die öffentlich gesagt hätten: "Wir müssen sehen, wie wir die Alten loswerden, die reden zuviel." 192

Der SPD-Landesverband schützt Geusendam gegen die Angriffe der Presse und gegen Offensiven aus den eigenen Reihen. Er weist Unterstellungen konservativer Genossen zurück, der Lübecker Kreisvorstand erwarte "nach alter stalinistischer Methode absolute Unterwerfung." Weiter erklärt er: "Willi Geusendam war jahrelang Mitglied des Landesvorstandes und stellvertretender Landesvorsitzender unserer schleswig-holsteinischen Partei. Willi Geusendam und die Lübecker Partei genießen in unserem Lande und in der Parteiorganisation höchstes Ansehen."193 Selbst Jusokritiker schließen Geusendam von ihrer vorgebrachten Kritik aus, wenn sogar Mitglieder der Leber-Gesellschaft gegenüber dem Landesverband erklären: "Über die Lauterkeit des Genossen Geusendam brauchen Sie mich wirklich nicht aufzuklären und zu belehren. Sie wissen so gut wie ich, dass mit meiner Feststellung niemals der Genosse Geusendam oder einer der bewährten und noch in der Verantwortung stehenden Parteimitglieder gemeint ist."194

Wie bereits angedeutet, verschreibt sich Geusendam nicht bedingungslos dem Jungsoziallistenlager. Seiner Überzeugung nach ist beispielsweise in Anlehnung an die Parteistatuten ein hartes Vorgehen auch gegen diejenigen notwendig, die "nach links" aus dem Ruder laufen, wenn er sich in Parteiausschlussverfahren gegen ausgewiesene Linksvertreter der Landespartei wie Bünemann auch weniger engagiert. Bünemanns gegen die Expansion und Konzentration des Großkapitals gerichteten politischen Vorstellungen, nach denen der Klassenkampf weiterhin ein notwendiges Mittel gegen die kapitalistische Gesellschaft sein sollte, dürften Geusendam nicht fern gelegen haben. Das Problem aus Sicht von Geusendam ist eher, dass Bünemann seine Politik nicht an die vom Parteivorstand in Bonn und Kiel ausgegebenen Rahmenbedingungen und Vorgaben binden will und zur Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen bereit ist, die das staatstragende Bild der SPD in der Öffentlichkeit stören und der CDU einen Nährboden für Sozialfaschismusvorwürfe gegen die SPD liefern. 195

191 Die "Welt" vom 9.4.1973, vgl. ähnlich auch die "Welt" vom 2.11.1973 "Des Kanzlers Jugendfreunde machen gegen die Jusos Front".

192 Hamburger Abendblatt vom 10.9.1973.

193 Korrespondenz Geschäftsführer Selzer, u.a. mit der Julius-Leber Gesellschaft, Schreiben Selzer vom 5.2.1974 an Köhn, in: AdsD, Abt. III, SPD LV S-H, Nr. 677.

194 Antwortschreiben Köhn (als Mitglied der Leber-Gesellschaft) an Selzer vom 7.2.1973, in: Ebd.

195 Materialsammlung zum Parteiausschlussverfahren gegen Bünemann, in: AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1052.

An anderer Stelle wird die Position Geusendams, die auf eine klare Abgrenzung und Konsolidierung der SPD nach "rechts" und "links" zielte, deutlicher. So fordert Geusendam schon 1972 unnachgiebig den Sofortausschluss der Verfasser des im Kreisverband Plön von Jungsozialisten verbreiteten Papiers "Gegen die Friedenseuphorie" vom 17.9.1972. In diesem Papier hatten Preetzer Jusos der sozialliberalen Bonner Koalition, aber auch einer behaupteten Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung, SPD-Spitze und Monopolkapital, vorgeworfen, Terrorismusangst in der Bevölkerung bewusst zu schüren, um den sicherheitspolitischen Apparat auszubauen und im Krisenfall gegen die rebellierende Arbeiterklasse einzusetzen. Die Jungsozialisten im Kreisverband Plön verurteilt Geusendam als "eine maoistische Gruppe, die seit langer Zeit Politik gegen den Landesverband betreibt." Gegen den gesamten "harten Kern" der Preetzer Jusos fordert Geusendam daher Parteiordnungsverfahren einzuleiten.196

Trotz dieses ausgeglichenen Engagements beschäftigt Geusendam der Konflikt mit der Bromme-Fraktion noch bei seiner Verabschiedung aus seinen politischen Ämtern auf dem Kreisparteitag der Lübecker SPD im Februar 1977. Hier rechtfertigt Geusendam das in seinen Augen zwingend notwendige, hart durchgreifende Vorgehen gegen Bromme und die Mitglieder der Leber-Gesellschaft erneut: Nur so habe die Lübecker SPD im Bundestagswahlkampf von 1976 von den Auswirkungen der Abspaltungsbewegungen nichts mehr zu spüren bekommen. 197 Während der Kommunalwahlen von 1974 sei dies aber noch ein großes Problem für die Partei und insbesondere für Geusendam gewesen.

Die Kommunalwahlen bedeuteten für die Lübecker SPD nämlich eine bittere Niederlage und nach elf Jahren den Verlust der absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft. Die SPD verliert bei einer Wahlbeteiligung von 74,7 Prozent fünf Sitze in der Bürgerschaft, in der die CDU jetzt mit 25 Sitzen die absolute Mehrheit besitzt. Die SPD kommt auf 40,3 Prozent der Stimmen und 20 Sitze in der Bürgerschaft gegenüber noch 48,3 Prozent und 25 Sitzen bei der Kommunalwahl von 1970, – kann von den 27 Wahlbezirken nur 5 direkt gewinnen und verliert einen Sitz im ehrenamtlichen Senatsteil, stellt jetzt also nur noch vier Senatoren. Es dauert zehn lange Jahre, bis die SPD in der Lübecker Bürgerschaft wieder eigene Mehrheiten organisieren kann – erst 1986 wird sie wieder stärkste Fraktion werden.

Die aktuellen wirtschaftlichen Probleme und Ernüchterung nach den enttäuschten Reformerwartungen an die sozialliberale Regierung in Bonn haben bei der Wahlentscheidung eine wichtige Rolle gespielt. Die Demokratisierungspolitik der Regierung Brandt stagniert auf halber Strecke. Die Hochstimmung nach dem SPD-Wahlsieg von 1972 schlägt in Enttäuschung über die Regierung um: Reformvorhaben bleiben stecken: im Bereich Schule, Bildung und Wissenschaft wegen Mittelkürzungen, in der Justiz wegen des Verfassungsgerichtsurteils zur Neufassung des § 218 des Strafgesetzbu-

196 Vgl. Geusendams Äußerungen auf den Sitzungen des LV am 23.9.1972 und am 6.10.1972 sowie auf der Landesausschusssitzung ebenfalls vom 6.10.1972, in: AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1012. 197 Vgl. Rede von Geusendam auf KPT vom 17.2.1977, in: AHL, SPD, Nr. 43. ches (Abtreibung), in der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer wegen der Haltung des Koalitionspartners FDP. Erreicht werden u.a. aber immerhin eine Sicherung der Betriebsrenten, ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz, eine Neuregelung des Kindergeldes, eine Dynamisierung und Steigerung der Kriegsopferrente, ein Sonderrecht auf Beschäftigung für Schwerbehinderte, eine Erweiterung der Mitbestimmung, ein neues Ehe- und Familienrecht und als wichtiger Meilenstein das BAFÖG, mit dem die Regierungskoalition auch Kindern aus einkommensschwachen Schichten bessere Chancen zu höherer Bildung ermöglicht. Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und eine Gewährung des Demonstrationsrechts sind weitere Zugeständnisse an die junge Generation. 198

Die Brandtsche Demokratisierungspolitik setzt ein ständiges Wirtschaftswachstum voraus. Das ist aber genau das Problem: Ein 1973 infolge des Jom-Kippur-Krieges zwischen Israel, Syrien und Ägypten verhängter Ölboykott gegen die USA und die Niederlande zieht auch Deutschland in Mitleidenschaft. Heizöl und Benzin verteuern sich extrem. Die Bevölkerung erlebt die wirtschaftliche Krise mit steigenden Preisen, einer noch leichten Zunahme der Erwerbslosigkeit, Geschwindigkeitsbegrenzungen und einem generellen Fahrverbot an drei Sonntagen hintereinander als "Ölschock" besonders drastisch. Das gesellschaftliche Klima ist bereits 1974 stärker besorgt und weniger aufbruchorientiert als noch Ende der 1960er Jahre. Hinzu kommt 1974 kurz vor der Kommunalwahl der innenpolitische Skandal um den persönlichen Referenten von Bundeskanzler Willy Brandt, Günter Guillaume, der als DDR-Spion verhaftet wird. Am 6. Mai 1974 übernimmt Willy Brandt für die Affäre die politische Verantwortung und tritt als Bundeskanzler zurück. 199

Auch außerhalb von Lübeck hat es die SPD in Schleswig-Holstein gegen den skizzierten Bundestrend bei den Kommunalwahlen von 1974 schwer: Während sie in Lübeck gegenüber der Wahl von 1970 7,9 Prozent der Stimmen verliert, sind es in Flensburg 8,2 Prozent, in Kiel 10 Prozent und in Neumünster sogar 13 Prozent.²⁰⁰ Der wichtigste Grund für die Wahlniederlage der Lübecker SPD wird nach den laufenden Auseinandersetzungen mit der Bromme-Fraktion von Geusendam dennoch in der öffentlichen Wahrnehmung der geschilderten inneren Auseinandersetzungen in der Kreispartei und der Fraktion gesehen. Er nimmt sich die Niederlage der SPD bei der Kommunalwahl in Lübeck im wahrsten Sinne des Wortes "zu Herzen", macht sich persönliche Vorwürfe, reibt sich auf und erleidet einen schweren Herzinfarkt, der ihn mehrere Monate von der politischen Arbeit fernhält.²⁰¹ Geusendam besitzt ein nachhaltig wirkendes Gespür für die Verantwortung, die er übernommen hat. Aus dieser Verantwortung wird allzu leicht Schuld, die er scheinbar souverän erträgt, aber nicht immer vollständig zu bewältigen vermag, was er sich aber genauso wenig anmerken lässt wie seine Herzschwäche.

Aus dem eigenen Blickwinkel Geusendams hat er 1974 als Vorsitzender der Kreispartei in Lübeck versagt, da er Fraktion und Partei nicht hat geschlossen zusammenhalten können. Noch bei seiner

198 Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 229-230, S. 250.

199 Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 245-247.

200 Vgl. SPD-KV Kiel 1978, S. 30-32.

201 Mündliche Auskunft Böhrk.

Verabschiedung als Kreisvorsitzender 1977 erklärt er, der Kampf der Partei könne nur erfolgreich sein, wenn sie ein gemeinsames Anliegen vertrete, "vom PV bis zum letzten Ortsverein und unter Einschluß aller Arbeitsgemeinschaften (…) Oder es bleibt bei leeren Worten."²⁰²

Diese für ihn so charakteristische und wichtige Grundüberzeugung hat Geusendam schon 1968 formuliert: "Es geht nicht darum, uns in reiner Selbstbestätigung zu üben, über eine Beschäftigungstherapie für unsere Mitglieder nachzudenken oder uns in kritischen Analysen zu erschöpfen. (...) Unsere Partei ist zugleich Gesinnungsgemeinschaft und Wahlpartei (...) Bei allen unterschiedlichen Auffassungen in Detailfragen ist eine feste Solidarität nach außen wichtig. (...) Eines sollten wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt haben: Die Partei kann ohne diese Solidarität nicht leben. (...) Es kann keinen Zweifel geben, daß eine demokratisch strukturierte Organisation mit einer Willensbildung von unten nach oben zugleich der operativen Leitung von oben nach unten bedarf. (...) Jede Führung ist schwach, die aus mangelndem Mut zur Entscheidung der Entscheidung ausweicht, die paktiert und taktiert aus Sorge um eine Wiederwahl, statt das als notwendig Erachtete ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen, die nicht ihrer eigenen Einsicht folgt, sondern dem Druck von welcher Seite auch immer nachgibt."203

Die von ihm eingeforderte Gesinnungsgemeinschaft mit einer festen Solidarität nach außen und einer durchsetzungsstarken operativen Führung ist nach seinem gesundheitlich bedingten Ausfall verstärkter Orientierungspunkt seiner Arbeit als Kreisvorsitzender. Geusendam erwirbt zu diesem Zeitpunkt besondere Verdienste darum, dass die Lübecker SPD nach der verlorenen Kommunalwahl nicht auseinanderbricht. Er verhindert auch ein resignierendes Abgleiten der Fraktion in die Opposition und bringt, unterstützt von Egon Hilpert als Fraktionsvorsitzendem, eine Vereinbarung von SPD und CDU über eine Berufung von hauptamtlichen Senatoren nach dem Stärkeverhältnis der Fraktion in der Bürgerschaft knapp gegen harten Widerstand in den eigenen Parteireihen durch. Die Vereinbarung bedeute aber keinesfalls ein Ende der offensiven Oppositionsarbeit in sachpolitischen Fragen.²⁰⁴

Geusendam spricht sich für ein "Konzept des permanenten Wahlkampfes" aus, der zunächst nach innen gerichtet sein soll und vor allem darauf abzielt, die Motivation der vom Wahlausgang enttäuschten Parteimitglieder und Funktionäre aufrecht zu erhalten. Nach den Wahlniederlagen der Partei gelte es, keine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern konsequent die angestrengten Parteiausschlussverfahren voranzutreiben: "Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, man brauche jetzt nur nach Sündenböcken zu suchen, um alles wieder ins rechte Lot zu bringen." Vielmehr erscheint es Geusendam notwendig, die Partei innerlich weiter zu erneuern, anstatt sich der politischen Mitte zuzuwenden. Eine Lagerbildung und eine geschlossene Selbstdarstellung

202 Vgl. AHL, SPD, Rede Geusendam auf KPT vom 13.2.1977.

203 Referat Geusendams auf dem Kreisparteitag der Lübecker SPD, zitiert nach LM vom 2.12.1968 "Trotz Doppelfunktion müssen wir mit einer Zunge sprechen".
204 LN vom 3.9.1976 "Für die Lübecker SPD in hohem Maße verdient gemacht."

der Partei nach außen erscheint Geusendam jetzt noch wichtiger als schon zuvor.²⁰⁵

Der in Lübeck in diesem Stil von Partei und Fraktion einheitlich geführte Bundestagswahlkampf von 1976 und die auch in Lübeck gewonnene Bundestagswahl – die SPD holt mit ihrem Kandidaten Björn Engholm wieder die absolute Mehrheit – sind dann eine späte persönliche Genugtuung für Geusendam. 1977 erklärt er zufrieden: "Niemand wird bestreiten können, daß es uns möglich war, viel, sehr viel von dem Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen, das wir seit dem Tief bei der Kommunalwahl 1974 verloren hatten."²⁰⁶

Ill.5 Parteiorganisation und Kommunalpolitik der "Ära Geusendam". Der angesprochene parteiorganisatorische und Parteipressefragen betreffende Schwerpunkt war von Beginn der parteipolitischen Arbeit ein Charakteristikum von Wilhelm Geusendams Prioritätensetzung. Sowohl auf Kreis- wie auch auf der landespolitischen Ebene sticht er mit seinem organisatorischen und koordinatorischen Talent und seiner aktiven und konsequenten Initiative bezüglich der innerparteilichen Solidarität und des Zusammenhalts hervor und hinterlässt bereits sehr früh einen engagierten Eindruck bei schleswig-holsteinischen Parteispitze. Geusendam hat in seiner Zeit als Kreisvorsitzender – insbesondere in der Zeit nach 1972 und 1974, wo die parteiinterne Zersplitterung ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht und die bittere Niederlage bei der Kommunalwahl desillusioniert hat – unter schwierigen Umständen bewiesen, dass er "den Laden zusammenhalten" kann.

Die organisationspolitische Prägung ist sicher zu gleichen Teilen auf wichtige Überlebensstrategien und Instinkte während seiner Gefangenschaft im KZ sowie auf die intensive "Schulung" in klassischen sozialistischen Jugendorganisationen des Bremer Arbeitermilieus und später innerhalb des sozialdemokratisch geprägten Verlags- und Zeitungswesens zurückzuführen. Letzteres ermöglicht ihm nicht nur den Einstieg in die aktive Parteiarbeit im Kreis Lübeck, sondern beinhaltet gleichermaßen eine intensive Kontaktarbeit nach Bonn, die ihm später oft nützt. Geusendam füllt mit seinen rationalen, aber auch von Instinkt geprägten Arbeitsprinzipien, beispielsweise der Analyse von Mitgliederzahlenentwicklungen oder Wahlkampfzielgruppen, gefolgt von der entsprechend erforderlichen Intervention, ein Vakuum innerhalb der gesamten schleswig-holsteinischen SPD.

Die über Jahre fortgesetzten und Geusendam in seiner Arbeit als Kreisvorsitzender der Lübecker SPD fordernden Auseinandersetzungen zwischen Partei und Fraktion sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Geusendam die Lübecker SPD auch inhaltlich-programmatisch prägte. Geusendam war sicherlich nicht der Typ Politiker, dem es vor allem um die zügige Planung und den Ausbau einer Umgehungsstraße oder eines Kinderspielplatzes ging. Geusendams Verständnis von kommunalpolitischer Arbeit war immer auch programmatisch verortet. Auch unbedeutendere Sachfragen betrachtete

Folgende Seiten:

"Ratskelleratmosphäre" am Ende eines langen Wahlkampftages für die Kandidatur von Lauritz Lauritzen (zweiter von rechts, neben Egon Bahr) in Lübeck. Während Lauritzen und Brandt ihre Ehefrauen an ihrer Seite haben, sitzt Geusendam allein zwischen Rüdiger Möbusz und Ruth Brandt — auch das ist charakteristisch für den Politiker: Zwischen Privatleben und politischen Verpflichtungen zieht Geusendam einen klaren Strich.

205 Material zur Neuorientierung der Lübecker SPD und den von Stellvertreter Möbusz mitgetragenen Wandel vgl. in: AHL, SPD, Nr. 105. Ziatete als Auszüge aus Referat von Geusendam, in: LN vom 17.12.1974 'SPD Parteitag mit Personaldebatte.'

206 Vgl. AHL, SPD, Nr. 43. Rede Geusendam auf KPT vom 13.2.1977.





er mitunter als durchaus wichtige kleine Bausteine auf dem Weg zu dem von ihm favorisierten demokratischen Sozialismus. In diesem Sinne verfasste Geusendam 1968 federführend auch das kommunalpolitische Programm.²⁰⁷

Dabei galt die Kommunalpolitik zuvor als ein klassisches Feld, das auf der allgemeinen Grundlinie des Godesberger Programms als besonders "pragmatisch" gesehen wurde. Für Geusendam sollte der erste von ihm in Lübeck auch als Kreisvorsitzender verantwortete Kommunalwahlkampf nicht mehr nur wie bisher auf der Grundlage von Leistungsbilanzen und Erfahrungswerten der letzten Wahlperioden entworfen werden, sondern auf einem strategischen Zukunftsprogramm aufbauen, das auf einer theoretischen reformsozialistisch-progressiven Basis stand und als allgemeingültiger Orientierungsrahmen auch Grundsatzfragen formulierte. Ein solches "kommunalpolitisches Grundsatzprogramm" gab sich die SPD auf Bundesebene erst auf ihrem Parteitag von 1975.²⁰⁸

Während sein Kieler Parteikollege Luckhardt ein ähnliches kommunalpolitisches Programm später im Alleingang formuliert, lässt Geusendam die Lübecker Distriktionsvorstände an seinen Überlegungen über die sozialdemokratischen Perspektiven der 1970er Jahre von der Vorlage bis zur Beschlussfassung Anteil nehmen. Langfristiges Ziel der Lübecker SPD soll sein, "in klarer Frontstellung zum gesamten konservativ-reaktionären Lager (...) eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen." Aus der Definition von Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik ergeben sich Prioritäten im Bereich der Nahverkehrskonzeption (u.a. das Konzept der autofreien, sanierten Innenstadt und Überprüfung der ÖPNV-Tarife), bei der Konzeption der Schulzentren (Berufsbildungszentren, Gesamtschulen in Moisling und Kücknitz, kooperative Modelle im Grundschulbereich), des "klassenlosen" Krankenhauses, im Bereich der Sozialfürsorge (Ausbau von Alters- und Pflegeheimen, Kindergärten und öffentlichen Schwimmhallen, Ausbau der beruflichen Jungendbildungsarbeit, Hilfsprogramme für alleinstehende Mütter) sowie bei der Ausweitung des Mitbestimmungsrechts bei den städtischen Betrieben und städtischen Kapitalgesellschaften. Aus dem Lübecker Grundsatzprogramm spricht noch ein ausgesprochener Technik- und Fortschrittsglaube: Es sieht etwa ein Kernkraftwerk mit dem Standort Lübeck, später Geesthacht, vor, um eine Versorgung der Stadt mit Atomstrom zu gewährleisten.²⁰⁹

Die schwerere Arbeit lag nach Ansicht von Geusendam aber nicht in der Gestaltung, sondern in der organisationspolitischen Durchsetzung des kommunalpolitischen Programms. Geusendam war auch auf dieser Ebene in erster Linie Parteiorganisator. Sein Arbeitsalltag außerhalb der Normalexistenz bestand daraus, lange im Parteibüro zu sitzen und die Parteiarbeit zu koordinieren. Geusendams Stil war zwar nicht der einer zentralistischen Parteistruktur, hatte aber trotz seines als immer freundlich und gewinnbringend erinnerten Wesens nicht immer etwas mit ausgewiesener demokratischer Willensbildung zu tun: Wer gegen die von ihm mit aufgestell-

207 Mündliche Auskunft Böhrk. **208** Zu den ähnlichen Bemühungen des SPD-Kreisverbandes Kiel vgl. SPD-KV Kiel 1978, S. 24-29.

209 Der Entwurf des kommunalpolitischen Programms an alle Distriktsvorstände vom 2. Juli 1968 findet sich in AHL, SPD, Nr. 80. Die Diskussion, Modifizierung und Verabschiedung des von Geusendam aufgestellten Grundsatzprogramms erfolgt auf den Parteitagen im Februar und November 1970. Vgl. AHL, SPD, Nr. 24 und Nr. 28. Weitere Veränderungen werden auf den Parteitagen vom 28.1.1973 und vom 2.12.1973 vorgenommen. Vgl. ebd., Nr. 33 und 36.

210 Mündliche Auskunft Böhrk. 211 Zitat aus Rede Geusendam auf KPT vom 13.2.1977, in: AHL, SPD, Nr. 43. 212 Vgl. diese Grundsatzrede in Auszügen abgedruckt in: SHP 1969 Nr. 1. Auch ein Bericht über die Arbeit des Kreisvorstands von 1972 stellt die Festigung der Organisationsstrukturen in den Mittelpunkt: "Der Schwerpunkt der kommenden Arbeit für die nächsten Monate bis zur Sommerpause muß die Konsolidierung der Organisation zum Ziel haben, die nach drei Wahljahren mit außerordentlich harten und langen Wahlkämpfen so manche Scharte davon getragen hat." AHL, SPD 18/2000, Nr. 6 Bericht über die Arbeit des KV vom 8.2.1972, ebenso Bericht vom 28.1.1973.

ten innerparteilichen Regelungen verstieß, wer "über die Grenze ging", galt ihm als Querulant, schlimmstenfalls als "Verräter".²¹⁰ In diesem Sinne verstand Geusendam den Parteiapparat wohl auch als Machtwerkzeug.

Noch bei seiner Verabschiedung als Kreisvorsitzender im Februar 1977 sieht er vor allem bei der Parteiorganisation Handlungsbedarf: "Unser Problem liegt darin, daß wir die Ideen, Vorschläge und Probleme nicht konsequent mit ständiger Verbesserung und Verfeinerung der Methoden durchziehen können. Daß uns immer die Puste dabei ausging."211 Bereits seine Rede auf dem Lübecker Kreisparteitag von 1969 liest sich als Grundsatzreferat in Parteiorganisationsfragen. Geusendam betont hier: "Ohne das harte Ringen um die politischen Sachprobleme bleibt die beste Organisationsstruktur eine Form ohne Inhalt." Die kommunalpolitische Arbeit musste für Geusendam auf ein möglichst breites basispolitisches Fundament bauen. Die Partei wisse noch zu wenig "von den 80 Prozent Mitgliedern, die zwar ein Parteibuch besitzt, aber nicht zu den Parteiversammlungen erscheint." Insbesondere die Kontaktpflege außerhalb der Parteiveranstaltungen liege vollkommen brach.²¹² Schon in einer Kreisvorstandssitzung vom 1.10.1967 hat Geusendam als Vorschlag für die konkrete Umsetzung der von ihm eingeforderten parteiorganisatorischen Arbeit eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Partei angeregt. Der Kreisverband soll über die Ortsvereine eine Befragung unter den Lübecker SPD-Mitgliedern nach deren politischen Präferenzen durchführen – hieran und an genauen Wahlanalysen hätte sich die organisationspolitische Arbeit der Kreispartei zu orientieren.213

In den Jahren 1969-1976 ist für Geusendam dabei die fortgesetzte Wahlkampfarbeit und Mitgliederwerbung – "das große Gespräch mit dem Bürger" – eine ganz wichtige Aufgabe, – und zwar auf der Basis des insbesondere mit Hilfe der Jungsozialisten weiter entwickelten kommunalpolitischen Programms. Geusendam kritisiert, dass viele Mitglieder der Fraktion sich anders als die meisten Jungsozialisten seiner Meinung nach nicht angemessen an für ihn wichtigen Aufgaben beteiligten. Dazu zählt er unter anderem regelmäßige Hausbesuche, das Verteilen von Wahlkampfmaterial und Mitteilungsblättern oder die Organisation von Grundsatzdebatten in den Ortsvereinen – insbesondere in Stadtteilen, in denen eine starke SPD-Präferenz, aber eine niedrige Wahlbeteiligung vorliege. 214

Auch der Großteil der von Geusendam nach 1972 im Stil eines Parteisekretärs verfassten Rundschreiben an die Ortsvereine befasst sich mit Fragen der effektiven Parteiorganisation. "Mit der Bitte um Erledigung" ließe sich am Ende der Schreiben jeweils ergänzen. Wiederholt kritisiert Geusendam auch das niedrige Organisationsniveau der Ortsvereine, die Termine nicht einhalten könnten und teils kein Verständnis für die in seinen Augen notwendige breite Kontaktarbeit des Kreisvereins auch im vorparlamentarischen Umfeld, etwa zu den Heimatvertriebenenverbänden, zeigen würden. Sein großzügiges Angebot, Pressemeldungen über den Kreisvorstand bei der

213 Vgl. AHL, SPD, Nr. 102 Angelegenheiten des Kreisvorstandes, u.a. Bildungspolitisches Programm 1970-74 und Bericht über Mitgliederbefragung zu politischen Tagesfragen im KV Lübeck der SPD vom 28.12.1967.

214 Die organisationspolitische Aufgabenstruktur ist skizziert in: AHL, SPD, Nr. 544 und 607. Weitere Hinweise finden sich in: AHL, SPD, Nr. 83. Hierin u.a. Protokoll der Klausurtagung des KV 1. und 2. Februar 1975 in Mölln (Festsetzung von neuen, festen Zuständigkeiten zu den Schwerpunkten: 1. Wirtschaft [Mitbestimmung, berufliche Bildung und Jugendarbeitslosigkeit] - 2. Unser Gegner CDU - 3. Orientierungsrahmen '85) und KV Sitzung vom 23.2.1976. Zwischenzeitlich wird auch eine neue Kreissatzung verabschiedet: Die bedeutsamste neue Regelung ist die Zusammensetzung des Kreisausschusses, der den Parteirat ersetzt und zukünftig zu zwei Dritteln aus gewählten Distriktsmitgliedern und nur noch zu einem Drittel aus Vertretern der Kreisarbeitsgemeinschaften und den Mandatsträgern der Partei bestehen wird. Auch bei den Distrikten, wie die Ortsvereine bis 1972 heißen, ergeben sich Veränderungen. "Stadt-Nord" und "Stadt-Süd" werden zu "Innenstadt", später "Altstadt", zusammengefügt, "Siems" wird aufgelöst - von Kücknitz spaltet sich der programmatisch besonders aktive Distrikt Roter Hahn ab. Vgl. zum letzten Punkt auch Meyenborg 2005, S. 10. KV Arbeit seit 1974 bereits stärker durch Möbusz beeinflusst, der Geusendam 1977 als KV ablöst.

Presse unterzubringen, werde ebenfalls zu wenig in Anspruch genommen.²¹⁵

Trotz der vielseitigen organisationspolitischen Aktivitäten zieht Geusendam 1974 eine negative Zwischenbilanz: Insbesondere die wichtige Informationsarbeit des Kreisverbandes sei wenig zufrieden stellend ausgefallen, nur zähflüssig gelaufen und fortwährend durch die inneren Reibereien der Partei mit der Fraktion torpediert worden: Zwischen den Wahlen hätte die Partei auf große politische Fragen zu spät oder gar nicht reagiert, wenig Ausstrahlung nach außen besessen, zu wenig Vertrauensarbeit geleistet und ihre Botschaften in nur wenig klarer Abgrenzung gegenüber dem politischen Gegner "nicht deutlich genug in das Bewußtsein der Menschen gehämmert" und sich stattdessen "hier und da in eigener Nabelschau" geübt. Des Weiteren wird die eigene rigide Kreisvorstandspolitik des "aus dem Hut Zauberns" innerhalb der Partei als wenig zur emotionalen Identifikation einladend gerügt. Der Vorstand könne seine propagierten Forderungen nach einer ausgeweiteten innerparteilichen Diskussion und einer umfassenden Informationspolitik auf gleicher Augenhöhe anstelle einer "Politik hinter verschlossenen Türen" nicht nur gegenüber den Ortsvereinen nicht immer einhalten.²¹⁶

Die hier kritisierten Zustände drücken sich auch in der Entwicklung der Mitgliederzahlen des Kreisverbandes aus: 1969 fällt die Zahl der Mitglieder von 3645 auf 3618. Im Zuge des Regierungswechsels in Bonn und einer Demokratisierungseuphorie gewinnt die SPD auch in Lübeck unter jungen Parteimitgliedern und Frauen Sympathien, Wähler und auch neue Mitglieder. Doch hält der negative Gesamttrend vor allem nach dem Abebben der Begeisterungswelle für Willy Brandt auch in den Folgejahren an: Der Mitgliederstand der SPD Lübeck fällt allein 1971 weiter auf 3572.

Die Unzufriedenheit mit der Politik der SPD-geführten Bundesregierung unter Helmut Schmidt nach dem Rücktritt Brandts nimmt an der Parteibasis noch zu und findet – gepaart mit der seit 1972/73 kontinuierlich fortschreitenden Zersplitterung des Kreisverbandes – in weiteren Austritten ihren Niederschlag. So konstatiert für die Jusos Christian Blandow nach einer erneuten Austrittswelle zu Beginn des Jahres 1976, dass im Vorstandskollektiv der Jungsozialisten zwei Stellen nicht besetzt werden können.²¹⁷

Geusendam versucht erfolglos, diesem Trend entgegenzuwirken, wenn er bei seiner Verabschiedung aus dem Kreisvorsitz 1977 bekennt: Wichtig sei nicht der Unterschied zwischen dem Brandt- und dem Schmidtlager. Das innere Problem der Partei liege "nicht zwischen 'rechts' und 'links', sondern im Verhältnis der Angepassten zu denjenigen, die noch etwas erreichen wollen. (...) Es ist schon unendlich viel gewonnen, wenn unsere Mitglieder sich in dieser Partei wohlfühlen, wenn sie sich als Mensch und Genosse geachtet und beachtet fühlen, wenn sie merken, dass sie gebraucht werden und dass der 'kleine' Zettelverteiler genauso wichtig ist wie der 'große' Mandatsträger'". Die Partei müsse für jedes Mitglied nicht nur eine Aufgabe bereithalten, sondern auch die Möglichkeiten zu seiner politi-

215 Vgl. AHL, SPD, Nr. 43. Rede Geusendam auf KPT vom 13.2.1977. Zum Engagement Geusendams bei der Verteilung von Informationsmaterial bei den Heimatvertriebenen vgl. auch mündliche Auskunft Busack.

216 Vgl. Artikel von Geusendam "Zum Erfolg verpflichtet", in: Nr 1/74 eines zwischenzeitlich vom Kreisverband herausgegebenen Mitteilungsblattes, u.a. in: AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1515. Kritik an der Vorstandsarbeit auf der Klausurtagung des KV vom 1./2. Februar in Mölln, in: AHL, SPD, Nr. 83. Geusendams Führung des Kreisvorsitzes stand offenbar zum Teil tatsächlich im Widerspruch etwa zu seiner auf dem Kreisparteitag vom 28. Mai 1967 nach seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden gehaltenen Grundsatzrede unter dem Motto "Partner nicht Watschenmann". Zitiert in: AHL, SPD, Nr. 101. Angelegenheiten des Kreisvorstands.

217 Die Angaben sind den Kreisparteitagsprotokollen entnommen. Vgl. u.a. AHL, SPD, Nr. 26, 28 und 29.



schen Weiterbildung ausweiten. Es ist nicht nur politische Propaganda, sondern auch ehrliche Überzeugung Geusendams, wenn er am Ende seiner Rede fordert, "für alle, mit denen wir es innerhalb und außerhalb der Partei zu tun haben, ein warmes Herz" zu haben.²¹⁸

Geusendam hat, als er den Lübecker Kreisvorsitz 1977 verlässt, eine Menge für die Partei geleistet: Die über Jahre schwelenden innerparteilichen Konflikte sind grundsätzlich geregelt und die Partei nach innen wieder gefestigt. Die Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber den Mitgliedern der Dr. Julius Leber-Gesellschaft und die Enttäuschung innerhalb der Partei nach den verlorenen Kommunalwahlen von 1974 sind grundsätzlich überwunden; auch der gewerkschaftsnahe Arbeitnehmerflügel kann wieder stärker in die Partei eingebunden werden. So stellt die Klausurtagung des Kreisvorstands im Februar 1975 fest, dass die Kreispartei auf einem guten Weg sei, Solidaritätsstrukturen wieder neu auszubilden und sich von der "Kopf-ab"-Methode der Vorjahre zu verabschieden.²¹⁹

Geusendam hinterlässt seinem langjährigen Stellvertreter Rüdiger Möbusz, der die Machtverlagerung innerhalb der Partei vom Rathaus hin zum Parteibüro noch zusätzlich festigen wird, einigermaßen stabile innerparteiliche Verhältnisse und ein fundiertes, ständig weiterentwickeltes kommunalpolitisches Programm. Für die weitgehend erfolgreiche Arbeit Geusendams als Kreisvorsitzender sind auch seine Kontakte zur Bundespartei nach Bonn verantwortlich gewesen, die sich über seine verlegerische Tätigkeit früh ergeben haben: Allein 1968 sprechen mit dem Minister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner, dem Justizminister und späteren Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann, Wohnungsbauminister Dr.

Bundestagswahlkampf 1972. Brandt spricht in der überfüllten Lübecker Hansehalle. Nach hasserfüllten verbalen Angriffen gegen die Ostpolitik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Brandt waren nun in Lübeck Morddrohungen eingegangen, daher steht eine Schutzwand für Brandt während seiner Rede (rechter Bildrand).

218 AHL, SPD, Rede Geusendams auf dem KPT der Lübecker SPD vom 13.2.1977.
219 Vgl. Bewertung der Vorstandsarbeit auf der Klausurtagung des KV vom 1./2. Februar in Mölln, in: AHL, SPD, Nr. 83. Grundsätzlich positive Einschätzung der innerparteilichen Situation innerhalb der Lübecker SPD auch durch die "Lübecker Nachrichte" vom 15.2.1977 – "Harte, aber faire Debatte" mit Kommentar Schönherr.

Lauritz Lauritzen und Verkehrsminister Georg Leber vier Bundesminister in Lübeck noch vor Beginn der "heißen" Wahlkampfphase. Auch die Wahlbilanz der SPD in den Jahren unter Geusendams Führung verantworteten Jahren kann sich, sieht man einmal vom niederschmetternden Ergebnis der Kommunalwahlen von 1974 ab, durchaus sehen lassen: 1969 gewinnt die SPD in Lübeck mit ihrem Kandidaten Björn Engholm erstmals das Direktmandat, bei der Bundestagwahl von 1972 gewinnt sie 54 Prozent, 1976 immerhin noch über 51 Prozent der Erststimmen. Bei den Landtagswahlen von 1971 kann sie ihr Wahlergebnis gegenüber 1967 leicht verbessern. 1975 wird sie mit 46,2 Prozent der Stimmen in Lübeck erstmals bei einer Landtagswahl stärkste Partei, bei der Kommunalwahl kann sie die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft trotz eines 1,3-prozentigen Stimmenverlustes immerhin halten.

Die Stimmung bei Geusendams Verabschiedung 1977 ist denn auch nicht bedrückt oder verbittert, sondern auf die vor der Partei liegenden Aufgaben konzentriert. Auch Geusendam stellt sich – für ihn typisch – nicht in den Vordergrund, sondern verabschiedet sich mit einer engagierten, eindringlichen, politisch kraftvollen Grundsatzrede, die neben einer festen Parteiorganisation vor allem auch eine stärkere Beschäftigung mit den großen bundespolitischen Themen auch in der Kommunalpolitik einfordert.²²⁰

IV. "Politik (...) von einer linken Position, kann der Einzelne (...) nur machen, wenn er Menschen um sich hat, auf die er sich verlassen kann." – Willi Geusendam als stellvertretender Landesvorsitzender 1969-1973. Auch in seiner Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender ist es eher die im Hintergrund geführte organisatorische Arbeit, die Wilhelm Geusendams Wirken im Landesverband nach außen auszeichnet und deretwegen er von seinen Zeitgenossen geschätzt wird: "Geusendam ist eine der politischen Persönlichkeiten, die hinter dem Rampenlicht der Tagespolitik stetig den Versuch unternehmen, Ideen weiterzuentwickeln und auf der anderen Seite beherzt zuzugreifen, wo praktische und Organisationsarbeit erforderlich sind. "221 Vielleicht erscheinen seine Leistungen auf dem Gebiet der Programmatik und Leitideologie schleswig-holsteinischer Sozialdemokratie, die Geusendam durchaus an den entscheidenden Stellen im Laufe seiner Karriere erbracht hat, deshalb verhältnismäßig bedeutungslos, weil sie nicht unbedingt in sein "Ressort" und seinen offiziellen, gewohnten Aufgabenbereich fallen. Wahrscheinlich, gerade auf Landesebene, jedoch deshalb, weil sein Wirken neben dem des Landesvorsitzenden Steffen, der in diesem Bereich hauptsächlich zuhause war und eine überaus dominierende Stellung neben dem zurückhaltenden, eher reservierten Geusendam einnimmt, doch etwas verblasst. Man wird dennoch feststellen, dass neben der organisatorischen Parteiarbeit sowohl die kleinschrittige Kommunalpolitik, als auch die Formulierung größerer ideologischer Rahmenideen und -ziele sozialdemokratischer Politik Geusendams Sache durchaus waren. Im Idealfall – und so verhält es sich eher auf Kreisebene – fügen sich

220 Die Grundsatzrede, aus der bereits mehrfach an unterschiedlichen Stellen zitiert wurde, findet sich in: AHL, SPD, Nr. 43. Vgl. auch die Kommentierung in LN vom 15.2.1977 — 'Beim Abschied weitere Zielrichtung angezeigt'

221 Aus: Willi Geusendam wird 65, SPD Termine, SPD Fraktionsarchiv Lta, Biographie Geusendam beide Elemente für ihn zu einem demokratisch-sozialistischen Reformkonzept zusammen, wobei der Einfluss auf Landesebene unter dem "roten Jochen", zumal als Oppositionspartei, natürlich geringer einzuschätzen ist.

Man wird Wilhelm Geusendam auch auf Landesebene kaum gerecht, wenn man ausschließlich sein pragmatisches Wirken nach innen in die Partei, seine Aufgaben als "Technokrat" und Verwalter der "Organisation SPD" zitiert.²²² Wie auch im Kreisvorstand wirkt er in Kiel als Integrationsfigur und Moderator zwischen den Fronten "dicht an Steffen dran". 223 Besonders in Krisenzeiten hält er aus und steht, den Überblick, den Zusammenhalt, das Wohl seiner Partei und die soziale Moral im Auge behaltend, häufig noch da, wenn viele aufgegeben haben. Wahrscheinlich sind es diese Eigenschaften, die Steffen an seinem nächsten Verbündeten lobt, wenn er an ihn adressiert: "Politik aus exponierter Stellung und gerade in dieser Gesellschaft von einer Linken Position, kann der einzelne, dessen sich dann die Maschine der Publizistik bemächtigt, nur machen, wenn er Menschen um sich hat, auf die er sich verlassen kann."224 Somit wird klar, dass auch das gute Funktionieren des Vorstandsgespanns Steffen - Geusendam, die gegenseitige Ergänzung und ideologische Gleichgesinntheit zum Erfolg und Einfluss des letzteren auf Landesebene beiträgt.

IV.1 Die politische Situation während der sechsten Legislaturperiode (1967-1971) in Schleswig-Holstein. Nach der Landtagswahl vom 23. April 1967 befindet sich die SPD zum wiederholten Mal mit 39,4 Prozent der Stimmen in der Opposition. Die CDU hingegen wird mit 46 Prozent die stärkste Kraft in Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit der FDP, die 5,9 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen kann, stellen die Christdemokraten, wie bereits in beiden vorangegangenen Legislaturperioden, die Regierung. Der SSW, die parlamentarische Vertretung der dänischen Minderheit und eines Teiles der friesischen Volksgruppe, behält seinen Sitz. Doch auch vier Abgeordnete der rechtsextremen NPD ziehen mit 5,7 Prozent der Stimmen in den Landtag ein.

Auf Bundesebene übernimmt die SPD erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Regierungsverantwortung. Die Große Koalition in Bonn, mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt, begünstigt wohl diese Erfolge der rechtsextremen Parteien, da mit der FDP als einzig verbliebener Oppositionspartei nur noch ein sehr schwacher parlamentarischer Gegenpol existiert. ²²⁵ Wohl in keinem Landesverband der SPD formiert sich der Widerstand gegen die Entwicklung der Bundesregierung so stark wie in Schleswig-Holstein. Insbesondere die Schleswig-Holsteiner Jusos aus allen Parteigliederungen formulieren einhelligen Protest und sind "wieder einmal dagegen", als es nach der Bundestagswahl im Spätsommer 1967 zu Verhandlungen zwischen SPD und CDU kommt. ²²⁶

222 Vgl. Jochen Steffen: "Eine Organisation ist Technik und Verwaltung."
223 Mündliche Auskunft Jansen
224 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1095,
S-H Post Nr. 1/2 1973: Programmatische
Rede des Landesvorsitzenden Steffen.
225 Vgl. Danker, Uwe: "Wir machen die
Zukunft wahr!" Landespolitik in den 70er
Jahren, Ära Stoltenberg-Steffen, in: Jahrhundertstory Bd. 2, Flensburg 1999,
S. 228-230.

Bild rechte Seite: Wilhelm Geusendam etwa um 1970

Aber auch die seit 1966/67 aktive Außerparlamentarische Opposition (APO) wächst aufgrund der Unzufriedenheit mit der Bundespolitik stetig. Die politische Konstellation des großen Machtblocks und die von der neuen Regierung angestrebte Durchsetzung der umstrittenen Notstandsgesetzgebung führen bei Teilen der Bevölkerung zu einem Gefühl der Ohnmacht und Einflusslosigkeit. In der Öffentlichkeit wird vorrangig die Frage diskutiert, wie groß einerseits die Machtbefugnisse der Regierung sein dürften und wie viel Freiheit dem demokratischen Bürger andererseits gewährleistet werden müsse. Ausgetragen wird diese Debatte nicht mehr ausschließlich wie bis dato gewohnt von den gewählten Volksvertretern im Parlament, sondern vor allem auf der Straße, in den Unis und innerhalb politischer Bürgerinitiativen. Neben der Notstands- und der Hochschulgesetzgebung bewegen die Anhänger der studentischen APO aber vornehmlich der Vietnamkrieg und die Ablehnung "bürgerlicher" Lebensformen.²²⁷ Die allgemeine Aufregung erreicht auch Schleswig-Holstein und seinen Landtag. Zwar agiert die APO im nördlichsten Bundesland erst schleppend ab 1967, doch entstehen auch in Kiel Protestbewegungen, in denen vor allem die Studenten Neuerungen und Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen fordern.²²⁸ Schließlich gibt es aus den Reihen der eigenen Partei unter der Fahne des 1965 zum Parteivorsitzenden gewählten Jochen Steffen gerade in Schleswig-Holstein bereits einiges an Kontra gegenüber der sonst eher homogen agierenden Gesamt-SPD.

IV.2 Das Gespann Steffen – Geusendam: Kompetenzverteilung im Landesvorstand. Der Landesparteivorsitzende Joachim Steffen wird wegen dieser häufigen Störungen der parteiinternen Harmonie und Einigkeit in seiner Heimat vielerseits – und mit unterschiedlicher Intention – als der "rote Jochen" tituliert. Bei der Wahl 1967 tritt er als frisch designierter Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer das erste Mal gegen Lemke für das Amt des Ministerpräsidenten an.

Einem späteren Kommentar Willi Geusendams zufolge bringt Steffen mit seinem Amtsantritt "neuen Schwung in die politische Arbeit der Parteiorganisation"229. Dennoch setzt sich der von Steffen verfolgte linke Kurs in der schleswig-holsteinischen Landespolitik erst nach der verlorenen Landtagswahl im April 1967 durch. Der ehemalige Journalist, der wie Geusendam vor allem in der SPD-Parteipresse wirkte, gilt als sehr charismatisch, rede- und schreibgewandt und begreift sich selbst als Marxist, gleichzeitig aber auch als Antikommunist.²³⁰ Als publizierender Theoretiker entwirft Steffen mit analytischem Scharfsinn Modelle und Visionen vom gesellschaftlichen Wandel: 1968 erklärt er den demokratischen Sozialismus für machbar. Die Demokratisierung der Wirtschaft würde die verstärkte Mitbestimmung in der Gesellschaft ermöglichen: "Viele spotten heute über den Traum einer sozialistischen Gesellschaft. Laßt sie spotten! ... Aber heute, heute haben wir die Möglichkeit der Produktion so entwickelt und das Wissen um das Machbare so erweitert, daß eine sozialistische Gesellschaft in Freiheit nicht nur

226 Vgl. Rolf Selzer: Stiernackige, profilierte Dickschädel. Hintergründiges über SPD- Lichtgestalten aus der Provinz im Norden, S.17

227 Vgl. Nowottny, Eva: "Es geht um ein völlig gleichberechtiges Neben- und Mitein ander..." Kurt Hamer – Schwerpunkte, Standpunkte, Entwicklungen, in:
Danker/Nowottny (Hg.): Kurt Hamer.
Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter, Malente 2003, S. 14-15
228 Vgl. Danker, Uwe: APO in Schleswig-Holstein, in: Jahrhundertstory Bd. 1, Flensburg 1998, S. 208-228.

230 Vgl. Nowottny 2003, S. 15

1985, S. 148



denkbar, sondern tatsächlich zu gestalten ist."231 Steffen ist ein "Wahrheitsfanatiker"²³², der immer in direktem Ton seine Ideen und Modelle vor jedermann und in aller Schärfe zu vertreten weiß. Auch innerhalb der SPD ist er für die hemmungslosen Beiträge zur Parteiprogrammatik und -politik berüchtigt und sorgt immer wieder für Impulse und Belebung der Debatten um die Ziele sozialdemokratischer Politik. Zugleich ist sich Jochen Steffen der Tatsache bewusst, dass die erfolgreiche Führung und Präsenz einer Partei nicht ausschließlich durch seine dominierende Stellung funktionieren kann. Der Typ Steffen verlangt geradezu nach Stellvertretern, die nicht bloß für eine gut funktionierende Organisation, die Finanzen und den "Kleinkram" sorgen, sondern auch eine Mittlerrolle für Äußerungen, für das neue Selbstverständniss und den politischen Kurs von Jochen Steffen gegenüber den übrigen Parteigliedern, den Geschäftsstellen und Gremien, und in Teilen auch der "Öffentlichkeit" dort übernehmen, wo Steffen etwas der Takt und die Ruhe fehlen. So ist es mit dem Eintritt Geusendams in den Parteivorstand bereits gute Tradition, dass sich eine einvernehmliche, auf gegenseitige Ergänzung bedachte und vertraulich abgestimmte Parteispitze überaus kritisch und konfliktorientiert am Diskurs über die ideellen und pragmatischen Grundlagen der Gesamtpartei beteiligt und auf möglichst breiter Basis die radikale demokratisch-sozialistische Reformpolitik vertritt.

Wilhelm Geusendams politischen Werdegang, der ihn nach einigen Jahren kreispolitischer Tätigkeit auch in die nächsthöhere Instanz, die Landespolitik, führt, beschreibt folgendes Zitat, welches er retrospektiv im Jahre 1985 formuliert: "Da Bekennen für mich auch immer zugleich Handeln hieß und Aktivität das Vertrauen Gleichgesinnter schafft, wurde ich rasch in verantwortliche Funktionen gewählt."233 Dies geschieht auf dem ordentlichen Parteitag der SPD am 22. und 23. März 1969, auf dem Jochen Steffen erneut zum Vorsitzenden, Wilhelm Geusendam als sein erster Stellvertreter, und der Landesvorsitzende der Jusos, Günther Jansen, als zweiter Stellvertreter in den Landesverband der Schleswig-Holsteinischen SPD gewählt werden und damit die bisherigen Stellvertreter Gerhard Strack und Kurt Schulz, die in den Jahren 1967 bis 1969 die Position Steffens als Vorsitzenden gefestigt und eine kontinuierliche, stabile Parteiorganisation etabliert hatten, ersetzen. Die beiden letzteren waren zuvor auf Betreiben der Jusos, die auf einen inhaltlichen und personellen Wandel in der Partei drängten, dem Unvereinbarkeitsbeschluss von Amt und Mandat zum Opfer gefallen. Die dahingehend reformierte Landessatzung der SPD ist denn auch der Anlass für Streitigkeiten zwischen den Jusos im Landesverband und dem Vorsitzenden Steffen auf dem Landesparteitag 1969, in dem Willi Geusendam als Mitglied des Vorstandes erstmals als direkter Vermittler erfolgreich auftritt. So wird unter seiner Federführung als Alternative zum angedrohten Rücktritt Steffens eine ablehnende Erklärung des Landesvorstands zum entsprechenden Paragraphen verfasst, die dem Vorsitzenden einen "Rückzieher" ohne Prestigeverlust ermög-

231 Rede von Joachim Steffen auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1968, in: Danker, Uwe: Jahrhundertstory Bd. 2, Flensburg 1999, S.244-245.

232 Selzer, S. 12

233 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 149 licht. Schon hier kündigt sich das Talent Geusendams an, auch auf Landesebene und in seiner zukünftigen Position als "politischer Trainer und geschäftlicher Manager des Landesvorsitzenden" zu wirken. ²³⁴

Sicherlich ist auch der seit der Landtagswahl 1967 zunehmend linke Kurs der Landes-SPD unter Oppositionsführer Steffen ein begünstigender Faktor für die Nominierung des Vorsitzenden durch den ebenfalls bekanntermaßen links ausgerichteten Kreisverband Lübeck.²³⁵ Aber nicht nur "Bekenntnis" und "Handeln" beeinflussen Geusendams Weg in die Landespolitik. Auch Joachim Steffen mit seiner Visionen einer freien sozialistischen Gesellschaft übt eine gewisse Anziehungskraft auf ihn aus: "Was es mir erleichterte, auch die Aufgabe des stellvertretenden Landesvorsitzenden wahrzunehmen, war die unbestrittene Führung und Prägung des Landesverbandes durch Jochen Steffen."236 Vor allem die Übereinstimmungen in ideologischen Leitideen - beide streiten für ihre Idee des demokratischen Sozialismus – bilden die Grundlage für eine harmonierende Zusammenarbeit zwischen Steffen, Geusendam und Jansen im Landesvorstand. Neben Steffen als "aufgeklärtem Marxisten", mit seiner öffentlich vehement vertretenen konsequenten Linie, wirkt "Willi" komplementär wie ein "Korrektiv" mit seiner wohlfeilen Ausarbeitung der Programmatik und einem pflichtbewussten Führungsstil.²³⁷ "Geusendam verhalf mit seiner natürlichen Autorität und der Kraft seiner Argumente manchen Ideen zur praktischen Durchführung. Überlegungen, die zunächst als 'blanke Theorie' in der Partei und besonders auch in der Öffentlichkeit abgetan werden", erinnert sich der damalige Landesgeschäftsführer Rolf Selzer.²³⁸

Die Aufgabenverteilung im Vorstand ist klar gegliedert: Wie auch schon in anderen Lebensabschnitten und Wirkungsbereichen – in der Funktion als Chefredakteur des "Lübecker Morgens" etwa, in der Geusendam zurückhaltend wirkt und unter der Oberfläche die Fäden zieht – fungiert er eher im Hintergrund. Dies zeigen unter anderem auch die Protokolle von Landesvorstandssitzungen, in denen thematische Wortbeiträge Geusendams nur sehr sporadisch auftauchen, er aber in der Funktion des Organisators häufig die Versammlungsleitungen übernimmt und nachweislich an entscheidenden Stellen konstruktiv tätig wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Willi Geusendam das am wenigsten fehlende Landesvorstandsmitglied ist. Nur zweimal nimmt er an diesen Zusammenkünften, trotz seiner weiteren Verpflichtungen als Lübecker Kreisvorsitzender, im Verlagswesen sowie als Angehöriger des Parteirates und der Kontrollkommission unter Herbert Wehner auf Bundesebene, in seiner gesamten Schaffenszeit nicht teil. Hierbei werden das große Verantwortungsbewusstsein, die Zuverlässigkeit und der politische Tatendrang Geusendams erkennbar. Er erscheint geradezu als permanentes Vorbild, besonders für die oftmals stürmischen "jugendlichen" Parteifunktionäre, wenn sich Zeitgenossen anerkennend an sein Engagement in der Landesgeschäftszentrale, die er routinemäßig mindestens zwei- bis dreimal in der Woche aufsucht, erin-

234 Vgl. Selzer, S. 16 235 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0478, S-H Post Jg. 1965: Berichte zum LPT Travemünde.

236 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 149 **237** Mündliche Auskunft Jansen

200 C. L. C. 17

238 Selzer, S. 17

nert. Besonders anhand der montäglichen Vorstandssitzungen der Geschäftsführung wird der Stand Geusendams deutlich, wenn er und Geschäftsführer Selzer häufig in Abwesenheit von Steffen und Jansen die Beschlüsse zu fassen haben. Steffen schenkt ihm in Fragen der Parteileitung vollstes Vertrauen und hat nie einen der hier entstandenen Beschlüsse hinterfragt: "Montags war Geusendam Geschäftsführer"239. Unangefochten kann Geusendam seine parteiorganisatorischen und programmatischen Konzeptionen, die er als "pragmatischer Assistent" Steffens ausgesprochen ernst nimmt, gegenüber den Mitverantwortlichen durchsetzen. Geusendam tritt hier – im Unterschied zu seinem Vorsitzenden, der häufig "in abstrakteren Sphären" dachte und handelte – überaus glaubwürdig, transparent und realistisch auf und ist innerhalb der Führungsgremien in der Lage, Mehrheiten und Kollektive auf seine Linie zu vereinigen. So präsentiert sich die Landes-SPD dieser Zeit nach außen mit ungewöhnlich stabiler Geschlossenheit: "Was [vom Vorstand] beschlossen wurde, wurde befolgt". ²⁴⁰ Besonders in Zeiten des Wahlkampfes entpuppt sich Geusendam für den Landesvorstand bereits früh als zielorientierter, überzeugender Redner, der in den Gremien für Geschlossenheit und Konsens sorgt.

In einem Rundschreiben des SPD-Landesverbandes anlässlich des 65. Geburtstages Geusendams ist zusammenfassend zu lesen: "Er bekleidete nie ein Mandat und war dennoch eine politisch derart herausragende Gestalt, daß festgestellt werden kann, daß das Profil der schleswig-holsteinischen SPD im wesentlichen von Geusendam als Zuarbeiter zu dem ehemaligen Landesvorsitzenden Steffen geprägt wurde. "241 Diese Aussage lässt die Schlussfolgerung zu, dass Wilhelm Geusendam maßgeblichen Anteil an der Entwicklung von sozialdemokratischen Programmen und richtungweisenden Reformen besitzt. Dies zeigt unter anderem auch folgende Anekdote: Während eines Spazierganges in der Dünenlandschaft St. Peter-Ordings diskutieren Willi Geusendam und Jochen Steffen rege über die politische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Als Geusendam nun in diesem Zusammenhang die Vergesellschaftung der Banken vorschlägt, ist Steffen "darüber keineswegs beglückt", "ihm schmeckte das nicht sonderlich"242. Dennoch tut er diese Idee nicht ohne weitere Gedanken ab. Auf dem folgenden Landesparteitag in Eckernförde tritt er laut den Kieler Nachrichten nämlich exakt für diesen Gedanken ein: "Es ist der 'rote Jochen', der eine Verstaatlichung des Bankapparates nicht von der Hand weist und in einem solchen Schritt durchaus nützliche Folgen sieht."243

Als Theoretiker und "Reform-Sozialdemokrat" befruchtet Geusendam aber nicht nur im Zwiegespräch mit Steffen die Parteiarbeit. Er ist unter anderem auch für die Formulierung der vom Landesvorstand gestellten Anträge mit verantwortlich. So regt Geusendam gemeinsam mit seinem Vorsitzenden immer wieder landesweite Grundsatzdebatten zum Problem der ideologischen Ausrichtung der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie, insbesondere seit Godesberg, an. Der dabei von ihm stellvertretend konstituierte Kurs der

239 Mündliche Auskunft Jansen 240 Fhd

241 Aus: Willi Geusendam wird 65, SPD Termine, SPD Fraktionsarchiv Lta, Biographie Geusendam

242 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 150

243 Zitiert nach: KN vom 26. Februar 1973: Steffens Kurs bestätigt

staatlichen sozialen Regulierung und Investitionslenkung, den Geusendam über Jahre verfolgt, wird auch nach seiner Zeit noch unter Jansen als Vorsitzendem weitergeführt.²⁴⁴ Geusendam äußert sich mehrfach in Grundsatzdebatten zur Grobausrichtung sozialdemokratischer Politik, indem er sich klar sowohl vom konservativen Spektrum, das dem "Sozialfaschismus" der Union in die Hände spiele und als "größte Bedrohung" bei der Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele anzusehen sei, als auch von "Linksextremisten", wie Bünemann und einigen Jusos distanziert, wobei er sich nochmals klar gegen plumpem "Antikommunismus" verwahrt: "Unser Weg ist der demokratische Weg, unser Ziel ist eine Gemeinschaft, in der jeder frei atmen und sich frei entfalten kann."²⁴⁵ Die Weltanschauung des demokratischen Sozialismus, die sich gleichermaßen in der Kommunalpolitik widerspiegeln soll, basiert somit auf den Grundwerten "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität". Geusendam schlägt bereits 1971 sogar vor, neben einer Kommission für das politische Langzeitprogramm auch ein Gremium für die Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen der Ideologisierung und Werten für die sozialdemokratische Politik ins Leben zu rufen.²⁴⁶

Tatsächlich hadern die Sozialdemokraten um Jochen Steffen vor Geusendams Amtsantritt mit ihrer ideologischen Zukunft: In einem Manuskript Steffens zur Parteiorganisation vom Oktober 1967 klingt die Diskussion um den Kurs der SPD als Mitglieder- oder als Wählerpartei an. Steffen beklagt den "Verlust von Klassenbewußtsein und Identität" seit 1959, der eine verstärkte Informationspolitik und politische Bewusstseinsbildung unter den Mitgliedern und Wählern notwendig mache, ohne dass die Partei zu sehr in "politische Onanie", in die innere, isolierte Diskussion verfallen dürfe. Polarisiert würden die innerparteiliche Situation und der politische Kurs auch durch den Konflikt der "Jungen", "die Politik als Showgeschäft" betrachteten und den "Alten", die "bürokratischen Sachfanatismus" betreiben würden. Hier sei laut Steffen eine "Perspektive", ein politisches Langzeitprogramm mit einer Theorie von Wirtschaft und Gesellschaft vonnöten, um den Tatendrang der "Jungen" konstruktiv und parlamentarisch zu kanalisieren und den Generationenkonflikt mit konservativen Kräften innerhalb der Partei nicht eskalieren zu lassen.²⁴⁷ Raum für "systemüberwindende" Ideen und eine tolerante, ausgleichende Mitgliederpolitik unter Ausschöpfung der unterschiedlichen Potentiale sollen gleichermaßen den innerparteilichen Kurs bestimmen.

Um den hier festgestellten organisatorischen und informationspolitischen Bedarf der "SPD-Innenpolitik" zu decken und das funktionelle Vakuum zu füllen, fehlte offenbar ein Politiker mit den
Kompetenzen Wilhelm Geusendams, der für derartige Aufgaben geeignet schien und Erfahrung mit dieser Form von Parteiführung aus
seinem Kreisverband mitbrachte. Geusendams eingehende Auseinandersetzung mit dem von ihm charakterisierten "jugendlichen Aktiv", welches utopisch auf Prinzipien der Selbstbestimmung und
Selbstbehauptung basiere und die Wahlprogramme stets kritisch zu

244 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0997, Protokoll Parteiratssitzung vom 17.5.1977.

 Ebd., Nr. 1095, S-H Post Nr.1 1972 Ebd., S-H Post Nr. 3/4 1971 AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0961, Handakten Steffen. begutachten wisse, weisen ihn als verständnisvollen, weitsichtigen Menschen mit Sinn für den Organismus einer Partei aus.

Gerade Geusendams Bevorzugung des informationspolitischen Bereichs ist natürlich im Zusammenhang mit seiner aktiven Verlagstätigkeit bei den SPD-Organen zu sehen. ²⁴⁸ Um in dieser Richtung neuen Schwung und mehr Handlungsfähigkeit in den Landesvorstand zu bringen, in dem Steffen bisher noch von älteren Genossen aus der Zeit von Walter Damm flankiert wird, einigt man sich dann in Tönning 1969 auf die Stellvertreter Geusendam und Jansen. ²⁴⁹

Die starke Betonung der Programmdiskussion der Sozialdemokraten, so wird es Günther Jansen später als Nachfolger Steffens andeuten, ist in der Tat ein inhaltliches politisches Charakteristikum der Ära Steffen-Geusendam, welches auch für die Folgezeit grundsätzliche Maßstäbe setzt. ²⁵⁰ Freilich versuchen sowohl Steffen, als auch Geusendam ihre demokratisch-sozialistischen Ideen innerhalb der SPD auch in eine handfeste (Kommunal-) Politik der kleinen Schritte, in ein linkes reformpolitisches Gesamtkonzept einzubinden. Größter Strukturpfeiler dieser auswärtsgewandten Politik sind die öffentlichen Einrichtungen von Bildung, Gesundheit und Ver- bzw. Entsorgung, über deren Gestaltung politisch Einfluss auf "das System" genommen werden solle.

Ein spezielles Aufgabengebiet und typischer für Geusendam als die Auseinandersetzung mit tagespolitischen Sachthemen ist die Organisation und Leitung der Wahlkämpfe und der damit zusammenhängenden Propaganda, Organisation, Information und Kommunikation.²⁵¹ Bei ihm laufen die Fäden der Beteiligten zusammen und so tritt er häufig als Mann mit dem organisatorischen "Überblick" und als Vorsitzender der entsprechenden Kommission in Szene. Geusendam liegt es am Herzen, den linken Kurs und die ausgearbeiteten Entwürfe und Anträge flächendeckend in der Basis zu verbreiten und Kommunikationsstrukturen innerhalb der Partei durch die Optimierung der Presseorgane und Rundbriefe zu verbessern. Hierzu zieht Geusendam unter anderem Umfragen zu Rate, die zu erkennen geben, dass über den Informationsfluss viel Unmut herrscht (nämlich bei ca. 90 Prozent der Parteimitglieder). "Die SPD hat zu viele Ideen und zu wenig Apparat", so sein Fazit nach der Begutachtung der Stimmungslage und Situation in Schleswig-Holstein. Außerdem scheinen ihm politische Grundsatzdebatten an den Mitgliedern der Basis vorbeizugehen, bei denen er in weiten Teilen eine zu "konservative Grundeinstellung" konstatiert.²⁵² Die von ihm entworfene Teil-Neuorganisation des Landesverbandes sieht für sein Ressort die Eingliederung von drei Referaten vor, die zugleich das Spektrum seiner Aufgabenfelder umreißen: Schulung, Bildung, Training – parteiinterne Kommunikation und Information – Publikationsmaterial, Massenmedien, Öffentlichkeitsarbeit. 1974 freut sich Geusendam über die Ergebnisse seiner Arbeit: "Unsere Parteiorganisation ist intakt", um dann jedoch auch zu kritisieren, dass es schwer falle, durch reine Informationsarbeit wirkliches Vertrauen der Mitglieder zu mobilisieren.

248 Ebd., Nr. 1044, Sitzung am 8.11.1971.

249 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0980, S-H Post Jg. 1969

250 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0895, S-H Post Jg. 1974: Jansen möchte zwar "keinen Bruch mit der Grundsatzlinie" und die "Qualität von Klasseninteressen" in der Politik beibehalten. Er warnt aber vor zu vielen theoretischen Grundsatzdebatten, die ein schlechtes, weil unproduktives Bild in der Öffentlichkeit erzeugen würden. 251 Vgl. u.a. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1012, Protokolle Landesvorstandssitzung, 11.9.1973, vgl. auch Nr. 1044, Sitzung vom 6.12.1971.

252 AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1366, Organisationskommission.

1972 tritt er von seiner Funktion in der Wahlkampfkommission zurück und Björn Engholm übernimmt gemeinsam mit Günther Jansen die Leitung des Gremiums. Gleiches gilt für die Organisationskommission, der Geusendams vehementester Kritiker in der Landespolitik, Norbert Gansel, in Zukunft vorsteht.²⁵³ Gansel hat schon früher Kritik an der Leitung des SPD-Verlagswesens und der damit zusammenhängenden internen Informationspolitik Geusendams geäußert. Die beiden treten erneut für konträre Positionen ein, als es um die Nachfolge der Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 1975 geht. Ganz ähnlich wie in der Debatte um das imperative Mandat im Lübecker Kreisverband vertritt Geusendam die Auffassung, dass vom Grundsatz her die Partei und nicht die Fraktion über den Spitzenplatz zu entscheiden habe. Dementsprechend beschließt der Landesvorstand die grundsätzlich bindende Kraft seiner Beschlüsse "für alle seine Mitglieder". Gansel kritisiert darauf hin – ganz wie die Kritiker in Lübeck – dass die "selbstkritische innerparteiliche Demokratie" durch eine derartige Beschlussbindung beeinträchtigt sei, und behält sich sein Verbleiben im Landesvorstand bis auf weiteres vor.²⁵⁴

Als frühes Beispiel für Geusendams Handschrift in der globalen parteipolitischen Programmatik stehen die "3 x 5 Thesen", die er in Vorbereitung auf den Landesparteitag 1969 in Tönning als Grundlagenpapier der Antragskommission für die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik der SPD in Hinblick auf die Bundespolitik ausarbeitet. Auf einer Landesvorstandssitzung am 10.3.1969, wo auch die Nominierung Geusendams und Jansens für den stellvertretenden Vorsitz entschieden wird, erhält er als Vorsitzender der Antragskommission für das Erstellen des Papiers die Verantwortung.²⁵⁵ Funktion der Thesen ist nicht zuletzt auch eine wahlkampftaktische Generalabrechnung mit den Leistungen der CDU-Regierung Schleswig-Holsteins in den vergangenen 17 Jahren, die nach der "denkfaulen" Devise "keine Experimente" alle Reserven des Wirtschaftswunders aufgebraucht habe und nun in Reformunwillen erstarrt sei. Erstens also die wirtschaftliche Rezession seit 1966 und zweitens "die kritische Situation an unseren Schulen und Hochschulen", hervorgerufen durch veraltete und weiterhin alternde Unions-Regierungspolitik, stehen im Vordergrund der Kritik Geusendams. Das Prinzip der "sozialen Symmetrie" hingegen, auf das sich die SPD beruft, sieht eine "gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung", bei anhaltendem Wirtschaftswachstum eine "humane Gestaltung der Lebensverhältnisse" durch "eine aktive Lohnpolitik" vor. "Kontrolle von Macht und Herrschaftsverhältnissen", um Missbrauch und sozialer Ungerechtigkeit vorzubeugen, müsse daher Priorität sozialdemokratischer Politik sein. Das Thesenpapier, obgleich hier in verhältnismäßig plakativem, allgemeinen Wortlaut zitiert, gibt dennoch ein recht konkretes und komplettes Bild von den Inhalten eines sozialdemokratischen politischen Gesamtkonzepts anhand der unterschiedlichen aktuellen Sachthemen. Geusendam als Verantwortlicher der "Thesen" kann also durchaus nicht nur als allgemeiner

253 AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 1169, Wahlkampfkommission 1971-1972







Theoretiker und Ideologe angesehen werden, sondern bietet hier Einblick in eine sehr greifbare Maßnahmenpolitik gegenüber aktuellen Problemen der politischen Diskussion. Die Arbeit an "Entwürfen eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens", also eines Langzeitprogramms, als Material für die Bundeskommission, stellt während der vierjährigen Zusammenarbeit mit Steffen ein zentrales Aufgabenfeld Geusendams dar. Immer wieder versuchen die schleswig-holsteinischen Bundesparteitagsdelegierten durch derartige Anregungen und Beiträge die Arbeit der Langzeitkommission zu bereichern. In Kiel ist man offensichtlich unzufrieden mit dem Fortschritt der ideologisch-programmatischen Arbeit auf Bundesebene und fordert eine "ausführliche Beratung und Diskussion durch die gesamte Partei": Es würden bisher "Widersprüche und (...) Herrschaftsverhältnisse unserer Gesellschaft" nicht genügend aufgeklärt. "Die Grundprobleme werden übergangen und politische Prioritäten werden nicht begründet, grundlegende Widersprüche unseres Systems werden nicht erkannt (...)."256 Im hier zitierten Antrag für die Langzeitkommission, der auf dem Eckernförder Landesparteitag 1973 vorgelegt und heiß diskutiert wird, ist besonders der konfrontative "Richtungskampf"²⁵⁷ des Landesvorsitzes unter Steffen und Geusendam mit der Bundes-SPD herauszulesen. Es folgt in dem Papier eine dezidierte Auslegung von Zielen sozialdemokratischer Politik, die die "sozialistische Richtung" des Landesverbandes gegenüber dem zunehmend liberalen und nivellierten Kurs der Bundespartei unterstreicht.

Konkrete Aussagen zu sachpolitischen Fragen sind auch in anderen programmatischen Äußerungen zu erkennen, in denen sich Geusendam nicht nur generell an pragmatischen Fragen der Parteiorganisation orientiert, sondern auch die konkrete Anwendung theoretischer Ideen eine zentrale Rolle einnimmt. Vor allem wenn man einen Vergleich zwischen Geusendams "politischem Manifest" von 1987 und der von Steffen, als in der Rolle des Parteiideologen und Theoretikers, verfassten "Strukturellen Revolution" zieht, wird deutlich, dass Geusendam, wenn auch teils auf die gleichen sozialistischen Vordenker bezogen, handfester und mit wesentlich mehr praktischen Bezügen argumentiert. Daher dient es im Kontrast zu Steffens sehr theoretischer Reflexion eher der Identitätsbildung auch von nicht akademisch gebildeten Sozialdemokraten oder solchen mit bürgerlichem Hintergrund. Geusendams rationaler, greifbarer Stil wird ebenfalls in seinen 1985 verfassten Memoiren deutlich: "Mir ist es auch gleich, ob Sozialismus als Zielvorstellung oder als Bewegung definiert wird, ob man vom "Reich der Freiheit", von "klassenloser Gesellschaft", von "sozialer Demokratie" oder wie Bernstein von der "Summe der sozialen Forderungen und der Bewegungen in ihrer Verwirklichung" spricht. Es sind nicht die Definitionen, die das Leben lebenswert machen oder auch nicht, sondern die Realitäten des Alltags."258

Steffen, der generell Vorbehalte gegen ehemalige Kommunisten hegt, überträgt diese jedoch nicht auf Geusendam, der seine kommuBild links:

Die Führung der schleswig-holsteinischen SPD 1971 in Travemünde (von links): Wilhelm Geusendam (stellvetretender Landesvorsitzender), Jochen Steffen (Landesvorsitzender), Kurt Schulz (Schatzmeister), Günther Jansen (stellvetretender. Landesvorsitzender), im Hintergrund: Rolf Selzer (Landesgeschäftsführer)

254 Ebd. Nr. 1012, Sitzungen Landesvorstand.

255 Vgl. AdsD, Abt. III, LV S-H, Nr. 0949 (LV Sitzungsprotokolle), Geusendam ist bereits seit 1968 Mitglied des dreiköpfigen Parteirates und somit auf Landesebene aktiv. Auf gleicher Sitzung wird Steffens Eintritt in den Bundesvorstand der SPD entschieden.

256 Antrag zum Landesparteitag 1973, Aus: SPD Fraktionsarchiv, S-H Post 1973 257 So zitieren die "Kieler Nachrichten" vom 26.2.1973 am Rande des Parteitags entrüstet den Landesvorsitzenden.

258 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 156-157 nistische Vergangenheit nie negiert hat. In Landesvorstandssitzungen zitieren die beiden belesenen und über ein sehr gutes Gedächtnis verfügenden Politiker gegenseitig "ihren" Marx, womit sie einerseits in Diskussionen glänzen und andererseits zur allgemeinen Heiterkeit beitragen.²⁵⁹

Zudem trifft auf Steffen wie auch auf Geusendam die Bezeichnung des "Selfmademan" mit einer selbstbestimmten Karriere zu: Als erster aus seiner Familie besuchte Steffen eine Oberschule und tat einen Blick in die Universität. Ebenso hatte er wie sein Stellvertreter schon als Kind geistig auf eigenen Beinen gestanden und war früh politisch eingebunden worden. Während des Krieges unterlag auch er den drängenden Umständen, sich mit Macht und Gewalt auseinandersetzen zu müssen und gewann so ganz bestimmte Einsichten in Willkür und Herrschaftsstreben. ²⁶⁰ Auch diese zum Teil ähnlichen biographischen Erfahrungen nehmen vermutlich Einfluss auf die weitgehend einmütigen Grundpositionen Steffens und Geusendams.

Aber nicht nur die Gemeinsamkeiten prägen die Zusammenarbeit, sondern die Gegensätze, die eine solch optimale Ergänzung ermöglichen. Steffen ist in praktischen Lebensfragen eher weniger talentiert. Er kann weder Auto noch Fahrrad fahren und wirkt auch außerhalb des politischen Rahmens teils vorschnell und stark konfliktorientiert. Geusendam ist dagegen praktisch außerordentlich begabt, was wohl auch mit dem Erwerb von überlebensnotwendigen Kompetenzen aus der Zeit im Konzentrationslager zu erklären ist.

Das auf Vertrauen, Respekt und Sympathie gründende Verhältnis wird aber besonders in Krisenzeiten sichtbar: Der neue linkspolitische Kurs der schleswig-holsteinischen SPD ist auch in den eigenen Reihen äußerst umstritten. Dies zeigen mehrere Schreiben besorgter Mitglieder infolge des Landesparteitages von 1967. In einem Brief von Otto Kettelhorn an Wilhelm Geusendam vom 4. Juli 1967 ist folgendes zu finden: "Es sind dieselben verstaubten Parolen in den Entschließungen versteckt, mit denen wir zwischen 1918 und 1933 die vorhandenen Aussichten für ein sozialdemokratisch geführtes Deutschland zerstört haben. Ich habe Steffen bisher für einen klugen und taktisch geschickten Politiker gehalten, aber nach diesem Landesparteitag zweifle ich daran, dass unter seiner Führung die SPD zur stärksten Partei des Landes werden wird. Im Gegenteil, er wird mit seinem 'Radikalismus' auch noch die letzten schwankenden Wähler der CDU und der neuen 'Rechten' zutreiben. "261

Eine weitere parteiinterne Konfrontation fällt ins Jahr 1970: Mit viel Geschick kann Willi Geusendam verhindern, dass Jochen Steffen schon auf dem Landesparteitag in Husum "den Laden hinschmeißt" und nicht als Ministerpräsidentenkandidat für die Landtagswahl 1971 zur Verfügung steht, nachdem die zahlenmäßig stark vertretenden Jungsozialisten seine Personalpolitik torpedieren. Geusendam, in dieser Auseinandersetzung die Rolle des Moderators einnehmend, gleichzeitig aber die Position Steffens stützend, kann diesen Konflikt im Landesvorstand zu Gunsten der Personalpolitik

Steffens lösen. In einem Gespräch mit dem Jungsozialisten Gerd Börnsen schöpft Willi Geusendam aus seinen Erfahrungen im Kreis Lübeck und gibt die Spielregeln für die innerparteiliche Diskussion unmissverständlich zu verstehen. Dazu gehöre, dass keine personalpolitischen Ränkespielchen gespielt werden dürften. Die jüngere Generation müsse gegenüber den älteren Parteimitgliedern offen ihre Kritik und zwar vor Parteitagen und Sitzungen formulieren. Sie solle sachlich ihre Position erklären, da das persönliche Gespräch wichtiger sei, als im Vorfeld von Abstimmungen Mehrheiten sicherzustellen. 262 Nach den erfolgreichen Vermittlungen Geusendams unterstützen die Jusos Steffens Kandidatur. Spätestens dann klären sich die Fronten, als sich der Oberbürgermeister von Kiel, Günther Bantzer, als Repräsentant der Kritiker Steffens, die sich "den bulligen Ideologen nicht als Regierungschef des Landes vorstellen können oder wollen", zur Wahl für das Ministerpräsidentenamt aufstellen lassen will: "Steffen ist alles andere als ein 'Landesvater'". Er gebärde sich wie ein Bürgerschreck und habe das "Image eines Primaners".263

Geusendam sieht in Steffen aber den Garanten für eine progressive Alternative zur nationalkonservativen CDU. So setzt er sich auch vehement dafür ein, dass die Lübecker Delegierten auf dem Nominierungsparteitag gegen Bantzer stimmen. Zeitgleich nimmt der Lübecker Kreisvorstand zur Kandidatenfrage Stellung und zwar eindeutig zugunsten von Steffen als Kandidat für den Ministerpräsidentenposten: Dieser hält es für eine Selbstverständlichkeit, dass derjenige die Regierungsverantwortung als Ministerpräsident übernimmt, der die Partei am stärksten geprägt hat. Dabei wird auf eine klare konfrontative Gegenüberstellung der konservativen CDU von Stoltenberg mit einer fortschrittlich-linken SPD unter Steffen zurückgegriffen. Geusendam dürfte Steffen hier nicht in erster Linie aus persönlicher Sympathie unterstützt haben, sondern vielmehr, weil er seine eigenen politischen Vorstellungen an die des Landesvorsitzenden Steffen gebunden gesehen haben muss.

IV. 3 Der Landtagswahlkampf 1971. So wird schließlich der Landesvorsitzende Jochen Steffen auf dem Landesparteitag der SPD am 31. Oktober 1970 in Eutin wieder als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1971 nominiert. Auf der gegnerischen Seite, nachdem Ministerpräsident Lemke bereits 1970 erklärt hat, dass er zukünftig nicht mehr für das Amt zur Verfügung stehe, nominiert die CDU Gerhard Stoltenberg als Spitzenkandidaten. In diesem stark personifizierten Wahlkampf stehen sich damit zwei völlig gegensätzliche Persönlichkeiten gegenüber, die durch einen kämpferisch leidenschaftlichen Stil die politische Atmosphäre prägen. Nicht umsonst gilt der schleswig-holsteinische Wahlkampf von 1971 als einer der härtesten und erbittertsten in der Landesgeschichte.²⁶⁵

Und auch hier wird man die politische Handschrift Geusendams wieder finden. Seinem organisatorischen Talent und sensiblen Gespür in propagandistischen Fragen entsprechend hat er entscheiden**262** Ebenda **263** LN vom 1

263 LN vom 15.7.1970: Jusos unterstützen Steffens Kandidatur

264 Nordwoche vom 17.7.1970: Unterstützung für Joachim Steffen

265 Vgl. Maletzke/Volquartz 1987,

S. 125



Wahlkampf für die Kandidatur von Lauritz Lauritzen. Der SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen, mit dem Geusendam im SPD-Landesvorstand gut harmoniert, hält seine Rede. (Geusendam, Kubel, Brandt, Schulz und Lauritzen, v.l.)

den Anteil an den Vorbereitungen des Wahlkampfes. Dieser ist gezielt auf den temperamentvollen und visionären Spitzenkandidaten Steffen zugeschnitten, der in der Öffentlichkeit leidenschaftlich für sozialdemokratische Positionen eintritt und den Gegenpol zu dem von den Christdemokraten nominierten Kandidaten Stoltenberg, der weitläufig als solider Pragmatiker gilt, bildet. Aber gerade diese Tatsache lässt aufhorchen: Warum unterstützt ein Mann wie Geusendam, der stets darum bemüht ist, nahezu ausschließlich im Hintergrund und nicht im politischen Rampenlicht zu wirken und für den als fundierten Theoretiker vornehmlich die theoriegeleiteten Inhalte zählen, einen gänzlich personenbezogenen Wahlkampf? Mutmaßlich sieht Geusendam in dem mit Ausstrahlungskraft gesegneten Steffen so etwas wie die Verkörperung sozialdemokratischer Ideen und Ideale, wofür auch folgendes rückblickendes Zitat stehen könnte: "(...) seine scharfsinnigen Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen, seine ökonomischen Diagnosen und die politischen Folgerungen, die er daraus zog, wurden nicht nur von der Partei akzeptiert, sondern fanden weit darüber hinaus Anerkennung, das besonders in der jüngeren Generation, die in die Versammlungen ging, um zu hören, was der 'rote Jochen' zu sagen hatte."

Sorgen hingegen werden vermutlich dem strategisch agierenden Willi Geusendam die manchmal zügellos erscheinenden Handlungsweisen Steffens bereiten, denn nicht immer sind die theoretischen Modelle Steffens unmittelbar verständlich. Aber wenn dieser glaubt,

eine Wahrheit entdeckt zu haben, scheut er sich nicht, diese ohne Umschweife und Rücksicht auf taktische Verhaltensweisen auszusprechen. ²⁶⁶ Außerhalb dieses taktisch-strategischen Rahmens bescheinigt Geusendam Steffen aber retrospektiv in seinen biographischen Aufzeichnungen von 1985: "Er wurde hellwach, wenn es echte Dialoge gab, wenn jemand unverblümt seine Meinung äußerte, wenn es zu einem 'brain-storming' kam, zur impulsiven Gedankenäußerung. Auch insoweit hat er die Parteiarbeit befruchtet."²⁶⁷

IV. 4 Schleswig-Holsteinische Landespolitik: Die siebte Legislaturperiode (1971-1974). Trotz des von der SPD sehr engagiert geführten Wahlkampfes geht die CDU mit 51,9 Prozent der Stimmen und damit der absoluten Mehrheit aus der Landtagswahl vom 25. April 1971 als Gewinnerin hervor. Da sich FDP und SPD im Vorfeld der Wahl gegenseitig Koalitionsbereitschaft signalisiert hatten, hing die Regierungsbildung in erheblichem Maße davon ab, ob es den Freien Demokraten gelingen würde, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Doch dieses Ziel erreichen die Liberalen erstmalig in ihrer Geschichte nicht, so dass die SPD-Abgeordneten mit 41 Prozent Stimmenanteil auf den Oppositionsbänken des Parlaments Platz nehmen müssen. Da der SSW die erforderlichen Stimmen für einen Sitz erhält, besteht der Landtag nunmehr lediglich aus drei Parteien.

In der konstituierenden Sitzung am 24. Mai wählt der Landtag Gerhard Stoltenberg zum neuen Ministerpräsidenten und Helmut Lemke zum Landtagspräsidenten. Erster Vizepräsident wird Geusendams Amtsvorgänger Kurt Schulz von der SPD, zweiter Vizepräsident der CDU-Abgeordnete Hartwig Schlegelberger.

Dass auf dem nachfolgenden Landesparteitag der SPD der Antrag angenommen wird, dass sich alle Landtagsabgeordneten eine Taschenlampe zulegen sollen, hat folgenden Ursprung: Bei der Wahl des neuen Regierungschefs gab es auf Seiten der SPD zwei "Abtrünnige", die ihre Stimme nicht gegen, sondern für Stoltenberg abgaben. Trotz Nachforschungen konnte jedoch nie ermittelt werden, um welche SPD-Abgeordneten es sich hier gehandelt hatte. Als Erklärung dieser Peinlichkeit galt fortan die "Dunkelheit in der Wahlkabine".

IV. 5 Landespolitische Akzente: Bildungs- und Ostpolitik. In den hier skizzierten Legislaturperioden fällt auch die andauernde Debatte um die Bildungs- und Hochschulpolitik. In beiden Bereichen klaffen die Positionen und Programme der großen Parteien weit auseinander. Mit der schon seit einigen Jahren bestehenden Forderung der SPD nach einer Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems und der Einführung der Gesamtschule soll eine verbesserte individuelle Förderung geschaffen und eine höhere Durchlässigkeit innerhalb der Schule erreicht werden. Willi Geusendam, der in der Position als Vorsitzender der Antrags- und Redaktionskommission für die Formulierung der "3 x 5 Thesen" zuständig ist, drängt auf der Landesvorstandssitzung vom 10. März 1969 bei der Vorstellung dieser poli-

266 Vgl. Danker, Uwe: "Wir machen die Zukunft wahr!" Landespolitik in den 70er Jahren, Ära Stoltenberg-Steffen, in: Jahrhundertstory Bd. 2, Flensburg 1999, S. 231

267 Vgl. Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 151

tischen Programmatik auf die Forcierung der Bildungspolitik, indem er auf "die kritische Situation an unseren Schulen und Hochschulen"²⁶⁸ verweist. Zudem misst er der Bildungspolitik einen hohen Stellenwert bei, diese werde nämlich "über die Zukunft unseres Volkes entscheiden" und deshalb sei es auch notwendig, "jahrelange Versäumnisse aufzuholen", die laut programmatischer Formulierung "als Folge von 17 Jahren CDU-Regierung" entstanden seien. Weiter spricht er sich innerhalb der "3 x 5 Thesen" für die Verwirklichung klassischer Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik aus, wobei er die Leitsätze "Gleiche Bildungschancen für alle" und "Stärkere Förderung der persönlichen Anlagen und Fähigkeiten des einzelnen" besonders betont.²⁶⁹

Die CDU hingegen hält am traditionellen dreigliedrigen System fest, sie sieht keinerlei Notwendigkeit für eine derartige Veränderung. Hinter diesem Konflikt steht ein unterschiedlicher Blickwinkel auf die Gesellschaft, der sich auch in den Debatten um den Umgang mit den Studierenden an den Hochschulen niederschlägt. Die Politik der Christdemokraten ist vor allem von der "Sorge um die freiheitliche Ordnung" sowie der daraus resultierenden Angst vor einer "Gefahr von links", der man mit Disziplinierungsmaßnahmen entgegenzutreten versucht, gezeichnet. Denn Studierende entfalten in dieser Zeit, kurz nach der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung im Mai 1968, zahlreiche politisch motivierte Aktivitäten. Damit einher geht die zunehmend fundamentale Kritik am gesellschaftlichen System der Bundesrepublik und an den althergebrachten Hierarchien innerhalb der Hochschule. So debattieren nicht nur im Landtag und seinen Ausschüssen die Verantwortlichen intensiv über Veränderungen in den Hochschulen, die Studenten selbst fordern mehr Selbstverwaltung und verbesserte Mitspracherechte. Schon 1968 sorgt eine neue Immatrikulationsordnung für anhaltenden Gesprächsstoff. Nach Plänen des Kultusministers droht allen Langzeitstudenten der Verweis von der Hochschule. Während sich die Fraktionen von SPD und FDP gegen dieses Vorhaben aussprechen und mehrere tausend Studenten vor dem Landeshaus protestieren, zieht das Kultusministerium diese Bestrebung auf Initiative des Ministerpräsidenten vorerst zurück.270

Doch anderthalb Jahre später entfachen sich die Proteste erneut, denn am 9. und 10. Juni 1969 liegt dem Landtag der Entwurf eines neuen Landeshochschulgesetzes zur Abstimmung vor. Außerhalb des Landeshauses an der Förde sichern Polizisten mit Stacheldraht die Bannmeile um das Regierungsgebäude vor den etwa 5000 demonstrierenden Studenten. Deren Protest richtet sich vornehmlich gegen die dem Kieler Landtag zur Ratifizierung vorgelegten Ordnungsbestimmungen, welche den dreijährigen Verweis von Studierenden im Falle einer erheblichen Störung des Lehrbetriebs von allen Hochschulen vorsehen. Ministerpräsident Lemke, der den Staatsvertrag bereits mit seiner Unterschrift versehen hat, rechtfertigt diese Entscheidung damit, dass "die gegen Studenten angewandten gerichtlichen Maßnahmen erfahrungsgemäß nicht immer ab-

268 Zit nach: Mf: AdLSPD, 3x5 Thesen 1969

269 Ebenda

270 Vgl. Nowottny, S. 19-21

schreckende Wirkung hätten".²⁷¹ Von Seiten der SPD und auch der FDP wird dieser Staatsvertrag zwar abgelehnt, jedoch mit 34 zu 24 Stimmen an den Volksbildungsausschuss überwiesen, bei dem er allerdings genau wie die Immatrikulationsordnung bis zum Ende der Legislaturperiode ruht.²⁷²

Gleichwohl ist die gesamte darauf folgende Legislaturperiode von emotionsgeladenen Auseinandersetzungen um die Bildungspolitik und in besonderer Weise um den so genannten "Radikalenerlaß" geprägt. Dieser Erlass von 1972 steht für die Vereinbarung zwischen den Ministerpräsidenten und Kanzler Brandt, nach der alle Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüft werden sollen. Diese sollen nämlich die Gewähr dafür bieten, auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stehen. Der SPD-Landesverband bezieht hierbei wieder einmal eine kontroverse Position zur Bundesregierung und spricht sich sehr deutlich gegen diese Maßnahme aus.²⁷³

Auch Wilhelm Geusendam verurteilt dieses Vorgehen, indem er das "Zustandekommen" und die "Praktizierung des Radikalenerlasses" als "Schattenseite (sozialdemokratischer) Nachkriegspolitik" bezeichnet.²⁷⁴ Zudem kritisiert ein Antrag des Kreisverbands Lübeck unter Federführung Geusendams auf dem Landesparteitag vom 24. und 25. Februar 1973 zur Modellierung des Langzeitprogramms folgendes: "Die Formulierung, daß ein auf Staatskosten erworbenes Abschlußexamen den einzelnen zu entsprechender Leistung für die Gesellschaft verpflichte, kann im Gegenlicht beispielsweise einer Praktizierung des rechtsstaatlich nicht vertretbaren Extremistenbeschlusses auch als Aufforderung zum unkritischen und disziplinierten Wohlverhalten gegenüber dem Staat mißverstanden werden."²⁷⁵

Noch deutlichere Worte findet Geusendam in der S-H Post Nr.1 von 1972: "Wer heute behauptet, unsere freiheitliche Grundordnung sei ernstlich durch den Kommunismus bedroht, schlägt den Sack und meint den Esel. Mehr als ein Vierteljahrhundert sind viele Altund Neunazis in den Staatsapparat 'integriert' worden, heute will man den wenigen Kommunisten die Beamtenlaufbahn verwehren. Ist die freiheitliche Grundordnung in Gefahr?"²⁷⁶

Am 16. April 1973 verabschiedet die CDU gegen den Willen der SPD, des SSW und der vor dem Landeshaus demonstrierenden Studierenden das umstrittene neue Hochschulgesetz, was tief greifende Veränderungen für die acht Hochschulen Schleswig-Holsteins bedeutet: An die Stelle des bis dahin nur auf ein Jahr gewählten Rektors tritt ein Präsident mit sechsjähriger Amtszeit, gleichzeitig wird den Professoren in allen Entscheidungsgremien statt der von der SPD gewünschten Drittelparität (Professoren, Assistenten, Studenten) eine Mehrheit eingeräumt. Das schon in den Jahren zuvor umstrittene "Ordnungsrecht" führt nun zwar nicht zur dreijährigen, aber immerhin zur zweijährigen Ausschlussmöglichkeit von allen Hochschulen des Landes.²⁷⁷ Die von der SPD befürwortete und gewünschte integrierte Gesamthochschule findet ebenfalls keine Zustimmung im Landtag.

271 Maletzke/Volquartz 1987, S. 115 **272** Vgl. Maletzke/Volquartz 1987, S. 114-115

273 Vgl. Danker, Uwe: "Wir machen die Zukunft wahr!" Landespolitik in den 70er Jahren, Ära Stoltenberg-Steffen, in: Jahrhundertstory Bd. 2, Flensburg 1999, S. 231

274 Danker/Jensen/Lorenzen-Schmidt 1985, S. 153

 MF: Landesparteitag 1973, S. 4 SPDLV: FES S-H Post Nr. 1 1972 Vgl. Maletzke/Volquartz 1987, S. 130



Bilder links und rechts: Bundestagswahlkampf 1976 in Lübeck mit Helmut
Schmidt und dem Lübecker Kandidaten
Björn Engholm — einer der letzten Wahlkämpfe für Wilhelm Geusendam, der kurze
Zeit später vom Amt des Kreisvorsitzenden
zurücktritt, um Platz für den jüngeren
Rüdiger Möbusz zu machen.

Dass Wilhelm Geusendam im Ressort Bildung mit dem politischen Kurs der Landes-SPD konform geht, bleibt in einigen Teilen zwar nur eine Vermutung. Dennoch sprechen weitere Indizien für diese Wertung: Im schon zitierten Antrag des Kreisvorstandes Lübeck, dem wie erwähnt die Note Geusendams anhaften dürfte, finden wir weitere Vorschläge und Anregungen, welche die von der SPD-Fraktion im Landtag betriebene Politik stützen. Hier ist unter anderem die Rede davon, dass "die schulische Bildung insgesamt der kompensatorischen Erziehung dienen und damit die Auswirkungen gesellschaftlicher und familiärer Benachteiligung abbauen"278 soll. Weiter beruft man sich auf das Godesberger Programm, nach dem "allen Menschen die Möglichkeit gegeben werden (soll), ihre Anlagen und Möglichkeiten ungehindert zu entfalten."²⁷⁹ Bildung wird also auch im Kreisverband Lübeck als allgemein für alle gleichermaßen zugängliches Gut betrachtet, was der bildungspolitischen Linie der Landes-SPD entspricht.

Auch die bundespolitische Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge findet im Februar 1972 Eingang in den schleswig-holsteinischen Landtag. Ministerpräsident Stoltenberg lehnt, anders als der Oppositionsführer im Bundestag, Rainer Barzel, die Verträge generell ab. Hauptsächlich moniert Stoltenberg am angestrebten Vertragswerk zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Sowjetunion und Polens die fehlende Einrichtung eines "kleinen Grenzverkehrs" für Verwandtenbesuche sowie die Zusammenarbeit

278 MF: Landesparteitag 1973, S. 1 **279** MF: Landesparteitag 1973, S. 3



von Behörden in Umwelt- und Verkehrsfragen. Oppositionsführer Jochen Steffen hingegen betont besonders die auch von Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel geäußerten Hoffnungen auf Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit in Europa. Befürchtungen der CDU, dieses Vertragswerk könne das Ausscheren der Bundessrepublik aus der seit Bundeskanzler Konrad Adenauer erfolgreich betriebenen Westintegration nach sich ziehen, kann Steffen nicht teilen. Westintegration nach sich ziehen, kann Steffen nicht teilen. Vielmehr kritisiert er diese Haltung und erklärt, die Christdemokraten versuchten, nach der Einbuße eines Feindbildes "den außenpolitischen kalten Krieg als innenpolitischen Kaltenkrieg weiter zu führen"281.

Auch Willi Geusendam, der "eine konsequente Entspannungspolitik befürwortete"²⁸², bezieht in einem Kommentar zur Ostpolitik in der S-H Post Nr. 3/4 von 1972 eine kongruente Position. Hier vertritt er die Auffassung, dass "gegen alle Störungsversuche der CDU unbeirrt der Weg der Friedenssicherung" weitergegangen werden müsse. Zudem hätten "zum ersten Male seit Gründung der Bundesrepublik politische Geschehnisse in Bonn die Bürger in Bewegung gebracht." "Da war echtes Engagement zu spüren. Proteststreiks, Demonstrationen, Stellungnahmen der Gewerkschaften, Empörung selbst bei sonst unpolitischen Frauen, eine Welle der Sympathie für Bundeskanzler Willy Brandt und die SPD (…)", was Geusendam als "sichtbares Zeichen einer verstärkten politischen Bewusstseinsbildung der Wähler" deutet.²⁸³

280 Vgl. Nowottny, Eva: "Es geht um ein völlig gleichberechtiges Neben- und Miteinander..." Kurt Hamer — Schwerpunkte, Standpunkte, Entwicklungen, in: Danker/Nowottny (Hg.): Kurt Hamer. Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter, Malente 2003, S. 24

281 Zit. nach: Maletzke/Volquartz 1987, S. 128

282 Zit. Nach: LN vom 3.9.1976

Auch in dieser Debatte manifestieren sich die tief greifenden Gegensätze zwischen Regierungsfraktion und Opposition im Landtag, so dass die von Stoltenberg in seiner Antrittsrede beschworene gegenseitige Zusammenarbeit in noch weitere Ferne rückt. Geusendam urteilt folgendermaßen über diese brisante politische Auseinandersetzung: "Erneut ist deutlich geworden, daß es in den wirklichen Lebensfragen unseres Volkes keine Gemeinsamkeit zwischen den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD gibt und geben kann. (...) Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, nach einer Gemeinsamkeit zu suchen, für die alle Voraussetzungen fehlen."²⁸⁴

Dass der CDU/CSU im Bundestag in Hinblick auf die Ratifizierung der Ostverträge eine Schlüsselrolle, zusätzlich verstärkt durch das nur knapp gescheiterte Misstrauensvotum gegen Kanzler Willy Brandt, zukommen würde, ist auch dem schleswig-holsteinischen Parlament bewusst. Entscheidenden Einfluss auf die politische Atmosphäre nimmt letztendlich die am 10. Mai beschlossene Note, die festhält, dass die Bundesrepublik auch weiterhin "eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen"²⁸⁵ anstrebe. Die wesentlichen Bedenken der Union sind somit ausgeräumt, so dass der Moskauer und der Warschauer Vertrag sowie das Viermächte-Abkommen am 17. Mai, gegen nur wenige Stimmen von CDU- und CSU-Abgeordneten, den Bundestag passieren.²⁸⁶

IV. 6 Der Rückzug aus der Landespolitik. Jochen Steffen übt schon vor 1972 scharfe Kritik an der Gesamtpartei. Dabei legt er ein Bekenntnis zum sozialistischen Flügel innerhalb der SPD ab und verweist darauf, dass er die Aufbruchstimmung Ende der 1960er Jahre begrüßt hätte.

Als Steffen am 12.7.1977 seinen Sitz im Bundesvorstand aufgibt, lässt er resigniert verlauten: "Inzwischen managen wir nicht die Probleme, sie haben uns längst zu ihrem Spielball gemacht. Die Hauptursache ist, dass wir unsere Überzeugungen bis zur Unkenntlichkeit vermarktet haben und selbst nicht mehr die Wahrheit zu sagen und zu sehen wagen."²⁸⁷ Jochen Steffen gibt 1979 seine SPD-Mitgliedschaft auf.

Der Rückzug Geusendams aus dem geschäftsführenden Landesvorstand fällt mit dem Rückzug von Jochen Steffen als Galionsfigur der schleswig-holsteinischen SPD zusammen, nachdem Steffen am 9.10.1971 bei der Sitzung des Landesvorstandes erklärt, nicht mehr als Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Landtagswahl zur Verfügung zu stehen.²⁸⁸

Auf dem Landesparteitag am 24. und 25. Februar 1973 in Eckernförde wird Steffen zwar wieder zum Vorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein gewählt, aber Klaus Matthiesen soll Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl werden. Da Geusendams landespolitische Arbeit und Organisation aufgrund der ertragreichen und harmonierenden Zusammenarbeit eng an die Person Jochen Steffen gebunden ist, kandidiert er nicht wieder für das Amt des stellvertre-

283 SPDLV: FES S-H Post 3/4 1972 **284** Ebenda

285 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 72, 18.05.1972, S.1048, in: Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesregierung Deutschland, Bonn 1999

286 Vgl. Nowottny, Eva: "Es geht um ein völlig gleichberechtiges Neben- und Miteinander ..." Kurt Hamer — Schwerpunkte, Standpunkte, Entwicklungen, in: Danker/Nowottny (Hg.): Kurt Hamer. Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter, Malente 2003, S. 25

287 Steffen 1997, S. 285.

288 Vgl. SPD LV 1973, S. 33.

tenden Landesvorsitzenden: "Man kann eine Arbeit nur leisten, wenn man sich auf Menschen verlassen kann, wenn man weiß, dass sie einem den Rücken freihalten (...) auch wir konnten nur arbeiten, weil wir wussten, dass wir jemanden an der Spitze hatten, der ständig für uns miteintrat, der die Richtlinien erarbeitete, der die Fakten kannte und der die Maßstäbe steckte (...) Wer so viele Jahre mit Dir so eng zusammengearbeitet hat, weiß, dass hinter dem robusten Politiker ein Mensch - und manchmal nur ein Mensch - steckt, der sich viel Sorgen gemacht hat um das Schicksal anderer Menschen."289 1985 beschreibt Geusendam rückblickend die positive Arbeit im Parteivorstand unter Steffen: "Ich schätzte ihn auch deswegen, weil er mir und den anderen verantwortlichen Vorstandsmitgliedern freie Hand ließ zu tun, was wir für notwendig erachteten, weil er kein 'Rechthaber' im unangenehmen Sinn des Wortes war und weil er zu den Beschlüssen stand, auch wenn er mehrheitlich überstimmt worden war."290.

Eckhard Kuhlwein und Günther Jansen werden jetzt stellvertretende Vorsitzende.

So zieht Geusendam sich also aus der Landespolitik zurück, obwohl die Zusammenarbeit wohl auch mit Matthiesen und Jansen in Hinblick auf inhaltliche Positionen gut funktioniert hätte. Aber nicht nur das allmähliche Ausscheiden Steffens dürfte als einziges Motiv für Willi Geusendams Rückzug gelten. Sein stark ausgeprägtes Interesse für die "handfeste" politische Basisarbeit im Kreisverband Lübeck wird ebenso Einfluss auf diese Entscheidung gehabt haben. In diesem Zusammenhang kritisiert Geusendam auch die junge Generation, die nach und nach den Kreisverband verlässt, um sich auf Landesebene zu etablieren und dort eine politische Karriere einzuschlagen: "Ihr lauft mir alle weg!"²⁹¹

V. Nachwirken. Im Laufe der Arbeit an dieser biographischen Dokumentation über Wilhelm Geusendam bildet sich mehr und mehr ein facettenreicher, in seiner Arbeit konsequenter Politiker heraus. Nach der eingehenden Erforschung seiner kommunal- und landespolitischen Tätigkeit ist festzustellen, dass wir es schließlich nicht nur mit einem nach innen in die Partei wirkenden Organisator, sondern auch mit einem einflussreichen Programmatiker und Parteiideologen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie zu tun haben. Zudem ist er natürlich mit seinen gefestigten ideologischen Grundlagen und seinen politischen Extremerfahrungen die Identifikations- und Integrationsfigur der Lübecker SPD und so auch ein Stück weit der Begründer einer andauernden ausgeprägten linken Kultur im Südosten Schleswig-Holsteins. Diesen seinen Kurs und seine Funktion weiß er auch während seiner Arbeit auf Landesebene zu vertreten und produktiv zu entfalten: "Geusendam verkörpert ein Stück bester Tradition der Sozialdemokratie."292

Willi Geusendam wirkt bedeutsam in der politisch linken Landschaft Schleswig-Holsteins der 60er und 70er Jahre, und transpor-

289 FES 1588 Antwort auf Steffens
Verabschiedungsrede von Geusendam und
Schulz in Eckernförde durch Kurt Schulz in
spd-aktuell 7/73: "Ein politischer Mensch
und menschlicher Politiker"
290 Zit. nach: Vgl. Danker/Jensen/
Lorenzen-Schmidt 1985, S. 150
291 Auskunft Gisela Böhrk: Demnach
blieb das Engagement auf Landesebene für
Geusendam doch eher abstrakte Politik,
die dem soliden "Handwerk" der Kommunalpolitik nicht vorgezogen werden dürfe.
292 Selzer, S. 17

tiert dieses Wirken auch über seinen Einfluss auf eine jüngere Generation über seine Zeit hinaus. Dieses gelingt ihm der Tatsache zum Trotz, dass er sicherlich einem nunmehr "ausgestorbenen" (und heute für manchen fremden) Typus von Sozialdemokraten und Politiker allgemein angehört, der sich durch einen produktiven, bodenständigen und bescheidenen Pragmatismus einerseits und durch eine ideologische Glaubensgewalt (etwa an die Überwindung des Systems), moralische Standhaftigkeit und Menschlichkeit andererseits auszeichnet, welche nicht wirklich vergleichbar ist mit der zum Teil eher kurzweiligen "Schwärmerei" der "Generation "68", für die er gleichwohl immer ein offenes Ohr behält.

Nachdem sich Geusendam von der parteipolitischen Arbeit verabschiedet hat und kein Parteiamt mehr bekleidet, zieht er sowohl beruflich als auch privat einen – für ihn charakteristischen – klaren Strich und ordnet seine Verhältnisse neu. Geusendam trennt sich 1977 nicht nur von seinem Amt als Kreisvorsitzender, sondern auch von seiner Frau, zieht mit seiner neuen Frau, die er während eines Kuraufenthaltes kennen gelernt hat, nach Hamburg – nicht ohne zuvor die Versorgung seiner Familie, insbesondere seiner behinderten Tochter, sicherzustellen und deren Angelegenheiten entsprechend zu regeln. Die unmittelbare Erfahrung der Endlichkeit der eigenen Existenz nach seinem Herzinfarkt hat in ihm wohl den Wunsch nach einem neuen emotionalen Erlebnis wach werden lassen.²⁹³

Durch seinen Umzug nach Hamburg gewinnt er auch geographisch von den kommunalpolitischen Angelegenheiten der SPD Lübeck etwas Abstand, bleibt aber für die Parteifreunde erreichbar. Trotz des großen Altersunterschieds verbringt er einen Schwedenurlaub mit seinen wenigen politischen Freunden aus dem Kreis der ehemaligen Jungsozialisten, die wie Gisela Böhrk oder Gerd Walter nach seinem Tod Ministerposten bekleiden werden. Auch in ihrer Politik wirkt Wilhelm Geusendam nach, war er doch die geistige, ideologisch-politische Identifikationsfigur für viele der jungen Linken, denen er in Lübeck Raum zur politischen Entfaltung gegeben und den Boden für ihre politischen Karriere mit bereitet hat.

Ein Austritt aus der Partei wie bei Jochen Steffen ist für Geusendam undenkbar – selbst dann nicht, wenn er "seinen" neuen Ortsverband im Hamburger Osten als "schwarz wie die Nacht" empfindet. Zudem ist Geusendam mit vielem, was eine neue Generation von eher pragmatisch orientierten SPD-Politikern insbesondere auf Bundesebene entwirft, nicht einverstanden. Das weniger auf Teamwork und programmatischer Kärrnerarbeit, sondern in erster Linie auf Außenwirkung und mediale Inszenierung plakativer Botschaften zielende politische Auftreten der selbsternannten "Enkel Willy Brandts" passt nicht ins Konzept von Geusendam. Er wendet sich vehement gegen die von Helmut Schmidt favorisierte Nachrüstungspolitik mit Pershing II-Raketen und dem Nato-Doppelbeschluss und sympathisiert mit der Friedensbewegung. Den Regierungskurs Schmidts trägt Geusendam mehr aus Pflichtgefühl und Disziplin, nicht jedoch aus Begeisterung. 294

293 Mündliche Auskunft Gerd Geusendam

Die Neubestimmung der sozialdemokratischen Parteiprogrammatik im Jahr 1982 kommt Geusendams Vorstellungen vom demokratischen Sozialismus entgegen. Wenn er in der Sicherheits- und Energiepolitik auch den Regierungskurs und den umstrittenen "Nato-Doppelbeschluss" klar stützt, markiert der Bundesparteitag mit seinen Beschlüssen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik ein "linkes" Profil. Das neue Programm fordert unter anderem die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Bodenwertzusatzbesteuerung und die volle Parität von Kapital und Arbeit in der Unternehmensverfassung bei der Mitbestimmung.²⁹⁵ Der auf dem Bundesparteitag von 1986 vorgestellte Programmentwurf liest sich als ein Reflex auf die Integrationsaufgaben zwischen Pragmatikern und wachstumsskeptischen Theoretikern in der Partei, wird aber nicht nur vom politischen Gegner, sondern auch in den eigenen Reihen als säuerlicher Antimodernismus kritisiert. Der weiter vorangetriebene Entwurf ist Spiegelbild der ökologisch gewendeten, sichtlich friedensbewegten und eher postnational ausgerichteten Sozialdemokratie der 1980er Jahre mit ihren Forderungen nach ökologischer Erneuerung der Industriegesellschaft, sozialer Gleichberechtigung der Frau, einer Gesellschaft, die "menschenwürdige Arbeit für alle" bietet und sich "vom Wahnsinn des Krieges und des Wettrüstens" befreit. Mit seinen Forderungen nach wirtschaftspolitischer Lenkung und Planung geht das neue Grundsatzprogramm der SPD aber am Geist der Zeit vorbei und 1989 schließlich nicht nur in der Medienöffentlichkeit angesichts von Maueröffnung und einem im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer strahlenden Bundeskanzler Helmut Kohl in Berlin und Dresden unter.²⁹⁶

Durch die Publikation seines gut 30 Seiten starken "politischen Manifests" mit dem Titel "Sozialistische Volkspartei oder Liberale Reformpartei" schaltet sich Geusendam noch kurz vor seinem Tod 1987 im Zeichen der Tschernobylkatastrophe in die Theoriediskussion ein. Dieser Beitrag ist Geusendam wichtiger als ein ebenfalls von ihm geplanter zweiter Teil seiner Lebensmemoiren, der sein politisches Wirken in Schleswig-Holstein beschreiben sollte. Die Präferenz für die theoretische Programmschrift und gegen die Publikation der Autobiographie ist wieder kennzeichnend für Geusendam, der von Politikern forderte, sich selbst gegenüber der beruflichen politischen Aufgabe und Überzeugung weniger wichtig zu nehmen.²⁹⁷

Aus Geusendams Zeilen spricht eine klare Abneigung gegenüber Wendehälsen, die um des eigenen Postens, Eigentums und Dividende wegen bereit waren, sich sowohl an Kaiserreich, Nationalsozialismus als auch an die Weimarer sowie Bonner Demokratie anzupassen, die nie der eigenen NS-Vergangenheit abschworen, aber Kommunisten wie Geusendam ins Kreuzfeuer einer moralisch aufgesetzten Kritik schoben. Wichtigster Punkt ist ihm aber die ungebrochene politische Forderung nach einem demokratischen Sozialismus: "Die Sozialdemokratie müßte sich (…) selbst aufgeben, wollte sie sich von einer Politik der Systemüberwindung distanzieren." Er wendet

294 Vgl. LN vom 4.9.1981 — Wilhelm Geusendam wird 70. Vgl. auch Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 151-152.

295 Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 268-270.

296 Vgl. Potthoff/ Miller 2002, S. 319-321.

297 Wilhelm Geusendam: Sozialistische Volkspartei oder liberale Reformpartei, Kiel 1987. Der erste Band seiner Memoiren erschien unter dem Titel "Herausforderungen" bereits 1985.

Willi Geusendam

1911 - 1987

Wir Sozialdemokraten haben einen väterlichen Freund verloren. Schmerz und Trauer erfüllen uns angesichts des Verlustes, den wir durch den Tod Willi Geusendams erlitten haben. Über viele Jahrzehnte war er uns mehr als ein politischer Weggefahrte. Er hat die SPD Schleswig-Holsteins entscheidend mitgeprägt.

Er hat sich wie kaum ein anderer den Grundwerten des demokratischen Sozialismus verpflichtet gefühlt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidantät waren für ihn Richtschnur und Maßstab seines politischen Händelns.

Willi Geusendam war ein Kämpler für Frieden und Freiheit, der es verstand, mit seinem großen persönlichen Mut anderen Menschen Holfnung zu geben in der Holfnungslosigkeit. Er entfloh der stallnistischen Verlolgung in der Sowjetunion.

Von der Gestapo verhaftet, zu Zuchthaus verurteilt, wurde er 1940 in das Konzentrationslager Flossenbürg eingewiesen. Er hat die Unmenschlichkeit des Konzentrationslagers überlebt und als Lagerältester die Erschießung von über 300 Mithältlingen durch die SS im Jahr 1945 abgewehrt.

In Lübeck war er zehn Jahre Kreisvorsitzender der SPD, ab 1967 Mitglied des Landesvorstandes, von 1969 bis 1973 erster stellvertretender Vorsitzender des Landesvorsitzenden Jochen Steffen.

Am 4. September wäre Willi Geusendam 76 Jahre alt geworden. Unsere Anteilnahme gilt seiner Frau Signid und seiner Familie. Wir trauern mit ihnen um den Verlust eines Freundes und Vorbildes. Wir wollen sein Andenken ehren.

> Günther Jansen SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Björn Engholm Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

sich gegen eine konservative Ideologie der Barmherzigkeit, die nichts an Strukturen ändert, sondern lediglich die Symptome behandelt: "Wenn ich den Armen Brot gebe, werde ich als Heiliger angesehen. Wenn ich zeige, WARUM die Armen kein Brot haben, werde ich als Marxist hingestellt."²⁹⁸

Geusendam hält bis zuletzt an seinen politischen Forderungen nach einer Vergesellschaftung strukturbestimmender Wirtschaftszweige wie vor allem der Schwerindustrie, der Banken und Großgrundbesitzer zur strukturellen Überwindung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen fest. Die Verbrauchsdeckung sei immer wichtiger als "die Raubtiernatur der kapitalistischen Wirtschaft und des finanzkapitalistischen Profitstrebens"299. Geusendam kommt abschließend zu der Erkenntnis, dass das sozialistische Gesellschaftssystem zwar nicht ein utopisches Paradies einläuten könne, aber immerhin "das Überleben für eine durch Selbstzerstörung bedrohte Menschheit, für unsere Form der Demokratie und für unsere Zivilisation"300 sichere. Geusendam bekennt sich bis zu seinem Tod wenige Monate später zu seinem sozialistischen Jugendideal: "Ich bleibe Optimist. Trotz allem! Ich kann mir nicht denken, daß sich die Menschen wie Lemminge in die Katastrophe des Untergangs treiben lassen, daß sie nicht aufbegehren, wo immer Menschenwürde verletzt wird, daß sie nicht zu erkennen vermögen, von wem sie hinters Licht geführt werden."301

Trotz seiner vielen wichtigen Funktionen in Parteiämtern war Wilhelm Geusendam doch kein Arbeiterführer, sondern eher eine Art leitender Verwaltungsangestellter. Er war auf dem "linken" Parteiflügel fest verortet. Während seine Genossen um Mandate rangen, stellte Geusendam seine persönlichen Ambitionen zurück, konzentrierte sich auf seine Arbeit in der Parteiorganisation und sucht nicht den schillernden Auftritt in der Öffentlichkeit. Er repräsentierte die parteiinterne Verwaltung, galt als Fachmann für Organisationsfragen und sah sich selbst bis zuletzt als Parteiarbeiter an der Ba-

298 Vgl. ebd., S.3.

299 Vgl. Zitat aus dem Buchenwalder Manifest ebd., S. 8.

300 Vgl. ebd., S. 22.

301 Vgl. Danker/ Jensen/ Lorenzen-Schmidt 1985, S. 156.

sis und für die Basis. Dabei wusste er, wie wichtig Informationsfragen für die Partei waren. Sie liefen bei ihm zusammen.

Ihn aber einfach als planenden Angestellten und Parteisoldaten stalinistischer Prägung zu beschreiben, hieße seine intellektuellen Fähigkeiten und seine persönliche Einflussnahme auf die politischen Grundlagenplanungen und Diskussionen zu verkennen. Wilhelm Geusendam war gewiss kein ausgewiesener Pragmatiker und weniger auf das politische Tagesgeschäft als vielmehr eine langfristige Programmplanung als Fernziel fixiert. Noch weniger war Geusendam Technokrat. Er wusste sehr genau, dass ein Mensch in der Politik auch Ausstrahlung und Charisma braucht, um gewählt zu werden und anzukommen.

Seine mit der Parteiarbeit verbundene Verantwortung konnte sich wie nach der Niederlage der Lübecker SPD bei den Kommunalwahlen von 1974 zu einer Art "irrationalen Loyalität" steigern. Geusendam forderte fast immer mehr als leistbar war – vor allem von sich selbst, worauf er mehrmals lebensgefährlich erkrankte. Doch spielte er die eigene Herzschwäche gekonnt herunter – wie ohnehin das "sich nichts anmerken lassen" und "sich unsichtbar machen" zum Rüstzeug von Wilhelm Geusendam zählte. Dafür dürften bereits Geusendams Erfahrungen aus der Zeit von vor 1945 verantwortlich gewesen sein. Die Erlebnisse aus der Sowjetunion und aus seiner KZ-Haft brannten Misstrauen in seine Seele, hatte er hier doch gelernt, keinem wirklich vertrauen zu können, weil der andere einen selbst opfern könnte in seiner Pein, um sich selbst die Chance auf Rettung vorzugaukeln.

Geusendam hatte zwar einerseits ein warmes, gewinnbringendes Wesen und verfügte über eine starke Emotionalität, nahm manches schwerer und ernster als Kollegen mit einer "dicken Haut", war auch ein melancholischer Wächter und Mahner, der nicht an das Gute glaubte und dennoch zum Guten beitragen wollte. Doch kontrollierte Geusendam seine sensible Seite perfekt. Er ordnete sie vor allem in Krisen einer parteisoldatischen Erscheinung und der kalten Analyse, teils auch autoritärem Handeln unter – nach dem Motto "nicht gewollt, aber leider gemusst" oder "bitter, aber unerlässlich". Er bat in der Politik nicht um Zuneigung und er verteilte sie auch nicht generös, förderte und forderte einzelne Personen gezielt. Er wurde geschätzt und respektiert, aber nicht unbedingt von jedem geliebt, konnte unerbittlich und wenig nachsichtig gegenüber Genossen und Mitmenschen sein, die über die von der Partei vorgegebene "Linie", die Solidarität und Disziplin einforderte, gegangen waren.

Geusendam war nicht unbedingt ein Purist, er war ein Freund schneller Wagen und auch in anderen Dingen dem Leben gegenüber durchaus aufgeschlossen. Doch galt es ihm, die "Gesetze" und Prinzipien der Partei zu achten und ein entsprechendes Vorbild mit Fleiß, Bescheidenheit, Loyalität und Disziplin vorzuleben. Politiker, die sich wie Willy Brandt und mit Einschränkung auch sein früherer Lübecker Parteifreund Werner Kock Ausschweifungen hingaben, die drohten, über ihr Privatleben zu stolpern und die Partei in einem

schlechten Licht erscheinen zu lassen, waren bei Geusendam diskreditiert.

Wie nicht zuletzt die wenigen Zeugnisse seines Lebens und Wirkens zeigen, war Wilhelm Geusendam letzten Endes doch eher distanziert im Umgang mit anderen und ließ vermutlich nur wenige Menschen in das Innere seiner Seele sehen.